



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Singapur – Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie“

Verfasserin

Claudia Maria Volkmann

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	6
1 Einleitung	7
2 Grundlagen	13
2.1 Theoretischer Rahmen.....	13
2.2 Methodisches Vorgehen	14
3 Die Entwicklung Singapurs.....	17
3.1 Politik und Demographie.....	18
3.2 Wirtschaftliche Entwicklung – „Entwicklungsstaat“	23
3.3 Zusammenfassung: Singapur als etablierter Staat.....	34
4 Die Wahlen.....	39
4.1 Zeichen des Wandels: Singapore General Election 2011	42
4.1.1 Die People’s Action Party	52
4.1.2 Die Opposition	56
4.1.2.1 The Workers’ Party (WP).....	61
4.1.2.2 Singapore People’s Party (SPP)	69
4.1.2.3 National Solidarity Party (NSP)	75
4.1.2.4 Singapore Democratic Party (SDP).....	81
4.1.2.5 The Reform Party (RP).....	89
4.1.2.6 Singapore Democratic Alliance (SDA).....	95
4.2 Singapore Presidential Election 2011.....	96
5 Singapur an der Schwelle zur „echten“ Demokratie?	101
6 Schlussfolgerungen.....	121
Jüngste Entwicklung: Nachwahl im SMC Hougang am 26. Mai 2012.....	122
7 Bibliographie	125
8 Anhang	133
8.1 Zusammenfassung.....	133
8.2 Summary	134
8.3 Lebenslauf	135

Abkürzungsverzeichnis

CCC	Citizens Consultative Council
CEC	Central Executive Committee
CPF	Central Provident Fund
EBRC	Electoral Boundaries Review Committee
EU	Europäische Union
GE2011	General Election 2011
GIC	Government of Singapore Investment Corporation
GLC	Government-linked Corporation
GRC	Group Representation Constituency
HDB	Housing Development Board
ISA	Internal Security Act
MP	Member of Parliament
NCMP	Non-Constituency Member of Parliament
NMP	Nominated Member of Parliament
NSP	National Solidarity Party
PA	People's Association
PAP	People's Action Party
PEA	Parliamentary Elections Act
RP	Reform Party
S\$	Singapur Dollar
SDA	Singapore Democratic Alliance
SDP	Singapore Democratic Party
SGD	Singapur Dollar
SMC	Single Member Constituency
SPP	Singapore People's Party
TFR	Totale Fertilitätsrate
WP	Workers' Party

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Singapur - geographische Lage	7
Abb. 2: Entwicklung der WählerInnenschaft mit tatsächlicher Wahl.....	43
Abb. 3: Constituency Boundaries Map	45
Abb. 4: Wahlausgang 2011 WP gegen PAP	61
Abb. 5: Wahlausgang 2011 SPP gegen PAP	69
Abb. 6: Wahlausgang 2011 NSP gegen PAP	75
Abb. 7: Wahlausgang 2011 SDP gegen PAP	81
Abb. 8: Wahlausgang 2011 RP gegen PAP	89
Abb. 9: Wahlausgang 2011 SDA gegen PAP	95



Abb. 1: Singapur - geographische Lage
(Quelle: Munzinger Online 2012a über UNIVPN)

1 Einleitung

„Exilanten [...] zahlen für ihre Entscheidung den hohen Preis, nie mehr in ihr Heimatland zurückkehren zu können. Andererseits zeigen diese Beispiele aber auch, dass in der heutigen Zeit kein Land mehr vermag, seine eigenen Leichen im Keller vor der Außenwelt geheim zu halten.“

Aus einem Kommentar der singapurischen Tageszeitung „Lianhe Zaobao“ zur Flucht des chinesischen Menschenrechtsanwalts Chen Guangcheng vor den chinesischen Behörden.

Dieses Zitat aus einem Kommentar der wichtigsten chinesisch sprachigen Tageszeitung in Singapur (Deutschlandradio 2012) reflektiert die Friktionen zwischen dem Regime in Peking und der Demokratiebewegung in China. Es bezieht sich nicht direkt auf innenpolitische Verhältnisse in Singapur. Und doch wird damit unterschwellig auch eine

Wertung transportiert, die sich nicht nur auf die chinesischen Verhältnisse beziehen lässt, sondern genauso gut auf die Verhältnisse in Singapur – ungewöhnlich für eine staatlich kontrollierte und durch Einschüchterungen in die Selbstzensur getriebene unfreie Presse. Auch die Regierung in Singapur vermag es nicht mehr, ihre eigenen Leichen im Keller geheim zu halten. Singapur wurde von einer Vielzahl von Oppositionellen verlassen, politische Akteure der Opposition wurden in den Bankrott getrieben, um sie ihren verfassungsmäßigen Bürgerrechten berauben zu können. Die LeserInnen der größten chinesisch sprachigen singapurischen Tageszeitung Lianhe Zaobao wurden daran in Form eines journalistischen Kassibers deutlich erinnert. Dieser Umstand ist noch frappierender vor dem Hintergrund, dass die schon vor der Unabhängigkeit herrschende People's Action Party (PAP) multiethnisch, die Führung in der Praxis aber fest in chinesischer Hand ist (Somers Heidhues 2003: 245). Nicht zu vergessen ist außerdem, dass gerade Singapur Modell für die Wirtschaftsentwicklung der Volksrepublik China steht (Jordan 2007: 13), wobei es gerade die Mischung aus pragmatischer Weltmarktorientierung und autoritärer Beharrung gegenüber jeglichen Demokratisierungsansprüchen der Bevölkerung ist, die den Stadtstaat als Vorbild für die KP Chinas attraktiv macht (ebd.). Die Unterdrückung der Opposition – und damit der liberalen Demokratie – einst von der Mehrheit der SingapurInnen als notwendiges Übel im Transformationsprozess vom Schwellen- zum Industrieland mehr oder weniger geduldet, ist nicht mehr möglich. In wirtschaftlich eingetrübten Zeiten gelingt es dem Regime nicht mehr, die jahrzehntelang gepflegte Selbstdefinition einer perfekten und dem Wohlstand aller BürgerInnen verpflichteten autoritären Regierung aufrecht zu erhalten. Auch die staatlich überwachte Presse kommt nicht mehr umhin, die offensichtlichen und auch für viele bisher regimetreuen BürgerInnen spürbaren Schwächen beim Namen zu nennen, gleichsam als Ventil für die wachsende Unzufriedenheit im Land. Es ist kaum noch möglich, die scheinbare politische Zufriedenheit der SingapurInnen durch staatliche Sozialleistungen zu erkaufen und die BürgerInnen dadurch in eine politische Apathie zu drängen, die Kritik und Widerstand nicht aufkommen lassen soll. Im Gegenteil: sogar die einst gehüteten und unangreifbaren Devisenreserven, das Tafelsilber Singapurs, steht zur Disposition (vgl. Chang 2012a: A3). „We have always been saving for a rainy day. One might say the proverbial rainy day has come“ (Leong Wai Ho zit. nach Chang 2012a: A3). Diese Arbeit versucht aufzuzeigen, dass dieser „regnerische Tag“ auch für das Regime gekommen ist, und dass die Transformation von einem autoritären Regime mit scheindemokratischen Zügen hin zu einer liberalen Demokratie mit einer diversifizier-

ten und starken Opposition vor allem durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 7. Mai und 27. August 2011 eine unumkehrbare Dynamik erfahren hat, auch wenn sich dies noch nicht in einem Machtwechsel niederschlagen konnte.

Seit mehr als 40 Jahren werden die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschicke des Stadtstaates von einer einzigen Partei autoritär gestaltet. Die „People’s Action Party“, die schon im Namen für sich beansprucht, die Stimme und den Willen des Volkes zu repräsentieren, hat es bisher noch geschafft, Mehrheiten zu mobilisieren. Dazu hat sich das Regime unterschiedlichster psychologischer und politischer Mittel der Einschüchterung bedient: von offener, staatlich legitimierter Gewalt einer willfährigen Justiz bis hin zum nur mühsam kaschierten Machtmissbrauch. Dazu zählten gewaltsame Aktionen gegen eine zunehmend selbstbewusste Opposition Anfang der 1960er Jahre, die entgegen rechtsstaatlicher Prinzipien mundtot gemacht wurde, bis hin zu subtilen Eingriffen in das Wahlsystem. Sie haben der regierenden PAP bis in jüngste Zeit hinein Vorteile verschafft, die in einem liberalen demokratischen System als ungerechten Eingriff in die Chancengleichheit empfunden und sanktioniert würden.

Die Angst vor einem möglichen Machtverlust hat innerhalb der PAP längst neurotische Züge angenommen. Obgleich langandauernde und tiefreichende wirtschafts- und sozialpolitische Fehler vor allem nach der Wirtschaftskrise 2008 evident wurden, versuchte sich die PAP nach wie vor als die einzig verlässliche und kompetente – mehr noch – als einzige überhaupt vorstellbare politische Führungskraft in Singapur zu präsentieren. Doch diese Kulisse hat nicht erst nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011 unübersehbare Risse bekommen. Nicht nur eine zunehmend emanzipierte Öffentlichkeit jenseits der staatlich regulierten Massenmedien rekognosziert die Fehler der PAP. In Internetforen werden die persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten in einer liberalen Demokratie ohne die Manipulationen des Einparteien-Regimes diskutiert: „With increasing global competition in the media industries, Singapore has in recent times come under increased pressure to ‘loosen’ monopolistic hold on the overall media sector” (Lee 2005a: 92). Das Regime spürt die existentielle Bedrohung. Die Aufforderung der Machthaber an die Bevölkerung, der Regierung mehr „Feedback“ (Lim zit. nach Lee 2005b: 141) zu geben, entpuppte sich indirekt als Abstimmung mit den Füßen gegen die Regierung: nur vergleichsweise wenige BürgerInnen nutzten die staatlichen „Feedback Unit’s channels“ (vgl. Lee 2005b: 141). „As a result, those who do not support specific policies would never use established feedback channels to voice their thoughts” (Lee 2005b: 141). Der allmähliche Niedergang des

Regimes zeichnet sich seit nunmehr rund 20 Jahren ab, allerdings in einer politischen Sphäre, in der sich das Regime bemüht, den Verfall unsichtbar zu machen (vgl. Chua Beng-Huat 1994: 666).

Die internetbasierte Debattenkultur Singapurs außerhalb der Mainstream-Medien zeigt vor allem bei den gut ausgebildeten und leistungsfähigen Bevölkerungsgruppen, die dem Land den Rücken kehren könnten, dass potentielle politische Machtwechsel nicht als Katastrophe gewertet werden, sondern als positiv konnotierte Grundbedingungen eines funktionierenden und prosperierenden Gemeinwesens. Deutlich wird auch die Rolle einer emanzipierten Zivilgesellschaft, die sich nicht länger als Anhängsel des Regimes begreift oder nur die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft zu illustrieren hat (vgl. Chua zit. nach Lee 2005b: 137, vgl. Koh/Soon 2011: 126).

Diese Arbeit zeigt auf, wie groß die Chancen einer vom kontrollierenden Einfluss der PAP längst emanzipierten Opposition sind, schon bei den nächsten Wahlen einen Durchbruch zu erzielen, der die Allmacht der PAP bricht – oder sie sogar auf die Oppositionsbänke verweisen könnte. Untersucht werden die Bedingungen und die Wahrscheinlichkeiten eines solchen Machtwechsels durch demokratische Wahlen. Zu diesem Zweck werden insbesondere die Wahlen 2011 analysiert. Dabei werden verschiedene Faktoren untersucht, die als Indikatoren für den sich abzeichnenden Wandel hin zu einer liberalen Demokratie gelten können. Dazu zählen die Wahlergebnisse und ihre Auswirkungen auf Machtstrukturen und öffentliche Meinung. Auf Formen und Inhalte des Wahlkampfes wird ebenso eingegangen wie auf das politische Selbstverständnis der Opposition und ihr programmatisches sowie personelles Tableau. Berücksichtigt wird auch der beschränkte Aktionsrahmen, in dem sich die Opposition im Kampf um Aufmerksamkeit in einem von der PAP monopolisierten politischen, ökonomischen und zivilgesellschaftlichen Umfeld bewegen kann. Analysiert werden zudem die Emanzipationsversuche der Opposition, sich aus dem gegebenen Aktionsrahmen zu lösen. Zu diesem Zweck wird auch auf die Versuche des Regimes eingegangen, den Machterhalt durch Zugeständnisse und scheinbare Offenheit abzusichern (vgl. Lee: 2005b: 145). Erwähnung finden außerdem die unterschiedlichen, teils bewussten, teils unbewussten und wie selbstverständlich anerzogenen Methoden der Selbstzensur in einer zwangsweise weitgehend entpolitisierten Gesellschaft, die sich aber umso gestaltungsfähiger zeigt, je stärker oppositionelle Parteien bei Wahlen von sich Reden machen.

Mit vielfältigen Fakten versucht die Arbeit zu belegen, dass der Wendepunkt hin zur Entwicklung, in der das Regime seine Macht auch mit illegitimen Methoden nicht mehr

absichern kann, erreicht ist. Die Opposition, das zeigen nicht nur die regimetreuen Beobachtungen des singapurischen Parteienforschers Da Cunha, beginnt in ihrer scheinbaren Zersplitterung die eigentliche Kraft zu erkennen, unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Das oppositionsfeindliche Wahlrecht erscheint inzwischen nicht mehr als Motivationshürde, sondern als Ansporn, diese undemokratische Hürde mit demokratischen Mitteln zu nehmen, und auch Einschüchterungsversuche des Regimes haben allenfalls vorübergehende Wirkung (vgl. Kieran 2011: 105 f.).

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf die jüngste Forschung. Zu Grunde liegen Analysen nach der Wahl und aktuelle Befunde zur Demokratisierung. Ausgewertet werden hier besonders zwei ganz neue Werke: zum einen die Analyse des Politikwissenschaftlers Derek da Cunha. Seine Arbeit ist symptomatisch für eine neue Qualität der politischen Debatte, die durch mehr Offenheit geprägt ist. Seine Analyse der Oppositionsparteien, die zudem kritisch die eingeschränkten Zukunftschancen der PAP reflektiert, erschien unter der Ägide von Institutionen, die prinzipiell dazu dienen, die Machtinteressen der PAP wissenschaftlich und publizistisch zu unterstützen. Zu nennen sind die „Lee Kuan Yew School of Public Policy“, das „Institute of Policy Studies“, ein Think Tank der PAP, die National University of Singapore und die „Straits Times Press“, die unter einer autoritär strukturierten Medienaufsicht steht, die wiederum völlig von der PAP abhängig ist. Dennoch weist diese Arbeit Besonderheiten auf, die allein schon auf einen bevorstehenden „Change“ in Singapur hinweisen. Da Cunha analysiert die Parlamentswahlen 2011 unter dem Titel „Breakthrough: Roadmap for Singapore’s Political Future“ (2012). Seine Analysen beruhen teilweise nur auf „anecdotal evidence“ (Da Cunha 2012: 13), da im Stadtstaat Singapur keine unabhängigen Meinungsforschungsinstitute existieren (ebd.). Sie können gleichwohl zur Analyse einer neuen Qualität der politischen Debatte in Singapur herangezogen werden, die sich trotz anhaltender Restriktionen aus ihren administrativen Fesseln löst. Zum anderen ist das von Tan Jee Say herausgegebene Werk „A Nation Awakes. Frontline Reflections“ (2011) zu erwähnen, das sich auf die beiden Wahlen 2011 bezieht: die General Election (Parlamentswahlen) am 7. Mai und die Presidential Election am 27. August, aus der Tan Jee Say - der bei den Parlamentswahlen zunächst erfolglos für die SDP unter Führung von Vincent Wijesingha im GRC Holland-Bukit Timah antrat - als Drittplatzierter hervorging. Bisher konnte sich in Singapur trotz rasanten Wirtschaftswachstums und einhergehendem Wohlstand ein wenig demokratisches Regime halten, das jedoch zunehmend unter Druck gerät. Die Erosion der Macht zeigt sich am Verlust des GRC Aljunied an die

oppositionelle Workers' Party im Mai 2011. Auf Grund des Mehrheitswahlrechts hat die PAP zwar noch 21 der 23 Wahlkreise gewonnen und hält weiterhin die absolute Mehrheit im Parlament mit 81 von 87 Abgeordneten (93 %). Statistisch stimmten jedoch nur noch 60,14 % der WählerInnen für die regierende PAP (Da Cunha 2012: 12) und somit erstmalig 39,86 % für die Opposition. Schon aus diesen Zahlen lässt sich ableiten, dass sich ein bedeutender Teil der WählerInnenschaft von den Manipulationsversuchen und Bedrohungsszenarien der Regierung nicht mehr einschüchtern lässt und einer kraftvollen alternativen Stimme zum Ausdruck verhelfen will (Lee 2011: 14 f.).

Die Erosion ihrer Machtbasis wird auch auf anderen Ebenen sichtbar. Die von der PAP völlig abhängigen Institutionen des Staates, die tief ins soziale und ökonomische Gefüge eingreifen, haben an Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit eingebüßt. Öffentliche Kontroversen über das Steuersystem, die Einwanderungspolitik (vgl. Linnarz 2011: 101 ff.), die staatliche Wohnraumversorgung, den staatlichen Pensionsfonds, Sorgen über soziale Ungleichheiten (vgl. Jordan 2007: 100 ff., 110 ff.) und über negative Effekte der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik (vgl. ebd.: 78 f., 82 f.) haben Platz gegriffen. Die Administration und damit auch die PAP haben ihre Unantastbarkeit verloren, weil die Opposition es zunehmend selbstbewusster wagt, mit dem Finger auf eine Regierungspolitik zu zeigen, die den Eindruck von Nachlässigkeit und Überforderung erweckt, der stets dann aufkommt, wenn divergierende Interessen in einer komplexen Gesellschaft nicht durch demokratische Aushandlungsprozesse benannt, kanalisiert und auch berücksichtigt werden können.

2 Grundlagen

2.1 Theoretischer Rahmen

Der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit ist die Demokratisierung Singapurs, konkret: der Prozess der Errichtung einer Demokratie vom autoritären Regime der Familie Lee bzw. der People's Action Party zu demokratischer Legitimierung und Ausübung der Macht. Dabei werden gemäß der Minimaldefinition R. Dahls zum liberalen Demokratiekonzept als Maßstab für das Gelingen der Demokratie genommen: Gewährleistung eines offenen politischen Wettbewerbs, zu dem insbesondere der politische Pluralismus und freie Wahlen gehören, sowie Gewährleistung der Menschenrechte als auch der Rechtsstaatlichkeit (Nohlen 2010: 153). Insgesamt ist die Demokratie international ein Erfolgsmodell – insbesondere die repräsentative, parlamentarische Demokratie, die voraussetzt, dass sich alle BürgerInnen aufgrund rechtlich gesicherter Gleichheit beteiligen und in Parteien organisieren können (Voßkuhle 2012: 7). Haerpfer u. a. (2009: 1 f.) führen Singapur als „highly prosperous and well-governed“ (ebd.: 2) zwar als Beispiel für Autokratien an, die gut funktionieren, die Erwartungen ihrer BürgerInnen erfüllen und folglich ein hohes Maß an Legitimität genießen. Die Entwicklung der Wahlergebnisse in den letzten Jahren zeigt hingegen, dass die Erwartungen der BürgerInnen zunehmend nicht mehr erfüllt werden und die Legitimität der seit fast einem halben Jahrhundert regierenden People's Action Party massiv bröckelt.

Aus modernisierungstheoretischer Sicht schafft eine freie prosperierende Wirtschaft Wohlstand, der wiederum laut Lipset (1959: 75) - „the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ - fast eine Garantie für Demokratie zu sein scheint (Vorländer 2010: 108). Konstatiert Merkel (2010: 62) noch: „Dagegen ist es kaum einer Diktatur gelungen, die sich den sozioökonomischen Entwicklungsstandard der Industrieländer annäherte, das Aufkeimen gesellschaftlichen Demokratisierungsdrucks zu verhindern. Eine Ausnahme ist bis heute der Stadtstaat Singapur“ - ist heute dieser Druck spürbar. Der politische Umbruch und ein Ende der bisherigen autokratischen Machtverhältnisse sind möglich und wahrscheinlich wegen einer Legitimitätskrise aufgrund ökonomischer Effizienz (Merkel 2010: 98 f.): insbesondere die inzwischen gut ausgebildete, selbstbewusste neue Mittelschicht fordert mehr politische und wirtschaftliche Partizipation und eine gerechtere Verteilung der volkswirtschaftlichen Erträge angesichts zunehmender sozialer Ungleichheiten.

Seit der Unabhängigkeit wird Singapur von der PAP als de facto Ein-Parteien-Diktatur regiert. Auch wenn den Oppositionsparteien erlaubt wird, bei den regelmäßigen Parlamentswahlen anzutreten, bedeutet das noch keine Gelegenheit, Änderungen herbeizuführen. Denn sobald sie Klientelismus, Vetternwirtschaft und Korruption in der PAP anprangern, werden sie gewöhnlich wegen Verleumdung verklagt (Doh/Tusaleam 2009: 371). Trotz der beschleunigten Modernisierung und einer wachsenden robusten Mittelschicht ist Singapur eine „illiberal polity“ geblieben, die hartnäckig der Theorie trotzt, dass wirtschaftliche Entwicklung „democratic transitions“ in Gang bringen (ebd.). Die PAP konnte bislang ihre Dominanz erhalten, indem sie Ängste schürt, dass im Falle ihrer Schwächung die ethnische „fragmentation“ ein schwaches und instabiles Singapur wie zu Beginn der 1960er Jahre bewirken könnte. Diese Arbeit wird im Folgenden herausarbeiten, warum das Ende des autokratischen Systems in Singapur nicht mehr aufzuhalten ist. Am Ende muss allerdings noch offen bleiben, welchen Weg vom autokratischen Staat zur Demokratie Singapur tatsächlich nimmt: ob das herrschende Regime von ReformerInnen der alten Ordnung (People's Action Party) unter maßgeblicher Beteiligung der Opposition – möglicherweise der Workers' Party - transformiert wird, ob eine „Ruptura-Transition“ stattfindet, bei der die Oppositionsgruppen die Führungsrolle bei der Demokratisierung übernehmen, oder ob es gar zu einer revolutionären Veränderung kommt (Schmidt 2010: 436 f.).

Keine Rolle spielt die Theorie, wonach angebliche volkstypische Eigenschaften des kollektiven Denkens, Fühlens und der Interaktion, die „Asian Values“, von Bedeutung sind: „Singapore was and has remained a wealthy former British colony whose undemocratic rule has been justified as being in accord with ‘Asian values’ that stress community over individual freedom.” (Markoff 2009: 67). Diese Konstruktion erweist sich entweder als folkloristisch motiviert oder – wie im Fall Singapur – als Teil einer kurzfristigen und letztendlich erfolglosen Manipulationsstrategie der herrschenden Klasse.

2.2 Methodisches Vorgehen

In dieser Arbeit, die den Demokratisierungsprozess in Singapur beleuchtet, stehen die Wahlen im Jahr 2011 – und hier im besonderen die General Election, die Parlamentswahlen im Mai – im Vordergrund. Analysiert werden Sachverhalte anhand der Auswertung von bereits erschienenen Werken über die Wahlen. Hier seien besonders genannt „Breakthrough: Roadmap for Singapore's Political Future“ des Politikwissenschaftlers Derek da Cunha (2012) und die Aufsätze in „A Nation Awakes. Frontline Reflections“,

die der Oppositionspolitiker Tan Jee Say im Dezember 2011 herausgegeben hat. Aber auch Zeitungsartikel und die öffentliche Meinung, die sich in immer stärkerem Maße in Internetforen artikuliert, sollen berücksichtigt werden. Als empirische Grundlagen dienen das amtliche Wahlergebnis der Singapore General Election 2011 und der Singapore Presidential Election 2011 (Singapore Elections Department 2012a und 2012b). Ferner werden die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit 1965 ausgewertet, um daraus Wahlrends abzuleiten. Berücksichtigt werden für die vorliegende Analyse außerdem die Population Trends 2011 (Department of Statistics Singapore 2011), die nicht nur Auskunft geben über das Wachstum der Bevölkerung in Singapur, sondern auch über deren ethnische Zusammensetzung, über Geburtenraten, Entwicklung der Familiengröße und über vieles mehr. Auch diese empirisch nachgewiesenen Veränderungen in der Gesellschaft haben möglicherweise Auswirkungen auf Wahlergebnisse. Aus den empirisch belegbaren Veränderungen des Wahlverhaltens werden die zukünftigen Chancen der Opposition abgeleitet, die Macht in Singapur zu übernehmen oder zumindest den bestimmenden Einfluss der PAP auf Staat und Gesellschaft zu brechen.

3 Die Entwicklung Singapurs

Die Entwicklung der heutigen autoritären Strukturen ist ohne die koloniale Vergangenheit Singapurs nicht zu verstehen. Sie macht aber auch deutlich, dass sich die tradierten autoritären Strukturen mit den historischen Bedingungen überlebt haben. Die britische Kolonialherrschaft weigerte sich in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zunächst, Singapur in die Unabhängigkeit zu entlassen, aus Angst, dass die gesamte Region vom Kommunismus verschluckt werden könnte (Portmann 2011: 6). Die britisch geprägte People's Action Party favorisierte die Vereinigung mit Malaysia, das 1963 von den Briten in die Unabhängigkeit entlassen wurde (ebd.: 8). 1965 wurde Singapur aus Malaysia praktisch vertrieben (ebd.). Die dortige Regierung hatte Angst vor dem Einfluss der chinesisch geprägten PAP in Singapur (ebd.). Diese Trennung wurde als traumatisch empfunden. In der Folge wurde die Parole ausgegeben: wenn Singapur sich alleine gegen die feindliche Welt durchschlagen muss, dann soll die Insel wenigstens wirtschaftlich erfolgreich werden, getreu dem Leitgedanken: „prosperity and a good quality of life, while limiting [...] individual rights and civil liberties” (Baker zit. nach Portmann 2011: 8).

Der südostasiatische Stadtstaat Singapur entwickelte sich seit seiner Unabhängigkeit 1963 und der Trennung von der Föderation Malaysia im Jahr 1965 unter Lee Kuan Yew und seiner dominierenden People's Action Party (PAP) zu einem führenden Industrie- und Dienstleistungszentrum Asiens und zu einem der wichtigsten Finanzplätze der Welt. Gleichzeitig erreichte er ein hohes Maß an politischer Stabilität.

Die Entwicklung Singapurs seit der Unabhängigkeit wird als Erfolgsgeschichte der nachholenden Entwicklung gewertet (Jordan 2007: 14). Vor diesem Hintergrund wurden auch die negativen Begleiterscheinungen eher gleichmütig hingenommen: dass das Regime seine Machtbasis mit zum Teil gewaltsamen Mitteln gegen die ursprünglich linke Basis der PAP in den 1960er Jahren erringen und behaupten konnte (ebd.: 15). Die damalige Legitimationsbasis des autoritären Regimes – die Angst vor einer kommunistischen Bedrohung und der Existenzkampf inmitten eines als feindlich empfundenen Terrains - erweist sich heute in einer global vernetzten Gesellschaft, in der sich Singapur eine wichtige Funktion erobert hat, als obsolet.

3.1 Politik und Demographie

Die jüngere Geschichte der ehemaligen britischen Kronkolonie ist eng mit der Regierungszeit ihres Ex-Premierministers (1959-1990) Lee Kuan Yew geknüpft, der schon vor der Unabhängigkeit politisch aktiv wurde und das politische System des postkolonialen Singapurs dominierte, wobei seine Machtfülle über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich wuchs. 1923 in Singapur geboren – der Vater war als Gastarbeiter aus China eingewandert – absolvierte Lee Kuan Yew britische Schulen in Singapur, studierte in London und Cambridge, kehrte 1949 in die Heimat zurück und gründete 1954 mit anderen in England studierten Singapurem die People's Action Party (PAP), die sich zunächst als antiimperialistisch und sozialistisch verstand (Munzinger Online 2012b: o. S.). Die unbestrittenste Leistung Lees bestand in der Entwicklung der anfänglich heruntergekommenen Hafenstadt vom britischen Flottenstützpunkt zu einem der reichsten Staaten Asiens mit einem der größten Häfen der Welt (ebd.). London hatte Singapur 1946 im Rahmen der Neuordnung seiner Kolonien zur Kronkolonie erhoben; 1955 folgte das Wahlrecht für die Mehrzahl der Bevölkerung und eine gestärkte Selbstverwaltung, 1957 die Autonomie; eine neue Verfassung trat 1959 in Kraft (ebd.). 1963 wurde Singapur souverän und dann Teil der Föderation Malaysia. Bereits zwei Jahre später löste sich Singapur aus dieser Bindung und wurde unabhängig (ebd.). Bereits bei diesem Prozess spielte die noch heute regierende People's Action Party (PAP) eine maßgebliche Rolle. Singapur verfügt formal – per Verfassung - über demokratische Strukturen, doch das Land wird seit mehr als vier Jahrzehnten von einer einzigen Partei, der PAP, regiert. Die überwältigende Mehrheit, über die die PAP seit der Unabhängigkeit Singapurs 1965 im Parlament verfügt, und die sie sich mit illegitimen Mitteln erkämpft hat, erlaubt es ihr nicht nur, die politische und ökonomische Entwicklung unter Ausschluss konkurrierender Interessengruppen zu gestalten, sondern ermöglicht es ihr auch, die politische Macht gegenüber oppositionellen Parteien und Gruppierungen zu behaupten (Jordan 2007: 14). Der von vielen als „Vater Singapurs“ bezeichnete Lee Kuan Yew dominierte die Politik und unterdrückte die Opposition des Stadtstaates von Anfang an. „Das politische System Singapurs ist geprägt von politischer Dynastie, kontrollierten Wahlen, eingeschränkter Pressefreiheit sowie gerichtlicher Verfolgung von politischen Dissidenten bis zu deren finanziellem Ruin oder freiwilliger Emigration“ (Adam/Braun 2009: 2). 1990 - nach über 30 Jahren - folgte Goh Chok Tong Lee Kuan Yew als Premier, Lee Kuan Yew blieb als „Seniorminister“ aber weiterhin einflussreich (ebd.). Am 12. August 2004 übergab Premierminister Goh nach 14 Jahren an der Spitze des Stadt-

staates die Regierungsverantwortung an seinen Stellvertreter, Vize-Premierminister Lee Hsien Loong. Lee Hsien Loong ist der älteste Sohn des „Staatsgründers“ und langjährigen Regierungschefs Lee Kuan Yew. Der Patriarch wird auch zukünftig als *Mentor Minister* Mitglied des Kabinetts sein (Hofmann 2004: 1). Besonders augenfällig wurde spätestens 2004, wie eng Politik, Wirtschaft und Familie in der Führungsschicht des Landes verwoben sind. Die Ehefrau des neuen Premiers leitet die Staatsholding TEMASEK, ein jüngerer Bruder das staatliche Telekommunikationsunternehmen Singtel (ebd.). Dass sich in Singapur eine dynastische Herrschaft unter dem Deckmantel der Demokratie entwickeln konnte, hat allerdings weniger mit dem Charisma von Lee Kuan Yew zu tun, sondern mit einer gut vorbereiteten und erstaunlich lautlosen Entmachtung oppositioneller Kräfte auch in den eigenen Reihen der führenden People's Action Party (Jordan 2007: 15). Die Zerschlagung der linken Partei- und Gewerkschaftsstrukturen, die bis Mitte der 1960er Jahre die Grundlage für den Erfolg der PAP waren, führte zu einer umfassenden Kontrolle des Arbeitsmarktes und der industriellen Beziehungen als wichtige Bedingung für die von Lee angestrebte exportorientierte Industrialisierung (ebd.). Obwohl das Parlament alle vier bis fünf Jahre neu gewählt wird, konnte und kann die PAP bis heute nahezu sämtliche Abgeordnetensitze okkupieren.

Those who run or vote for parties other than the PAP are discouraged, disadvantaged, and punished in a variety of ways: the jailing and bankrupting of opposition leaders; the engineered sacking of critical commentators; the withholding of state funds from opposition wards and the redrawing of their boundaries the manipulation of election schedules to deprive the opposition of time to campaign; the restriction of political debate to officially registered parties; the placement of ambiguous limits on any form of public discourse; the curtailing of media coverage of opposition parties (Verweij/Pelizzo 2009: 19).

Seit der ersten Regierungsbildung 1959 haben sich die führenden Politiker der regierenden PAP weniger als Funktionäre einer Partei verstanden, sondern vielmehr als Architekten und Manager einer nahezu ausschließlich in ökonomischen Kategorien definierten Entwicklung. Eine Haltung, an der sich bis heute – über alle personellen Wechsel an der Spitze der Partei und Regierung hinweg – nur wenig geändert hat (Jordan 2007: 35). Es scheint kaum möglich, eine sinnvolle Unterscheidung zwischen Partei und Regierung zu treffen. „I make no apologies that the PAP is the government and the government is the PAP“, äußerte sich Lee Kuan Yew Anfang der 1980er Jahre (zit. nach Jordan 2007: 43). Anders als in den Jahrzehnten zuvor ist das heute keine zuverlässige Machtbasis mehr – die Faktoren sind unberechenbarer geworden.

Das wirtschaftspolitisch motivierte Prinzip der „racial harmony“, das tiefer liegende Konflikte und Disparitäten etwa bei der Chancengleichheit nicht benennt, sondern verschweigt und unterdrückt, dient erkennbar zur Steigerung der Produktivität in einem „konfliktfreien“ gesellschaftlichen Umfeld. Lee Kuan Yew integrierte die verschiedenen Ethnien (ca. 74 % ChinesInnen, 14 % MalaiInnen, 9 % InderInnen, 3 % andere; Department of Statistics Singapore 2011: 7), indem er einen kollektiven Sinn für eine nationale Identität formte (vgl. Jordan 2007: 12 und Chua Beng Huat 2003: 60, 74 ff.). Singapur verzeichnete Ende Juni 2011 5,18 Mio. Einwohner, davon 3,26 Mio. singapurische Staatsangehörige (63 %), 0,53 Mio. „permanent residents“ (10 %) und 1,39 Mio. „non-resident foreigners“ (27%). Staatsangehörige und „permanent residents“ – darunter viele wohlhabende AusländerInnen, die ihre Vermögen vor dem Zugriff der Finanzämter in Sicherheit bringen wollen – werden statistisch oft als „Singapore residents“ zusammen gefasst (= 3,79 Mio. „Singapore residents“ (73 %) (Department of Statistics Singapore 2011: 1)).

Die ethnische Zusammensetzung gestaltet sich folgendermaßen: von den 3,79 Mio. „Singapore residents“ sind 74,1 % ChinesInnen, 13,4 % MalaiInnen, 9,2 % InderInnen und 3,3 % andere (Department of Statistics Singapore 2011: 3). In Bezug auf die Wahlen wäre vor allem die ethnische Zusammensetzung der singapurischen Staatsangehörigen – nur sie haben das Wahlrecht und die Wahlpflicht – insgesamt und in den Wahlkreisen interessant. Geschätzte 3,12 Mio. „Singapore residents“ (82 %) wohnten 2011 in HDB Wohnungen (Department of Statistics Singapore 2011: 7).

Singapur ist laut Verfassung eine Parlamentarische Republik (im Commonwealth), deren Einkammerparlament mindestens alle fünf Jahre gewählt wird. Die Direktwahl des Staatspräsidenten (Staatsoberhaupt) findet mindestens alle sechs Jahre statt. Durch die jahrzehntelange Dominanz der PAP haben die gewählten Regierenden tatsächlich die komplette Kontrolle über den Stadtstaat, können beispielsweise beliebige Verfassungsänderungen beschließen. Insgesamt wird der Führung der PAP aber personelle Integrität, Unbestechlichkeit und Erfahrung dahin zugeschrieben, dass sie alles Notwendige unternimmt, um Singapurs wirtschaftlichen Erfolg abzusichern – auch unter Anwendung drastischer undemokratischer Maßnahmen, um abweichende Meinungen niederzuhalten.

Singapur ist zwar gemäß Verfassung eine Demokratie, aber – was die rechtliche und tatsächliche Ausgestaltung betrifft – ein autoritäres Regime. Die Bewertungen von PolitikwissenschaftlerInnen dazu sind aber nicht eindeutig: u. a. „autoritär“, „autoritäres

Modernisierungsregime“, „illiberal democracy“, „Autokratie“ (vgl. Mutalib 2000, Thompson 2004, Faust/Croissant 2008).

Singapur hat wenig gemein mit dem westlichen Demokratiemodell. Die „dortigen Machthaber machen keinen Hehl aus ihrer Aversion gegenüber diesem, der asiatischen Kultur angeblich fremden Gesellschaftsprinzip“ (Adam/Braun: 2009: 2). Unter Hinweis auf dafür notwendige, in Singapur aber nicht existente bürgerliche Mittelschichten lehnte Lee Kuan Yew die Einführung einer westlichen Demokratie wiederholt ab (Munzinger Online 2012b: o. S.).

Zwar gilt laut Artikel 14 (1) der Verfassung der Republik Singapur: „Freedom of Speech, Assembly and Association“, doch diese Freiheit wurde und wird mit Hinweis auf die Sicherheitsinteressen Singapurs - „interests of the security of Singapore“ - laut Artikel 14 (2) vielfach behindert (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 359).

Die Ideologie des Staatsaufbaus, in dem die regierende PAP die Funktion einer unerlässlichen Klammer innehat, ist statisch und lässt schon deshalb Rückschlüsse auf das Scheitern dieser Konstruktion zu. Zu beobachten ist „the changing nature of the electorate“ (Da Cunha 2012: 16). Das Wahlverhalten verändert sich, die regierende PAP hat mit kontinuierlichen Stimmenverlusten zu kämpfen. Das veränderte Wahlverhalten, welches die Opposition strukturell stärkt, ist eine Folge der „demographic changes“ (ebd.). Große Haushalte (4 und mehr Personen) nehmen ab, kleine Haushalte nehmen zu, wobei sich die 1-Personen-Haushalte mehr als verdoppelt haben seit 1990 (von 5,2 % auf 2010 12,2 %) (Department of Statistics Singapore 2011: 13). Diese Entwicklung fördert zudem einen mehr individualisierten Lebensstil. Die allgemeine Eheschließungsrate nimmt ab, das Durchschnittsalter bei Eheschließung steigt (ebd.: 15 ff.). Die Geburten- und totale Fertilitätsrate sinken gleichermaßen in allen drei Ethnien, wobei die TFR der Malaiinnen historisch immer am höchsten war und ist (ebd.: 20 ff.). Das Alter, in dem Familien gegründet werden, verschiebt sich. Ein-Kind-Familien sind im steigenden Trend, Zwei-Kind-Familien sind aber weiterhin die Norm, größere Mehr-Kind-Familien nehmen ab (ebd.: 23).

Die Gesellschaft altert, zumal gleichzeitig auch die durchschnittliche Lebenserwartung ständig steigt. Die Lebenserwartung bei Geburt stieg von 1980 72,1 auf 2010 81,8 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren stieg von 1980 14,0 auf 2010 19,9 (84,9) (ebd.: 91). Diese Veränderungen wirken sich nicht nur auf die Alterssicherung aus. Sie begründen auch den Ruf nach mehr gesellschaftlichen und persönlichen Freiheiten und mehr Selbstbestimmung: „Middle and upper middle class

voters, especially those who are predominantly English-educated, were more inclined to support the opposition” (Da Cunha 2012: 16). Hinzu kommt eine größere Beeinflussung von außen:

[T]he vast influx of foreign nationals living and working in Singapore in the decade prior to the 2011 election is now having a major impact on the behaviour of the ordinary Singaporean voter. That foreigner influx has affected all manner of life in Singapore and has generated social tensions as never before (Da Cunha 2012: 16).

Zudem entstehen potentielle Spannungen, die aus dem demographischen Wandel in Singapur resultieren: Singapur steht vor der Herausforderung einer schnell alternden Population. Viele ältere SingapurInnen sind tief besorgt über ihre finanzielle Zukunft. Zum einen bezweifeln sie, dass der Central Provident Fund (CPF) eine gesunde Basis für die künftigen Rentenzahlungen ist, mit dessen Rücklagen auch staatliche Investitionen finanziert werden. Zum anderen steigen die Kosten im Gesundheitswesen, das an Erwerbseinkommen gekoppelt ist und schon heute etwa ein Drittel aller BürgerInnen wegen unterbrochener Beitragszahlungen nicht vollumfänglich oder sogar überhaupt nicht nutzen kann (Jordan 2007: 108 f.) sowie bei den Sozialausgaben (vgl. Chang 2012a: A3). Diese ungelösten Probleme wirken sich bei Wahlen zu Ungunsten der PAP aus: „The issue of social class and electoral behaviour also extends to widening class divisions and inequalities that have become far more evident in Singapore, and which began to manifest themselves in some measure of voter dissatisfaction in 2011” (Da Cunha 2012: 16). Die Einkommensunterschiede werden größer, die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlicher. Die negativen Konsequenzen werden der PAP und ihrer mangelnden Kompetenz zur Problemlösung angelastet: “class divisions and income inequalities tend to be magnified perceptually and these have definite political implications. The ruling PAP would have to come up with an adequate answer to this issue if it wishes to forestall a further erosion of its support” (ebd.: 17). Institutionelle Stabilität ist eine der wichtigsten Säulen für die Funktionsfähigkeit eines Landes (Bertelsmann Stiftung 2009: 10), die durch Opposition, innere Emigration oder Auswanderung gefährdet ist: „Any remaining dissatisfaction may result in people leaving Singapore rather than risking a confrontation with a seemingly invincible state authority“ (ebd.). Solange das System funktionierte und steigenden Wohlstand brachte, wurde es nicht in Frage gestellt (ebd.: 11). Dies scheint sich zu ändern.

3.2 Wirtschaftliche Entwicklung – „Entwicklungsstaat“

Oft wird als Tatsache akzeptiert, dass allein die Politik der Regierung – seit drei Jahrzehnten gesteuert von Lee Kuan Yew und jetzt von seinem Sohn Lee Hsien Loong – verantwortlich sein soll für den Aufstieg Singapurs von der „Dritten zur ersten Welt“ (Verweij/Pelizzo 2009: 18). Auch von der Opposition in Singapur wird nicht bestritten, dass der wirtschaftliche Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte Hand in Hand mit einer Reihe positiver Entwicklungen verlaufen ist. Dazu zählen ein starker Anstieg der Alphabetisierung und des Lebensstandards sowie die Beseitigung von Hunger und extremer Armut. Dennoch gibt es Risse in dieser Fassade von Singapurs Wirtschaft (ebd.: 20). Zwar hat die Politik zu einem bemerkenswerten Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens beigetragen, aber eben auch zu schwierigen wirtschaftlichen Herausforderungen und Schwachpunkten geführt. Der Wohlstand vieler EinwohnerInnen hat sich keineswegs so entwickelt, wie dies zu erwarten gewesen wäre. In Singapur ist die Meinung verbreitet, dass die Einführung einer echten liberalen Demokratie zu warten hat, bis ein dauerhaftes, stabiles, nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreicht sei und ökonomische Sicherheit herrscht (ebd.).

Der Direktor des renommierten Institute for Southeast Asian Studies in Singapur, K. Kesavapany, der grundsätzlich die Überzeugung vertritt, dass der Ablauf „Entwicklung ohne Demokratie“ dem der „Demokratie ohne Entwicklung“ vorzuziehen sei, kommt zu dem Schluss, dass in Singapur nun die Zeit „for a greater democratic opening“ (Bertelsmann Stiftung 2009: 22) gekommen sei. Wirtschaftliche Entwicklung könne keine Entschuldigung dafür sein, gegen Demokratie zu argumentieren. „When a country reaches a certain level of development – when it has a middle class that includes young people whose economic achievements seek reflection in an expanded political sphere – development sets the stage for the growth of democracy“ (Kesavapany zit. nach Bertelsmann Stiftung 2009: 22). In Singapur ist diese Tendenz unübersehbar, gerade weil die wirtschaftliche Entwicklung inzwischen zu gesellschaftlichen Ungleichheiten führt, die in der Lage sind, das Regime in eine Legitimitätskrise stürzen, weil das Grundprinzip der autoritären Politik, nämlich „a deliberate subordination of political goals (e.g., democratic and human rights) to economic growth and“ (Bertelsmann Stiftung 2009: 3) nicht mehr funktioniert.

Die PAP-Regierung reagierte auf die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrisen mit einer Politik des Gürtel-Enger-Schnallens und der Lohnzurückhaltung. Außerdem wurden die Pflichtbeiträge der Unternehmen in den Rentenfonds CPF gesenkt, um

sie im Land zu halten. Das reduzierte zwar die Kosten der Unternehmen, steigerte aber gleichzeitig noch die Einkommensungleichheiten. Und diese Politik trägt zur Erosion des ohnehin belasteten Rentensystems bei (Verweij/Pelizzo 2009: 24).

Zuwanderung

Außerdem bemühte man sich mehr um die Einbürgerung wohlhabender EinwohnerInnen Singapurs, die diesen Status noch nicht hatten. 1970 bestand die Einwohnerschaft noch aus 90 % singapurischen Staatsangehörigen, 7 % ständigen EinwohnerInnen (permanent residents) und 3 % AusländerInnen (ArbeitsimmigrantInnen). Bis zum Jahr 2000 bestand die Bevölkerung aus 74 % Einheimischen, 7 % hatten den Status von ständigen Einwohnern, 19 % waren ausländische Arbeitskräfte ohne Bürgerrechte. Seitdem hat sich der Zustrom aus dem Ausland noch einmal beschleunigt: Zwischen 2000 und 2005 erhöhte sich Zahl der ständigen EinwohnerInnen von 7 % auf 8,7 %. Die Zahl der Einbürgerungen wurde 2005 gegenüber den Vorjahren verdoppelt. Die Regierung geht davon aus, dass die Zahl der EinwohnerInnen von rund 4,6 Millionen in den kommenden Jahrzehnten auf 6,5 Millionen ansteigen wird. Derzeit gibt es aber nur 3,1 Millionen SingapurInnen, die eine sehr niedrige Reproduktionsrate aufweisen. Die PAP-Regierung scheint also schon heute den Glauben an ihre BürgerInnen verloren zu haben, was ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten betrifft – und will den Stadtstaat mit begabten ZuwandererInnen förmlich überschwemmen. Genau dieser Umstand führt dazu, dass die BürgerInnen den Glauben an die PAP verloren haben (ganzer Abschnitt Verweij/Pelizzo 2009: 24).

Riskante Wirtschaftspolitik

Die Regierung ist bestrebt, besonders wachstumsstarke Bereiche und besonders viel versprechende Branchen zu fördern (ebd.: 25). Die Erfolge sind aber nicht durchweg gut. Erhebliche Mittel fließen in den Ausbau der Biomedizin, hier gibt es keine Einschränkungen etwa durch ein Klonverbot und bei der Arbeit mit menschlichen Embryonen. Europäische und amerikanische ForscherInnen wurden mit Spitzengehältern nach Singapur gelockt. Seit aber Stammzellenforschung auch ohne Embryonen möglich wurde, haben viele führende WissenschaftlerInnen in diesem Bereich Singapur schon wieder verlassen. Probleme gibt es auch beim Plan, Singapur durch den Ausbau lokaler Universitäten zu einem „asiatischen Cambridge“ zu machen. Die britische „*Warwick Business*“ entschied sich 2005 gegen die Eröffnung einer Hochschule in Singapur wegen mangelnder akademischer Freiheiten. Zwei Jahre später brach die *Australian Uni-*

versity of New South Wales ihre Programme nach nur einem Semester mangels Nachfrage ab. Das Problem war, dass die Universität viel höhere Studiengebühren als die lokalen Hochschulen verlangte. Diejenigen, die sich höhere Studiengebühren leisten können, gehen aber lieber ins Ausland (ganzer Abschnitt Verweij/Pelizzo 2009: 25).

Die Konzentration auf die Entwicklung des Finanzsektors in Singapur hat enorme Nachteile. Singapur will seinen Finanzsektor keineswegs sauberer gestalten und setzt auch deshalb seine wirtschaftliche Zukunft aufs Spiel. Die Europäische Union (EU) etwa konzentrierte sich im Kampf gegen die „sicheren Häfen“ für Schwarzgeld zunächst auf die Schweiz. Während die Schweiz ihr Bankgeheimnis lockerte und auf mehr Transparenz setzt, verschärfte Singapur sein Bankgeheimnis noch, um von Schwarzgeld-Zuflüssen zu profitieren. Prompt setzte der Stadtstaat dadurch sein Freihandelsabkommen mit der EU aufs Spiel. Die EU will sich so etwas nicht bieten lassen und drohte mit Gegenmaßnahmen. Wie dürftig die Ideen der PAP sind, die Wirtschaft anzukurbeln, zeigt vor diesem Hintergrund der einfältige Plan, mit Casinos Geschäfte zu machen. Die sogenannten „*Integrated Resorts*“ waren in der Vergangenheit aus ethischen Gründen in Singapur verboten (ganzer Abschnitt ebd.). Das Umwerben der multinationalen Konzerne ist nach wie vor der Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaftspolitik (ebd.: 26). Singapur hat sich dadurch aber auch abhängig gemacht von den Launen ausländisch kontrollierter Unternehmen. Das Land hat sich dadurch immer verwundbarer gemacht. Die Freiheit zur Umverteilung, d.h. zur gerechten Verteilung der Einkommen ist enorm eingeschränkt. Um die ausländischen Unternehmen zu halten, dürfen die Löhne nicht zu stark steigen und müssen die Kapitalertragssteuern niedrig gehalten werden. Ein Umstand, der die Entwicklung eines wirklich starken sozialen Netzes behindert (ebd.). Der Zustrom hochbezahlter ausländischer ExpertInnen und tausender ausländischer Unternehmen verschärft die ungleiche Verteilung der Einkommen und des Wohlstands. Die starke Abhängigkeit von ausländischen Unternehmen spüren nicht zuletzt die lokalen Unternehmen. Sie müssen auf staatliche Investitionshilfen oft verzichten, die multinationalen Konzernen gewährt werden, damit sie nicht abwandern. Mehr als 6000 ausländische Unternehmen gibt es derzeit in Singapur (ebd.).

Der strukturelle Mangel an Innovationskraft wurde verstärkt durch autoritäre Planungsstrukturen, den Zwang zur sozialen Konformität und den Mangel an persönlichen und politischen Freiheiten (Verweij/Pelizzo 2009: 27). Auf diese Weise wurde auch die Bereitschaft zu Kreativität und Risiko als treibende Kräfte der wirtschaftlichen Entwicklung unterminiert. Ein weiterer Nebeneffekt der autoritären Politik ist, dass sich viele

SingapurerInnen nicht wirklich zu Hause fühlen in Singapur. Sie fühlen sich nicht zugehörig zum Gemeinwesen, weil sie nie einbezogen und vorher gefragt werden, wenn das Regime über ihre Köpfe Entscheidungen trifft, die ihr Leben beeinflussen (ebd.).

Singapurs Probleme potenzieren sich: extreme Einkommensungleichheit, übergroße Abhängigkeit von multinationalen Unternehmen, übermäßige Einsparungen auf Kosten der Bevölkerung, fehlender Unternehmergeist und unternehmerische Kreativität, mangelnde Produktivität, Abwanderung der besten Köpfe (ebd.). Diese Probleme sind die direkte Folge der Politik, die das PAP-Regime seit Jahrzehnten betreibt (ebd.: 28).

Korruption und Intransparenz

Immer wieder wird Singapur auch für seine Korruptionsbekämpfung gepriesen. Im *Corruption Perceptions Index* der internationalen Nicht-Regierungsorganisation Transparency International rangiert Singapur seit 1995 fast ausnahmslos mit einem Wert von 9,1 bis 9,4 (bei einer Skala von 0 = „highly corrupt“ bis 10 = „very clean“) auf den vordersten Plätzen gemeinsam mit Staaten wie Neuseeland, Dänemark, Finnland und Schweden (Transparency International 2011 und 2010). Gleichwohl ist fraglich, ob der öffentliche Sektor Singapurs so „sauber“ ist wie die Regierung behauptet und wie ihn die Institutionen für Transparency International bewerten. Ein Beispiel ist die Tatsache, dass Singapur als Schutzort für Schwarzgeld und kriminell erworbene Vermögen gilt (Verweij/Pelizzo 2009: 19). Verweij und Pelizzo nennen als Zeichen der Korruptionsanfälligkeit die angebliche Unterstützung der birmanischen Militärjunta und die offensichtliche Bereitschaft, Singapur als sicheren Hafen für unrechtmäßig erworbene Gelder zu öffnen (ebd.). Zugleich verstärken viele Länder ihren Druck auf Staaten, die als Fluchtburgen für Schwarzgeld Profil gewonnen haben. Damit steht auch die Attraktivität Singapurs für irreguläre Kapitalzuflüsse in Frage – mit Auswirkungen auf die Politik und die fragile Stabilität des gesamten Regimes.

Unter Premier Lee Kuan Yew (1959–1990) entwickelte sich Singapurs Wirtschaft rasant: mit der Schaffung eines eng verwobenen politisch-industriellen Komplexes sollte das Ziel der exportorientierten Industrialisierung möglichst schnell und reibungslos erreicht werden. „Singapore’s governing elite occupies a mixed sphere that encompasses bureaucratic, political and business actors“ (Hamilton-Hart 2000: 199). Seit 1970 hat sich das Bruttosozialprodukt Singapurs alle zehn Jahre verdoppelt (Adam/Braun 2009: 1). Nur so konnte sich ein Mythos halten, der von den Herrschern bis heute gepflegt wird: aus einer sumpfigen Insel, deren BewohnerInnen unter Gewaltakten zerstrittener

ethnischer Gruppen litten, sei ein friedlicher, korruptionsfreier Weltklasse-Handelsstandort entstanden (Adam/Braun 2009: 1). Hohe Gehälter sollen die politischen Akteure gegen Bestechungsversuche immunisieren. Der Mittelwert der Einkommen beträgt 2009 umgerechnet 1.280 Euro. Das Einstiegsgehalt eines Ministers dagegen 790.000 Euro im Jahr (ebd.: 7). Die Gehälter der obersten Posten im öffentlichen Dienst sind an die der Top-Manager gekoppelt (ebd.). Das Jahreseinkommen von Premierminister Lee Hsien Loong beträgt umgerechnet 3,4 Millionen US-Dollar, im Vergleich dazu verdient US-Präsident Barack Obama 400.000 US-Dollar (Anonymus 2012a: 42). „[T]his very small and very wealthy city-state is the least corrupt and best place to do business in the world. And a chief reason for that, at least according to the politicians, is that they themselves are by some way the highest-paid elected officials in the world“, analysierte das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* diese Argumentation (ebd.). Warum sollten sich PolitikerInnen bestechen lassen, wenn sie auch ohne Korruption hervorragend verdienen? (ebd.) Die Politikerbezüge sind ins Gerde gekommen, weil viele SingapurInnen mit steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben: „The salary issue helped to push the ruling party’s share of the vote down to its lowest level“ (ebd.). Premierminister Lee Hsien Loong versprach daraufhin, die Empfehlungen eines unabhängigen Ausschusses zu akzeptieren. Er selbst hatte ihn eingesetzt, zunächst aber ohne erkennbare Bereitschaft, seinen Vorschlägen zu folgen. Jetzt akzeptierte Lee die Empfehlung, er möge auf 36 Prozent seines Einkommens verzichten (ebd.). Ähnliche Kürzungen sind für MinisterInnengehälter und PolitikerInnenpensionen vorgesehen - für *The Economist* „a victory for democracy, Singapore-style“ (ebd.). Die PolitikerInnen in Singapur bleiben gleichwohl die bestbezahlten weltweit (ebd.).

In Singapur tritt der von der PAP verkörperte Staat auch unternehmerisch in Erscheinung, so dass von einem parteipolitisch und volkswirtschaftlich verschränkten System gesprochen werden muss, dass von außen nur schwer einsehbar ist und über eine rein interventionalistische Wirtschaftspolitik weit hinausgeht (vgl. Adam/Braun 2009: 9). Dem staatlichen Unternehmenssektor kommt enorme Bedeutung zu: Statutory Boards und staatlich kontrollierte Firmen, so genannte Government-linked Corporations (GLC), stellten von Anfang an wichtige Instrumente der Regierung zur Restrukturierung und der Entwicklung der Wirtschaft dar (Jordan 2007: 73). Gleichzeitig besteht bei den staatlichen Unternehmen keine Kontrolle durch das Parlament (ebd.: 82). Dieses abgeschottete, unflexible und illiberale System ist in einer globalen Wirtschaftswelt beson-

ders anfällig für Störungen und provoziert unter weltweiten Wettbewerbsbedingungen die Forderung nach mehr Transparenz. So ist das Staatsunternehmen *Temasek*, das als Holding für unterschiedlichste Aktivitäten fungiert, nicht verpflichtet, der Öffentlichkeit Einblick in seine Konten zu geben (Adam/Braun 2009: 9). Die Nähe zur Regierung ist kaum zu übersehen. Der Unternehmensverband befindet sich zu 100 Prozent im Besitz des Finanzministeriums. Aber die Regierung ist bereits gezwungen Änderungen vorzunehmen. Unter dem Druck der Finanzkrise lenkte *Temasek* ein und veröffentlicht jährliche – wenn auch wenig aussagekräftige – Finanzberichte. Ho Ching, die Ehefrau des derzeitigen Premiers Lee Hsien Loons und eine der Zielscheiben der Nepotismuskritik, kündigte an, ihren Stuhl als CEO zu räumen, was aber bis heute nicht geschehen ist (ebd.: 10).

Noch intransparenter als bei der *Temasek-Holding* sind die Aktivitäten der *Government of Singapore Investment Corporation (GIC)*, an der sich die Funktion des singapurischen „Erfolgsmodells“ gut nachzeichnen lassen. Die Holding gilt als das finanzstärkste Unternehmen Singapurs (Jordan 2007: 85). Die Hauptaufgabe liegt in der Verwaltung der Devisenreserven des Stadtstaates, die auf mehr als 100 Mrd. US-Dollar geschätzt werden (ebd.). Über die Investitionsvorhaben des Unternehmens, dessen Vorsitzender der langjährige Premierminister Lee Kuan Yew ist, gibt es keine verlässlichen Angaben, obwohl es sich bei dem investierten Kapital um öffentliche Gelder handelt, zumeist des Rentenfonds CPF (ebd.). Die Intransparenz der Geschäftsaktivitäten und die enge personelle Verschränkung mit wichtigen politischen Ämtern haben sowohl im In- als auch im Ausland Kritik hervorgerufen, die aber zu keiner Änderung dieser Praxis geführt hat (ebd.).

Im Gegenteil: in den letzten Jahren ist es zu einer weiteren Konzentration der Kontroll- und Entscheidungsfunktionen im staatlichen Unternehmenssektor gekommen. Wichtige Positionen werden zunehmend von Mitgliedern der Familie des ehemaligen Premierministers Lee Kuan Yew besetzt. Gleichzeitig löste die PAP bestehende Kontrollmechanismen auf (ebd.: 93). Praktisch unterstützt diese Wirtschaftspolitik vor allem die Herrschaftsposition der Familie Lee. Werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwieriger, so wird die Debatte über Vetternwirtschaft, Selbstbereicherung und Machtmissbrauch die Vorteile einer liberalen Demokratie und ihrer unabhängigen Kontrollinstanzen evident erscheinen lassen. Die Macht des Regimes steht umso mehr auf tönernen Füßen, je mehr ins Bewusstsein dringt, dass es sich bei dem im staatlichen Unternehmenssektor eingesetzten Kapital um die Ersparnisse der BürgerInnen handelt

(ebd.: 94). Schon deshalb ist auch der Mythos vom „unternehmerischen Staat“ angreifbar geworden, weil er die Macht des Regimes nicht sichert, sondern in dramatischer Weise unterminiert. Die Machtkonzentration auf die Familie Lee und der augenfällige, kaum kaschierte Nepotismus bei der Besetzung wirtschaftlicher und planerischer Führungspositionen verstärkt die Intransparenz des politisch-wirtschaftlichen Komplexes in Singapur: „In summary, the Singapore governing elite spans both public and private spheres, with the two sectors linked by shared interests, personal ties and overlapping career paths. The government itself includes people from the private sector, and has done for some time” (Hamilton-Hart 2000: 201). Selbst wenn man konzedieren würde, dass es der PAP mit ihrem Konzept des staatlichen Unternehmertums nicht um die Durchsetzung einer politischen Ideologie im Wirtschaftssektor geht, sondern allein das Ziel zufriedenstellender wirtschaftlicher Ergebnisse (vgl. ebd.: 205), so ist das Konzept angesichts weltwirtschaftlicher Verflechtungen keine tragfähige Basis für den Machterhalt der politischen Elite mehr. Die Interessen- und Identitätsverschmelzungen zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite untergraben den Kern des öffentlichen Sektors.

Soziale Schere geht auseinander

Obwohl sich seit 1970 das Bruttosozialprodukt Singapurs alle zehn Jahre verdoppelt hat (Adam/Braun 2009: 1), sind die SingapurInnen im Schnitt weit weniger wohlhabend als dies die wirtschaftlichen Zahlen vermuten lassen. Der Reichtum ist in der heterogenen Bevölkerung sehr ungleich verteilt (Verweij/Pelizzo 2009: 20). Im Jahr 2005 lebten 4,3 Millionen Menschen in Singapur, davon 1,2 Millionen „noncitizens“ (ebd.: 21). Die „noncitizens“ lassen sich in zwei Gruppen aufteilen. Die erste Gruppe übernimmt schlecht bezahlte Arbeiten und kommt aus verarmten asiatischen Ländern: Bauarbeiter aus Bangladesch. Putzfrauen aus Indonesien und von den Philippinen. Die zweite Gruppe besteht aus hochbezahlten ExpertInnen aus Nordamerika, Europa, Australien, Japan und Südkorea. Diese „foreign talents“ (ebd.) werden von der Regierung umworben. Sie arbeiten entweder für die mehr als 6000 multinationalen Unternehmen in Singapur oder in Spitzenpositionen der heimischen Wirtschaft. Sie profitieren von der niedrigen Einkommenssteuer, müssen keine Kapitalertragssteuer zahlen und profitieren von einem relativ niedrigen Preisniveau. Sie leben in teuren Eigentumswohnungen mit Swimmingpool und Sicherheitsdiensten. Weit entfernt von den weniger komfortablen Sozialwohnungen des Housing Development Boards HDB. Hier aber leben 80 Prozent der SingapurInnen. Die Ökonomen Gavin Peebles und Peter Wilson schätzen,

dass die hohen Gehälter der AusländerInnen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hochtreiben. Das tatsächliche Einkommen der SingapurInnen liegt deutlich darunter. Die Zahlen verzerren also das Bild über die tatsächliche ökonomische Lage der einheimischen Bevölkerung – einschließlich der BilligarbeiterInnen aus dem Ausland (ganzer Abschnitt Verweij/ Pelizzo 2009: 21).

Ein weiteres interessantes Merkmal der Wirtschaft in Singapur ist der sehr geringe Anteil des privaten Konsums, resultierend aus einer sehr hohen Spar- und Investitionsquote. Die Brutto-Sparquote stieg auf satte 50 Prozent des Bruttoinlandsproduktes - die höchste der Welt. Ein Großteil dieser Sparquote kommt von den Pflichtbeiträgen der BürgerInnen und Unternehmen für den Central Provident Fund CPF, also für das Rentensystem. Dieses Geld wurde von der Regierung aber sofort reinvestiert und ausgegeben: u.a. für Steuererleichterungen für Unternehmen, Infrastrukturprojekte, Industrieparks und Anschubfinanzierungen für Unternehmensansiedlungen, aber auch für Wohnhäuser, Straßen und Bildungsinvestitionen. Das bedeutet: das Bruttoinlandsprodukt ist kein guter Indikator, um den durchschnittlichen Wohlstand und die Entwicklung in Singapur zu messen. Zwischen den 1960er Jahren und dem Jahr 2000 fiel der Anteil des privaten Konsums von 74 % auf magere 36 % des BIP. Erschwerend kommt hinzu, dass die SingapurInnen wegen der wirtschaftlich schlechten Lage ihre Sparquoten erhöhen. Das hohe Wirtschaftswachstum ist vor allem eine Folge der Bauaktivitäten in der Hauptstadt. Es spiegelt die geleisteten Arbeitsstunden wider, sagt aber wenig darüber aus, wie produktiv und innovativ die singapurische Wirtschaft tatsächlich ist. Technologischer Fortschritt und Effizienz sind die eigentliche treibende Kraft eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums. Daraus ergibt sich ein fundamentales Problem: weil es hier einen Mangel gibt, muss Singapur seine Investitionen deutlich stärker erhöhen als dies andere besser entwickelte und strukturierte und insgesamt produktivere Volkswirtschaften tun müssten, um einen ähnlichen Anstieg des Volkseinkommens zu erreichen. Die Produktivität der Wirtschaft in Singapur ist also nicht besonders gut ausgeprägt. Singapur muss also die beträchtlichen Zwangs-Sparquoten seiner BürgerInnen aufrecht erhalten, wenn es weiterhin Wirtschaftswachstum durch staatlich gelenkte Investitionen geben soll. Das führt zu armen Leuten in einem reichen Land. Die Einkommensungleichheit ist nicht nur bereits sehr hoch, sie steigt auch noch ständig (ganzer Abschnitt Verweij/Pelizzo 2009: 21 f.). Der Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß zur Darstellung von Einkommens- oder Vermögensungleichheiten (von 0 = totale Gleichheit bis 1 = totale Ungleichheit) ist in Singapur von 0.444 im Jahr 2000 mehr oder we-

niger kontinuierlich auf 0.482 gestiegen (Department of Statistics Singapore 2012: 33). Damit rangiert Singapur als einziger Industriestaat im letzten Viertel von 140 gelisteten Ländern (CIA 2012).

Noch dramatischer wird der angebliche Wohlstand des Landes demaskiert, wenn es um die Arbeitsproduktivität geht (Verweij/Pelizzo 2009: 22). Im Jahr 2005 betrug die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 48,4 Stunden. Das liegt deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Das bescheidene Ergebnis ist, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Stunde nur magere 20,89 US-Dollar ausmachte – etwas mehr als in Slowenien und sogar weniger als in Trinidad und Tobago sowie Estland (ebd.: 23). In Summe müssen die meisten BürgerInnen Singapurs also enorm lange arbeiten für ein vergleichsweise mageres Ergebnis, von dem ein großer Teil auch noch angespart werden muss und nicht konsumiert werden kann. Schon vor der Finanzkrise 2008 wurden die Probleme nicht angegangen. Die soziale Schere driftet zunehmend auseinander: die unteren 30 % der Einkommen sind zwischen 2000 und 2005 weiter abgesunken, die höchsten Einkommen deutlich gestiegen. Die Nominallöhne der ArbeitnehmerInnen können kaum Schritt halten mit der Inflation. Die KapitaleigentümerInnen freuen sich über steigende Einnahmen (ganzer Abschnitt ebd.).

Altersarmut

Doch trotz der zwangsweisen und höchsten Sparquote der Welt gibt es Altersarmut, die sich in Zukunft noch verschärfen wird. Viele ältere BürgerInnen haben nur unzureichende Pensionen. 2005 schätzte der Ökonom Mukul Asher, dass nicht weniger als 75 Prozent der singapurischen RentnerInnen ungenügende Pensionen erhalten, obwohl sie ihr ganzes Arbeitsleben lang zu dieser weltweit höchsten Sparquote beigetragen haben. (ganzer Abschnitt Verweij/Pelizzo 2009: 23.). Grundlage der Altersabsicherung ist der *Central Provident Fund* (CPF). Er steht unter Kontrolle der Regierung. Das angesammelte Kapital spielt eine wesentliche Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Stadtstaats (Jordan 2007: 110 f.). Die komplexen Finanzierungsstrukturen des CPF und die mangelnde Transparenz in der Verwendung der Pflichtbeiträge sind in die öffentliche Kritik geraten (ebd.: 116). Die Verwendung der Gelder entzieht sich der öffentlichen Kontrolle, verlässliche Daten, die eine unabhängige Analyse erlauben würden, stehen kaum zur Verfügung (ebd.). Es sind vor allem die Oppositionsparteien, die immer wieder auf die fehlende parlamentarische Kontrolle hinweisen (ebd.: 117). Die anhaltende Kritik an der Praxis der Regierung im Umgang mit der Altersversorgung wird

in Zukunft noch mehr Raum einnehmen (ebd.). Zum einen spielt dabei die unzureichende Absicherung einer wachsenden Zahl von Beschäftigten eine Rolle, weil viele aufgrund niedriger Einkommen nur geringe Beiträge zum CPF beisteuern oder Beschäftigte schon während ihrer Berufstätigkeit auf die angesparten Gelder zugegriffen haben für den Kauf von HDB-Wohnungen (ebd.: 111 f.). Zum anderen greifen die Folgen des demographischen Wandels: sinkende Durchschnittseinkommen und eine höhere Lebenserwartung führen zu einer schlechteren Versorgungssituation im Alter, von der besonders Frauen betroffen sind wegen der geringeren Beschäftigungsquote (ebd.: 115). Die unzureichende Absicherung im Alter widerspricht dem erreichten Entwicklungsstand, der Singapur heute auszeichnet (ebd.: 118), und wird seit Jahren von der Opposition thematisiert (ebd. 120 f.).

Staatlicher Wohnungsbau

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Singapurs ist ohne direkte politische Einflussnahme nicht denkbar. Die regierende PAP sah ihre Rolle von Anfang an als ökonomisches Steuerungsinstrument, dass durch die Macht eines autoritären Regimes beliebig beeinflussbar erscheint, angefangen von der Bereitstellung einer großen Zahl von IndustriearbeiterInnen, deren ethnische Herkunft kein wachstumshemmendes Konfliktpotential bieten durfte. Die Wohnsiedlungen und *New Towns*, die seit den 1960er Jahren errichtet wurden (Jordan 2007: 134) bildeten eine wesentliche Grundlage der relativ stabilen politischen Verhältnisse, die gleichzeitig als zentrale Standortfaktoren für die Ansiedlung multinationaler Unternehmen und ihrer Produktionsanlagen gelten müssen (ebd.: 135). Der staatliche Wohnungsbau sorgte für niedrige Wohnungspreise und ermöglichte damit gleichzeitig ein relativ niedriges Lohnniveau als Basis einer exportorientierten Entwicklungsstrategie (ebd.). Gleichzeitig dient der aus den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten resultierende Pensionsfonds *Central Provident Fund* (CPF) als Finanzierungsbasis für die staatlichen Investitionen nicht nur in neue Wohnungen, sondern auch in die staatlich gelenkte Industrie. Die Kehrseite ist die Vulnerabilität dieses Finanzierungskonzepts, dass auf Spareinlagen der BürgerInnen gleich in mehrfacher Hinsicht angewiesen ist – und zwar in einem umso größeren Maße, je weniger Kapital aus anderen Quellen verfügbar ist. Das Risiko, Pensionen zu verlieren, liegt wie ein Damoklesschwert auf der PAP. Als riskant erweist sich auch die Strategie einer ethnischen Steuerung. Das Regime ist um eine „ausgewogene Mischung“ der BewohnerInnen in sozialer und ethnischer Hinsicht bemüht (ebd.: 139), wobei die Bewohner der neuen Siedlungen

in den ersten Jahren ihrer Entstehung aus den bestehenden sozialen Milieus herausgelöst wurden. Der öffentliche Wohnungsbau flankierte wesentlich die Herausbildung eines Industrieproletariats und ermöglichte gleichzeitig dessen wohnortbezogene politische Kontrolle (Jordan 2007: 134 f.). Inzwischen fehlen aber vielfach die Möglichkeiten, besseren Wohnraum zu bekommen, da Neubauten oft unerschwinglich sind und die Wohnungsvergabe an den Familienstatus gebunden ist. Alleinstehende und Geschiedene SingapurInnen haben Probleme, öffentlich geförderten Wohnraum anzumieten oder zu kaufen, obwohl deren Zahl rasant zunimmt (Department of Statistics Singapore 2011: 13). Hier wird damit deutlich, dass die bisher noch tolerierten Grenzen der autoritären Einflussnahme bis in die Familien hinein von der PAP überschritten wurden, und dass ihre Steuerungsversuche kaum noch die erwünschten Wirkungen zeigen können.

Noch eine weitere soziale Errungenschaft, die sich die PAP zuschreibt, könnte schnell zum Bumerang werden: zum vielgelobten „sozialen Frieden“ sollte beitragen, dass die Beschäftigten ihre Wohnungen kaufen können, indem sie einen Großteil ihrer Altersrücklagen investieren. Auf diese Weise sind die Menschen scheinbar direkt scheinbar eingebunden in die Entwicklungspolitik der Regierung, aber auch abhängig von den Erfolgen oder Misserfolgen ihrer Wirtschaftspolitik (vgl. Jordan 2007: 139). Sollte es Probleme bei der Wertentwicklung ihrer Einlagen, Renten, und Wohnungen geben, so wirkt sich das direkt auf die PAP aus, die dafür in die Verantwortung genommen werden kann. Dabei wird übersehen, dass der Einfluss der regierenden Partei auf die Wirtschaftsentwicklung vielleicht viel geringer ist, als die Menschen glauben. Das Risiko für die PAP, dass sich der Funke der Revolution in den Wohntürmen entzündet, wird dadurch größer. In diesem Fall sind auch ethnische Unruhen denkbar, ausgelöst durch eine zunehmend verarmende chinesische Mittelschicht, die ihre Wut an scheinbar privilegierten anderen Ethnien auslässt, an der kleineren Bevölkerungsgruppe der MalaiInnen und InderInnen.

3.3 Zusammenfassung: Singapur als etablierter Staat

Singapur ist eine im Grunde fragil aufgestellte Scheindemokratie – schon durch ihre Vulnerabilität pedantisch darauf bedacht, transparent und glaubhaft zu wirken. Das zeigt sich in den Selbstdarstellungen der offiziellen Websites wie www.gov.sg (Singapore Government: „Integrity-Service-Excellence“), die erstaunlicherweise das letzte Mal vor zwei Jahren „updated“ wurde (am 14.03.2010 [Zugriff: 16.03.2012]), und www.parliament.gov.sg, der Website des Parlaments. Dort findet sich auch ein Hinweis auf die Selbsteinschätzung der politischen und administrativen Eliten als Ergebnis eines „natürlichen“ Auswahlprozesses, der glauben machen soll, dass Regimetreue und Kompetenz einhergehen. Auf die Widersprüchlichkeit dieser Behauptung verweist die Opposition. Chee Soon Juan, der Generalsekretär der oppositionellen *Singapore Democratic Party* SDP, musste sein politisches Engagement gegen die PAP mehrfach mit Haftstrafen bezahlen (Seifert 2010: 6). Außerdem wurde der Neuropsychologe zu drakonischen Geldstrafen verurteilt, die ihn zwangen, Privatkonkurs anzumelden (ebd.). Er beschreibt Singapur als Familienunternehmen: „Lee Kuan Yews Sohn ist Premierminister, seine Schwiegertochter kontrolliert die *Temasek Holding* mit einem Milliarden-Vermögen. und Lee selbst kontrolliert den *Sovereign Wealth Fund Government of Singapore Investment Corporation* (GIC). Ob das nun Singapur AG oder autoritärer Kapitalismus oder sonst was ist – die Kontrolle dieser drei Personen über den Stadtstaat ist perfekt“ (Chee Soon Juan zit. nach Seifert 2010: 6). Gefolgsleute der herrschenden Elite wie Kishore Mahbubani, ehemaliger Diplomat und Professor an der *Lee Kuan Yew School of Public Policy*, antworten auf derlei kritische Analysen gerne mit folgenden Fragen (Seifert 2010: 6): Wenn die Verhältnisse so schlecht seien, warum gebe es dann keinen Massenexodus aus dem Stadtstaat? Warum bleibe Singapur eine attraktive Destination für Expats (Fachkräfte internationaler Unternehmen) auf der Suche nach dem angenehmen Leben und einem guten Einkommen? Und „Wer würde schon freiwillig in einem Käfig leben?“ (Mahbubani zit. nach Seifert 2010: 6). Der Oppositionspolitiker Chee Soon Juan sieht genau hier die gefährliche Arroganz am Werk, die scheinbar blind auf die politische Indolenz und das kurzfristige Profitstreben internationaler WirtschaftsakteurInnen vertraut: „Singapur ist ein goldener Käfig. Viele sehen das Gold, aber ich sehe die Stäbe“ (Chee zit. nach Seifert 2010: 6). Mahbubani unterschlägt die Nachteile einer auf Auslandsinvestitionen fixierten Politik, in der sich heimische Fachkräfte kaum längerfristig an einen Arbeitgeber binden können. Er lässt die Einkommensunterschiede zu den *Expats* unerwähnt, ebenso die Rückschläge Singapurs im Aufbau einer For-

schungsindustrie, die sich politisch nicht gängeln lassen wollte (vgl. Verweij/Pelizzo 2009: 25), und auch den schleichenden Exodus einheimischer Fachkräfte (vgl. ebd.: 24 f.) – allesamt Probleme, die zur Machterosion der PAP beitragen, und die nichts mit dem Wohlbefinden ausländischer Professionals zu tun haben, die als Standortfaktor die Lage Singapurs und die Rechtssicherheit für AuslandsinvestorInnen im Blick haben (vgl. Seifert 2010: 6).

Die Machterosion des Regimes hat sich schleichend vollzogen, im Gegenzug erweiterte sich der Aktionsradius der Opposition. Bemerkenswert ist, dass schon 1991 eine erstarkte Opposition Achtungserfolge bei den Parlamentswahlen erzielte. Das Regime zog die Konsequenzen und versuchte die Macht durch einen Neuzuschnitt der Wahlkreise für die nachfolgende Parlamentswahl 1997 so zu verändern, in der Hoffnung, dass vermutete WählerInnenpotential der Opposition zu zerschneiden und dadurch in seiner Wirkung zu neutralisieren. Die Wahlkreise wurden so verändert, dass die Hochburgen der Opposition ihre Geschlossenheit einbüßten. Diese Manipulation konnte zwar nicht die tatsächlich vorhandene Stärke der Opposition unterdrücken, sie aber praktisch unsichtbar werden lassen, weil sich die PAP bei der relevanten Stimmenverteilung durch die Stärkung ihrer Hochburgen illegitime Vorteile verschafft hat (ganzer Abschnitt vgl. Da Cunha 2012: 135).

Durch die jahrzehntelange Dominanz der PAP haben die gewählten Regierenden tatsächlich die komplette Kontrolle über den Stadtstaat, können beispielsweise beliebige Verfassungsänderungen beschließen. Die völlige Kontrolle über die öffentliche Meinung erlaubte es dem Regime bisher, sich als integer, unbestechlich und kompetent darzustellen, mit dem selbsterklärten Ziel, alles Notwendige zu unternehmen, um Singapurs wirtschaftlichen Erfolg abzusichern – auch unter drastischer Anwendung undemokratischer Maßnahmen, um abweichende Meinungen niederzuhalten.

Rose (2009: 17) stuft Singapur als „constitutional oligarchy“ ein, „in which public officials act in accord with national laws but without the need to be accountable to the electorate“ (ebd.). Diese mangelnde Rechenschaftspflicht nach innen kontrastiert mit der angeblichen Berechenbarkeit nach außen, derer sich die Machthaber Singapurs rühmen: „its Transparency International rating is higher than that of the USA and five-sixths of European Union member states. However, Singapore’s leaders reject democratic government as an alien idea inconsistent with its definition of Asian values“ (ebd.). Rose übersieht dabei aber, dass diese Konstruktion eines regionalspezifischen Wertekanons

schon durch die Asien-Krise unglaublich und von der PAP-Führung erkennbar nicht weiter verfolgt wurde.

Um periodische, freie, gleiche, allgemeine und faire Wahlen auf Dauer wirkungsvoll zu etablieren, sind vor allem gleiche politische Partizipationsrechte die unverzichtbaren Minimalbedingungen (Merkel 2003: 19). Diese sind in Singapur trotz einer formaldemokratischen Verfassung nicht gewährleistet. Merkel stuft Singapur als *Autokratie* ein und stellt das Land in eine Reihe mit Burma, Brunei, Bhutan und Laos (ebd.: 98). Das demokratische Minimum hinreichend freier und fairer Wahlen wird mit einem beschädigten Rechts- und Verfassungsstaat kombiniert, in dem die Prinzipien der Gewaltenteilung chronisch verletzt und Bürgerrechte suspendiert oder gar nicht durchgesetzt werden (ebd.: 99). An der Spitze der staatlichen Hierarchie stehen die 20 Kabinettsmitglieder, die gleichzeitig Parlamentsabgeordnete und mehrheitlich Mitglieder des Zentralen Exekutiv-Komitees der regierenden PAP sind (Hofmann 2004: 2). Innerhalb dieser Führungsgruppe gibt es dann noch einen inneren Kern, bestehend aus den fünf wichtigsten Personen des Kabinetts (ebd.). „Politische Macht wird durch Kenntnisse, Erfolge und die Loyalität zu den Führern und deren Politik erworben“ (ebd.). Loyalität wird als einer der wichtigsten Faktoren für die Funktionalität des Staates und dessen Weiterentwicklung angesehen. Vor allem in der Verfassung verankerte Einschränkungen (Art. 14 (2), (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 359) dienen dazu, den Handlungsrahmen der Opposition in einer nicht eindeutig definierten Form einzuschränken, dadurch nachhaltig zu verunsichern und deren FührerInnen einzuschüchtern.

Der ehemalige Vorsitzende der Arbeiterpartei, J. B. Jeyaretnam, und der Vorsitzende der demokratischen Partei Singapurs SDP, Chee Soon Juan, wurden durch Verleumdungsklagen finanziell ruiniert, was den Verlust des passiven Wahlrechts nach sich zieht. Ähnlich erging es dem erfolgreichen Rechtsanwalt Tang Liang Hong, dessen Vergehen darin bestand, sich als Oppositionskandidat bei einer Wahlveranstaltung kritisch über die regierende PAP geäußert zu haben. Tang ging ins Exil. Sein Vermögen wurde konfisziert, nachdem er die geforderte Millionenstrafe nicht bezahlen konnte (ganzer Abschnitt Adam/Braun 2009: 6). In der wissenschaftlichen Literatur und in den Berichten vieler NGOs werden weitere Fälle genannt, die zeigen, in welcher Weise die singapurische Verfassung von einer willfährigen Justiz instrumentalisiert wird, um die Macht der regierenden PAP abzusichern und Machtverlusten vorzubeugen. Jörn Dosch folgert daraus zu Recht: „Ein Staat, der elementare Bürgerrechte, wie die Meinungs- und Pressefreiheit, einschränkt, die Justiz bewusst einsetzt, um die Arbeit der legalen

politischen Opposition zu behindern, und mehrfach die Verfassung de facto mit dem primären Ziel ändert, einem bestimmten politischen Akteur überproportionale Vorteile bei den Wahlen zu verschaffen [...], kann bei näherem Hinsehen kaum als Rechtsstaat gelten“ (Dosch 2000: o. S.). Von einer festen Verankerung demokratischer Prinzipien kann in Singapur folglich keine Rede sein. Die Verfassung und der daraus abgeleitete Rechtsrahmen stehen im Dienst der regierenden PAP: „The Government knows what is best for the people and therefore is capable of making the most important decisions with carefully conceived plans“ (Ortmann 2010: 71).

„Lee Kuan Yew hat seine im Jahre 2000 vorgelegten Memoiren mit der stolzen Überschrift versehen „From Third World to First“ (Mols 2007: 22). Doch zur Ersten Welt gehört auch ein politisches System der Offenheit, der Konkurrenz und des Pluralismus, was im Singapur Lee Kuan Yews nicht politische Wirklichkeit wurde (ebd.)

4 Die Wahlen

Singapur verfügt über wesentliche Attribute einer parlamentarischen Demokratie: über periodisch stattfindende geheime Wahlen werden die politischen RepräsentantInnen und HerrschaftsträgerInnen bestimmt (Merkel 2003: 19). Singapur ist laut Verfassung eine Parlamentarische Republik (im Commonwealth). Das Einkammerparlament mit 87 Mitgliedern wird mindestens alle fünf Jahre gewählt. Die Direktwahl des Staatspräsidenten mit weitgehend repräsentativen Aufgaben findet mindestens alle sechs Jahre statt. In Singapur herrscht Wahlpflicht. Das Mehrheitswahlrecht begünstigt – anders als beim Verhältniswahlrecht – prinzipiell konkurrenzdemokratische Strukturen: in der Regel findet man hier – wie in den USA – zwei große konkurrierende Parteienblöcke. Machtwechsel sind eher häufiger anzutreffen. Anders in Singapur, wo das Mehrheitswahlrecht jahrzehntelang eine einzige Partei begünstigte, ohne dass sich leistungsfähige Konkurrenzparteien entwickeln konnten. Nach den Parlamentswahlen im Mai 2011 ist eine leichte Erosion der Regierungspartei erkennbar. Die oppositionelle Workers' Party (WP) konnte zwei der 23 Wahlkreise (Constituencies) gewinnen: zusätzlich zu dem schon 2006 gewonnen „Single Member“-Wahlkreis Hougang auch den „Group Representation“-Wahlkreis Aljunied (Singapore Elections Department 2011). Die Frage ist aber, ob das Wahlvolk hier tatsächlich die Tür zu mehr Pluralismus geöffnet hat, oder ob die bisher Regierenden ein politisches Ventil dulden oder sogar selbst geschaffen haben, um ihre Macht weiterhin abzusichern. Vieles deutet darauf hin, dass diese Ansicht eine Art Propaganda der PAP ist, von ihr selbst in die Welt gesetzt, um die Dynamik des Wandels zu verschleiern.

Bei den Wahlen herrscht das Mehrheitswahlrecht, d.h. die Stimmen der unterlegenen KandidatInnen oder Parteien entfallen bei der Gesamtrechnung der Verteilung der Sitze im Parlament (Meyer 2009: 167). Dieses System, dass sich bei homogenen Gesellschaften in liberalen Demokratien bewährt hat, trägt in Singapur zum Niedergang des autoritären Regimes bei, weil die tatsächlichen Interessen der Wählerschaft nicht repräsentieren kann. Das Mehrheitswahlrecht kann klare Verhältnisse bei der Regierungsbildung und politische Stabilität im Verlauf der Legislaturperiode oder auch über viel längere Zeiträume – wie in Singapur - begünstigen. Solche Stabilität ist aber nicht unter allen Umständen ein Vorteil, wenn sie nur ein anderes Wort für politische Verkrustung ist. Sie führt in diesem Fall dazu, dass in der Gesellschaft neu entstehende Interessen oder Werte über all zu lange Zeit hin im Parlament des Landes nicht berücksichtigt werden

und dass strukturell schwache Gruppen dauernd von politischer Beteiligung ausgeschlossen sind (ebd.).

Was in liberalen Demokratien zu Problemen führen kann, wirkt sich erst recht in Autokratien negativ aus: „Die durch das Mehrheitswahlrecht bewirkte Verzerrung der Anzahl der Sitze im Parlament gegenüber den Stimmverhältnissen kann in einer gegebenen Gesellschaft als sehr ungerecht empfunden werden, so dass dann aus diesem Grunde die politische Stabilität des Landes leidet.“ (ebd.)

In Singapur kommt hinzu, dass die herrschende Gruppe, die die demokratische Kontrolle fürchtet, sich ein Wahlrecht nach eigener Interessenlage maßgeschneidert hat. „Das kann entweder dadurch geschehen, dass sie die Wahlkreise so ungleich verteilen, dass sie in ihren eigenen Hochburgen wenige, in den Hochburgen der Opposition aber viele Stimmen nötig sind, um ein einziges Mandat im Parlament zu gewinnen.“ (ebd.: 167 f.)

Die Wahlkreise (*constituencies*) werden willkürlich von der Regierung festgelegt: „Electoral Divisions (also called constituencies) are areas within Singapore demarcated by the Prime Minister by law for the purposes of Parliamentary elections and Presidential elections“ (Singapore Elections Department 2012c).

Es gibt drei Typen von „Members of Parliament“ (MPs): die gewählte MPs (aus SMCs und GRCs), die „Non-Constituency MPs“ (NCMPs) und „Nominated MPs“ (NMPs; ernannte MPs) (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 375), wobei im Weiteren nicht mehr auf die NMPs eingegangen wird. Die maximal möglichen 9 NCMPs werden von den Oppositionsparteien ausgewählt, sollten die Oppositionsparteien bei den Wahlen nicht neun gewählte MPs erreichen (ebd.). NCMPs und NMPs dürfen in wichtigen Angelegenheiten wie z. B. finanzielle und Verfassungsangelegenheiten gemäß Art. 39 (2) der Verfassung nicht abstimmen (ebd.: 375 f.). Das ist ein Instrument, um den Aktionsradius von Oppositionsabgeordneten zu minimieren.

Es gibt zwei Arten von *constituencies*: Single Member Constituencies (SMCs) und Group Representation Constituencies (GRCs). In einem SMC repräsentiert ein/e einzige/r MP, in einem GRC eine Gruppe von MPs die Interessen der Bevölkerung des Wahlkreises, wobei die Gruppe aus drei bis sechs Personen bestehen kann (wird per Gesetz festgelegt) (Singapore Elections Department 2012c).

Wahlberechtigt bzw. wahlpflichtig („voting [...] is compulsory“ (Elections Department Singapore 2012d) sind die singapurischen Staatsangehörigen ab 21 Jahre (Elections Department Singapore 2012e).

Im Jahresbericht 2010 der US-amerikanischen Watchdog-Organisation Freedom House zum Zustand der Demokratie in Singapur rangiert der Stadtstaat auf den hinteren Plätzen. Freedom House bewertet die Länder an Hand einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 den höchsten Level von politischer Freiheit repräsentiert und 7 den niedrigsten Level (Freedom House 2010: o. S.). Auf der Werteskala der *Political Rights* erreicht Singapur nur den Wert 5, im Bereich *Civil Liberties* den Wert 4. Als *Status* des Landes gibt das Institut *partly free* an (ebd.). Diese allgemeine Werteeinordnung wird durch eingehende Analysen und Recherchen unterfüttert. Obwohl der seit 2004 amtierende Premierminister Lee Hsien Loong, Sohn des langjährigen Premiers Lee Kuan Yew, seinen Wunsch nach einer „offeneren Gesellschaft“ geäußert habe, hat er selbst wenig dazu beigetragen, das autoritäre politische Klima zu verändern. Schon 2006 behinderten ein auf neun Tage beschränkter Wahlkampf und Diffamierungen die KandidatInnen der Opposition. Die Wahl war mehr ein Referendum zur Beliebtheit des Ministerpräsidenten und weniger ein tatsächlicher Wettbewerb um die Macht. Die PAP erreichte 82 der 84 gewählten Parlamentssitze mit nur 66 Prozent tatsächlicher Wählerzustimmung, obwohl die Opposition mehr KandidatInnen als bei vorangegangenen Wahlen aufboten und mehr Stimmen auf sich vereinen konnte als in früheren Jahren. Lee setzt seine ökonomische Agenda fort, während er die Opposition durch legale und andere Instrumente in Schach hält. Die Wahlen gelten als frei von Manipulationen an den Wahlurnen, aber der Ministerpräsident behält die Kontrolle über den Zuschnitt der Wahlkreise. Eine politisch unabhängige Wahlbehörde – eine der Grundbedingungen einer parlamentarischen Demokratie - fehlt. Die Wahlkampagnen der Opposition wurden durch Verleumdungsklagen und durch den Einfluss der regierenden PAP auf die Medien und die Justiz behindert (ganzer Abschnitt vgl. Freedom House 2010: o. S.).

4.1 Zeichen des Wandels: Singapore General Election 2011

Vorbemerkung: alle Wahlergebnisse (Prozentzahlen und Namen) in den folgenden Kapiteln sind den amtlichen Wahlergebnissen entnommen, die das Singapore Elections Department (2012a) im Internet veröffentlicht hat. Die Durchschnittsergebnisse der Oppositionsparteien finden sich bei Da Cunha 2012 auf Seite 226. Hier wird nur auf die wichtigsten Oppositionsparteien eingegangen, die an der Wahl teilgenommen haben. Es existieren zahlreiche weitere registrierte politische Gruppierungen (vgl. Singapore Elections o. J.d).

Auch bei den Parlamentswahlen 2011 verlor die PAP weiter an Stimmen. Erreichte sie 2006 noch 66,6 %, waren es 2011 „nur noch“ 60,14 % (Da Cunha 2012: 12). Der Stimmenverlust von 6,46 % mag auf den ersten Blick relativ gering erscheinen, doch er zeigt einen Trend, der schon bei den vorangegangenen Wahlen zu beobachten war. Außergewöhnlich sind die Erfolge der Opposition. Zwar konnte die Opposition auch dieses Mal nur zwei der 23 Wahlkreise gewinnen, davon aber einen GRC mit fünf Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten, die die Opposition ins Parlament entsenden konnte, stieg auf sechs gegenüber zwei in der vorherigen Wahlperiode. Nichtsdestotrotz hält die PAP weiterhin mit 93,1 % der gewählten Abgeordneten die überwältigende Mehrheit im Parlament.

Am 24.02.2011 veröffentlichte das EBRC (Electoral Boundaries Review Committee) die gegenüber den vorangegangenen Parlamentswahlen veränderten Wahlkreisgrenzen. Am 19.04.2011 verkündete das *Prime Minister's Office* den Wahltermin. Für den den 27.04.2011 wurde der *Nomination Day* angesetzt. Gewählt wurde am 7.05.2011. Der Vortag war von der Regierung im April 2010 per Ergänzung zum *Parliamentary Elections Act* zum *Cooling-off Day* erklärt worden, der sämtliche Wahlkampfaktivitäten verbietet (Da Cunha 2012: 34).

Für den Wahlkampf wird in Singapur eine Minimalfrist von 10 Tagen eingeräumt. Verfassungsrechtlich möglich ist aber auch eine längere Wahlkampfzeit bis zu 56 Tagen. Kurze Wahlkampffristen machen es vor allem der Opposition schwer, in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erzielen und für ihre Programme nachhaltig zu werben.

Wahlfreiheit und Wettbewerbsbedingungen

Die Möglichkeit der WählerInnen zwischen verschiedenen Parteien wählen zu können, ist in Singapur beschränkt. Bei den Parlamentswahlen 2011 waren die Wahlmöglichkei-

ten jedoch größer als je zuvor seit der Unabhängigkeit. Vor allem im letzten Jahrzehnt gab es signifikante Veränderungen. Noch 2001 wohnten 66,8 % der WählerInnen in Wahlkreisen, in denen es zur PAP keine Alternative gab, wo also keine Oppositionspartei zur Wahl antrat („*uncontested*“). Nur 33,2 % der WählerInnen hatten überhaupt eine Wahl. 2006 lag die Zahl der Wahlkreise, in denen die PAP „*uncontested*“, also nicht von GegenkandidatInnen herausgefordert wurde, schon niedriger. Bereits mehr als die Hälfte der WählerInnen hatten eine echte Wahlmöglichkeit. 2011 gab es einen Rekord an WählerInnen. Nur noch Tanjong Pagar, der Wahlkreis Lee Kuan Yews seit eh und je, blieb „*uncontested*“, also ohne konkurrierendes Angebot einer oder mehrerer Oppositionsparteien.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der nicht umkämpften Wahlkreise und deren prozentualer Anteil an der WählerInnenschaft seit 1968. 2011 blieb nur noch ein Wahlkreis ohne oppositionelle Herausforderung, so dass nur dieser „automatisch“ an die PAP fiel.

Parlamentswahlen	WählerInnen mit Wahl in %	WählerInnen ohne Wahlmöglichkeit in %	Zahl der Wahlkreise, in denen PAP „ <i>uncontested</i> “/ Gesamtzahl der constituencies	gewählte MPs der PAP/ Gesamtzahl der MPs	PAP-MPs in %	WählerInnenstimmen in %
1968	11,2	88,8	51/58	58/58	100,0	86,7
1972	89,5	10,5	8/65	65/65	100,0	70,4
1976	78,2	21,8	16/69	69/69	100,0	74,1
1980	53,1	46,9	37/75	75/75	100,0	77,7
1984	63,2	36,8	30/79	77/79	97,5	64,8
1988	86,9	13,1	5/50	80/81	98,8	63,2
1991	50,1	49,9	11/36	77/81	95,1	61,0
1997	40,7	59,3	9/24	81/83	97,6	65,0
2001	33,2	66,8	10/23	82/84	97,6	75,3
2006	56,6	43,4	7/23	82/84	97,6	66,6
2011	94,1	5,9	1/27	81/87	93,1	60,1

Abb. 2: Entwicklung der WählerInnenschaft mit tatsächlicher Wahl
und PAP-Ergebnisse seit 1968 (eigene Zusammenstellung nach Daten von
Singapore Elections o. J.a und Jordan 2007: 54)

Diese Entwicklung ist bemerkenswert auch vor dem Hintergrund, dass die Regierungspartei PAP auch vor den Parlamentswahlen 2011 versuchte, sich durch illegitime Manipulationen Vorteile zu verschaffen. Die Veränderungen der Wahlkreisgrenzen, die die-

sem Ziel dienen sollten, erfolgten kurzfristig vor dem Wahlgang. Der von der Regierung definierte knappe Zeitrahmen macht es den Oppositionsparteien schwer, ihre Strategien auf die neuen Verhältnisse auszurichten.

Wahlkreise

Als illegitime Oppositionsbremse wirkte auch diesmal die radikal veränderte “*electoral map*” (Da Cunha 2012: 31). Einer der vielen institutionellen Vorteile, die die Regierung zur Verfügung hat, ist die Neuziehung der Grenzen der Wahlbezirke. Die Regierung begründet dies mit der Notwendigkeit, die Wahlkreise an Bevölkerungsverschiebungen anzupassen, mit dem Ziel, eine faire und ausgeglichene Verteilung der WählerInnen in den Wahlkreisen zu gewährleisten. Jedoch ist das zuständige EBRC (*Electoral Boundaries Review Committee*) keine überparteiliche und unabhängige Institution, sondern dem PAP-Ministerpräsidenten untergeordnet und dessen Vorgaben und damit auch den Interessen der PAP verpflichtet. 2011 wurden die neuen Grenzziehungen zwar relativ frühzeitig vor den Wahlen verkündet, sie waren dafür aber sehr radikal (ebd.). Die Veränderungen gegenüber den letzten Wahlen 2006 wirkten sich negativ auf die tatsächlichen Chancen zur Machtvermehrung der Opposition im Parlament aus. Das Parlament wurde auf von 84 auf 87 Sitze erweitert; es gab 27 statt im Wahljahr 2006 nur 23 Wahlkreise, 12 SMCs statt neun und 15 statt 14 GRCs (in unterschiedlichen Größen). Die Veränderungen waren für singapurische WählerInnen schwer zu verstehen und verwirrend, zumal nur sechs Wahlkreise unangetastet blieben. Dazu zählen auch zwei Wahlkreise, die von der Opposition gehalten wurden und als Beleg für die tatsächlichen Stimmungslage gelten können: SMC Hougang (2006: WP mit 62,74 % und ihrem Kandidaten Low Thia Khiang) und SMC Potong Pasir (2006: SDA mit 55,82 % und Chiam See Tong). Eine der bedeutenderen Änderungen betraf GRC Aljunied (Da Cunha 2012: 31): ungefähr 29.000 WählerInnen aus WP-Hochburgen wurden abgetrennt und dem GRC Ang Mo Kio zugeschlagen, mit den von der PAP gewünschten Effekten. 2006 erreichte die PAP 66,14 % mit Lee Hsien Loong, WP 33,86 %; 2011: PAP 69,33 % (wieder mit Lee Hsieng Loong), die diesmal hier angetretene Oppositionspartei RP erreichte 30,67 %. Die PAP konnte hier ihr Ergebnis stabilisieren und deutlich mehr Anteile gewinnen als im Durchschnitt.

Im Gegenzug wurden dafür ungefähr 19.500 WählerInnen aus dieser PAP-Hochburg dem GRC Marine Parade zugeschlagen (2006 *uncontested*, 2011: PAP mit ehemaligem Premierminister 1990-2004 Goh Chok Tong als Listenführer 56,64 %; NSP 43,36 %).

Die WP protestierte und behauptete, die Wahlkreiseinteilung würde zum Vorteil der PAP manipuliert, worauf der ehemalige PM Goh Chok Tong erwiderte, wenn die Opposition gute KandidatInnen hätte, sei die Frage der Grenzziehung der Wahlkreise irrelevant. Die WP-Vorsitzende Sylvia Lim und ihre KollegInnen haben jahrelang unverdrossen in Aljunied gearbeitet und auch 2006 schon ein beachtenswertes Ergebnis erreicht (43,91 %), deshalb ist die Neuziehung der Wahlkreisgrenzen in Aljunied ein herber Rückschlag (Da Cunha 2012: 32), der allein auf die Manipulationen des Regimes zurück zu führen ist: “The PAP government, already very formidable, is not averse to wielding the sledgehammer, figuratively speaking, to deal with any semblance of threats that might emerge and erode its dominance, however remote that may be.” (ebd.). Für die neue Schlagkraft der Opposition – und hier insbesondere der WP – spricht, dass es dem PAP-Regime trotz der Neuziehung der Wahlkreisgrenzen in Aljunied nicht gelungen ist, das oppositionelle WählerInnenpotential zu schwächen.

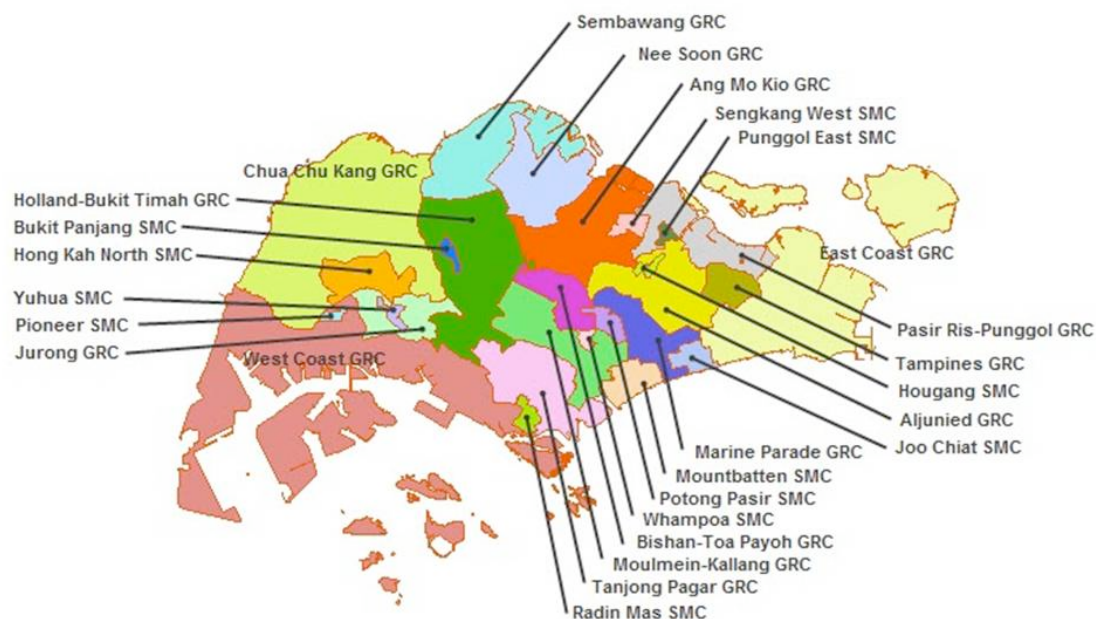


Abb. 3: Constituency Boundaries Map
(Quelle: Parliament of Singapore 2012)

Wahlkampf

An die Parlamentswahlen 2011 knüpfte die Opposition hohe Erwartungen, zumal sie in eine Zeit demokratischer Umbrüche in anderen Weltregionen fiel: „Given that political diversity and pluralism were taking root in many places around the world, fuelled by the interrelated forces of globalisation and the rise of the new media, there was some expec-

tations that even Singapore – a byword for political status quo – could not be completely immune to those developments.” (Da Cunha 2012: 11). Deutlich wurde im Vorfeld der Wahlen auch, dass “Singapore’s fragmented political opposition” (ebd.) die strukturellen Nachteile zumindest mit charismatischen RepräsentantInnen auszugleichen versucht: „Some young and exceptionally qualified Singaporeans were to join the ranks of the opposition and stand as candidates against the ruling People’s Action Party (PAP)” (ebd.). Tatsächlich wertete die verunsicherte Regierungspartei diesen Schachzug der Opposition als Herausforderung zur direkten Reaktion: ”PAP’s ability to keep its vote up and to prevent the opposition from making significant gains“ (ebd.: 12). Zu den von Da Cunha erwähnten von der PAP angewendeten „many methods [...] to maintain dominance“ (ebd.) gehört, dass die PAP in jedem GRC-Team ein bekanntes Kabinettsmitglied an die Spitze stellte – in der Erwartung, dass prominente RegierungsvertreterInnen der zunehmend kritischen Wählerschaft neuen Respekt einflößen.

Die Wahlen 2011 waren die ersten, bei denen die KandidatInnen online über Facebook, Youtube und Twitter werben durften (Kieran u.a. 2011: 100). PAP-Premierminister Lee Hsien Loong sah sich gezwungen, einen einstündigen Facebook-Chat im Wahlkampf zu absolvieren und wurde mit rund 5000 Anfragen und Kommentaren förmlich überflutet (ebd.). Die Opposition hatte im Wahlkampf unpopuläre Maßnahmen der Regierung in der Einwanderungs- und Sozialpolitik angeprangert. Das Regime reagierte auf den wachsenden Druck zunächst mit einem wahltaktischen Zugeständnis: die Regierung erhöhte die Zahl der NCMPs deutlich von drei auf neun. Diese NCMP-Sitze gehen an die bestplatzierten VerliererInnen der Oppositionsparteien, wenn die Oppositionsparteien bei den Wahlen keine neun Sitze erringen. Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, die Opposition habe tatsächlich mehr Einfluss im Parlament (Da Cunha 2012: 40) und die PAP keine Angst vor der Opposition. Es handelt sich dabei aber keineswegs um ein ehrliches Angebot, dass der Opposition tatsächlich auch mehr Einfluss verschafft. NCMPs bleiben die vollen Rechte eines *elected MPs* verwehrt. Sie haben kein Stimmrecht bei parlamentarischen Entscheidungen, die die Verfassung oder die Finanzen betreffen, also bei den wirklich entscheidenden politischen Einflussmöglichkeiten. Die PAP versuchte es vor den Wahlen mit einer eigenwilligen Umarmungsstrategie: Senior Minister Goh Chok Tong (PM 1990-2004) prognostizierte Mitte April 2011 Probleme für die PAP („the ground may not be sweet“) (ebd.: 41). Der damalige Finanzminister Tharman Shanmugaratnam ging Anfang April 2011 in einer seltenen TV-Diskussion mit VertreterInnen der Oppositionsparteien offensiv auf die wachsende Bedeutung der

Opposition ein: eine starke Opposition sei gut für die PAP und für Singapur. WP-Generalsekretär Low sprach daraufhin von einem Sinneswandel in der PAP, die begriffen habe, eine starke Opposition als positiv und gut für die Zukunft Singapurs zu betrachten (ebd.). Die PAP hatte es vor allem sehr schwer, den WP-KandidatInnen in hart umkämpften Wahlkreis Aljunied viel entgegenzusetzen. Alle fünf KandidatInnen der Opposition fielen eben durch jene Kompetenz auf, die das Regime vielen OppositionspolitikerInnen grundsätzlich abspricht (ebd.: 42 f.). Dies wurde schon im Stil offensichtlich. Die OppositionskandidatInnen Low Thia Khiang, Sylvia Lim und Chen Show Mao vermieden scharfe Angriffe auf die PAP. Da Cunha bemerkt: “The team members came across as sensible, reasonable and only interested in crossing swords with the government on intellectual grounds“ (ebd.: 43). Hinzu kam eine aufwändige Strategie des unmittelbaren WählerInnen-Kontakts: die Opposition führte einen Wahlkampf von Tür zu Tür, und das in einem Wahlkreis mit mehr als 140.000 registrierten WählerInnen (ebd.). Die WP konnte außerdem außerdem viele UnterstützerInnen für ihre Wahlkampagne gewinnen. Die PAP-AnhängerInnen dagegen engagieren sich – davon ausgehend, dass die PAP genügend Ressourcen zur Verfügung hat – üblicherweise nicht aktiv im Wahlkampf (ebd.: 160). Wahlkampf, persönliches Engagement und ein direkter Kontakt zur Bevölkerung sind wahlentscheidende Faktoren und können von der Opposition wirksam genutzt werden, während es der PAP hier an Flexibilität mangelt, obwohl die PAP durch ihre zahlreichen Basisorganisationen omnipräsent erscheint (ebd.: 161).

Von der Wiege bis zur Bahre sind es die SingapurInnen gewohnt, sich bei der Daseinsvorsorge auf die Regierung zu verlassen: Bildung, Wohnung, soziale Sicherheit, Arbeit (ebd.: 23). Umso deutlicher werden aber auch Störungen und aufkommende Unsicherheiten im Wahlkampf wahrgenommen und der Regierung angelastet. Die öffentliche Wohnraumversorgung durch das Development Board (HDB) der Regierung würde in den meisten Ländern als bemerkenswerte Errungenschaft bejubelt, man kann das aber auch anders sehen. Zum einen handelt es sich nicht um wirkliches Eigentum (ownership), sondern um Pacht (lease) auf 99 Jahre. Zum anderen existieren viele Vorschriften zu Gebrauch, Vermietung, Kauf und Verkauf der Wohnungen einschließlich ethnischer Quoten (ebd.), die als Eingriff in persönliche Freiheiten wahrgenommen werden (vgl. Verweij/Pelizzo 2009: 24 f.). Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für ärmere Bevölkerungsschichten wurde ebenfalls zum Thema, das dem Regime schadet (Da Cunha 2012: 25 f.). Die Preise haben sich seit der Wahl 2006 sprunghaft erhöht. Das wiederum wird auch mit dem Zustrom der ImmigrantInnen (insbesondere in den

Jahren 2006-2008) in Verbindung gebracht, der eine große Nachfrage nach Wohnraum ausgelöst hat. “The lack of adequate affordable housing has had an especially significant impact on young Singaporean couples seeking to purchase their first home but without the required resources to do so.” (ebd.: 26) Diese Erschwernisse wirken sich indirekt auch auf die Geburtenrate aus. Die nationalen Auswirkungen sind angesichts einer rapide alternden Population besonders stark (ebd.).

Es gibt weitere Faktoren für die Unbeliebtheit der PAP, die auch im Wahlkampf von der Opposition in unterschiedlichen Varianten und Akzentuierungen thematisiert wurden. Der große Zustrom von AusländerInnen nach Singapur wird als Bedrohung wahrgenommen. AusländerInnen nehmen Jobs weg, drücken die Löhne, belasten die bestehende Infrastruktur (einschließlich *housing* und *public transport*) und werden sogar bevorzugt (ohne “*societal obligations*” wie Wehrpflicht). Sogar von Neo-Kolonialismus ist die Rede (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 24). Laut Statistik gab es zwischen 2006 und 2008 tatsächlich besonders hohe Wachstumsraten bei *Non-Residents* (2006: 9,7 %; 2007: 14,9 %; 2008: 19 %). Ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung ist über einen langen Zeitraum stetig gestiegen (1990: 10,2 %; 2000: 18,7 %, 2010: 25,7 %; 2011: 27 %) (Department of Statistics Singapore 2011: 1).

Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch beim von der PAP propagierten Prinzip der „*racial harmony*“ auseinander. PAP-Premier Lee Kuan Yew blamierte seine eigene Partei vor den Parlamentswahlen 2011 mit einer öffentlichen Herabsetzung der muslimischen MalaiInnen in Singapur: alle Religionen könnten in Singapur integriert werden, mit Ausnahme des Islams. Muslime bereiten zwar sozialpolitisch keine Sorgen, schotteten sich aber zu sehr ab (Da Cunha 2012: 52 f.). Auch eine spätere Berichtigung Lee Kuan Yews konnte nichts daran ändern, dass diese Bemerkung der PAP wahrscheinlich die Unterstützung durch die Mehrheit der muslimischen MalaiInnen gekostet hat. Obwohl der malaiische Stimmenanteil nur 13,4 % beträgt, könnte der Vorfall in Aljunied zum Sieg der WP beigetragen haben. (ebd.: 53).

Auch die steigenden Lebenshaltungskosten waren Wahlkampfthema (Da Cunha 2012: 24 f.). Besonders im Gesundheitswesen werden dramatische Kostensteigerungen befürchtet, “a serious issue of concern, especially for a rapidly ageing population” (ebd.: 25). Dies wiederum bekommen die BezieherInnen geringerer Einkommen besonders zu spüren. Zwar rangiert Singapur beim gross domestic product (GDP) per capita in den Top 10 der Welt, das aber die signifikanten Einkommens- und sozialen Ungleichheiten

nicht abbildet, die sich weiter verstärken und von der Wählerschaft wahr genommen werden (ebd.).

Probleme sind auch beim *Central Provident Fund* (CPF) sichtbar und wurden von der Opposition im Wahlkampf thematisiert: nach zahlreichen Änderungen des CPF-Systems durch die Regierung fragen sich viele SingapurInnen, ob sie jemals Zugang zu ihrem Pensionsfonds erhalten. Schon 2007 kündigte die Regierung an, das Pensionsalter schrittweise von 62 auf 65 Jahre heraufzusetzen, um die Rentenkasse zu schonen, was zur Unsicherheit der WählerInnenenschaft beigetragen hat (ebd.).

Auch das Thema Gerechtigkeit nimmt viel Raum ein. Hier sind Defizite augenfällig. Als ungerecht werden die saftigen Gehälter und Boni der AmtsträgerInnen und BürokratInnen empfunden (Da Cunha 2012: 26). Es handelt sich um die höchste Bezahlung weltweit und das trotz ernsthafter Mängel und klarer Anzeichen des Versagens. Dies führt zur verbreiteten Überzeugung vieler BürgerInnen, dass die Regierung die Bodenhaftung verloren hat und sich arrogant verhält, dass sie tun und lassen kann, was sie will – ohne politische Konsequenzen und ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden (ebd.).

Allerdings finden sich bei der Analyse der Wahl 2011 auch Faktoren, die den Schwung der Opposition gegen die PAP abmildern (Da Cunha 2012: 27 ff.). Dazu zählt die nach wie vor boomende Wirtschaft (ebd.: 28) mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate und vielen neuen Jobs. Unklar bleibt allerdings, ob wirklich die SingapurInnen davon begünstigt wurden, denn auch viele neue ArbeitsimmigrantInnen kamen ins Land. Von der wirtschaftlichen Entwicklung profitierte zwar ein beträchtlicher Teil der WählerInnen – vor allem diejenigen, die im öffentlichen Dienst und in mit der Regierung verbundenen Unternehmen oder quasi-staatlichen Stellen tätig sind. Doch andere SingapurInnen hatten das Gefühl, zurück gelassen zu werden (vgl. ebd.).

Der Schwung der Opposition wird auch von einer weitverbreiteten politischen Apathie behindert: “The tradition of a civil society [...] is (with minor exceptions) all but absent from the city-state and this fact has tended to entrench widespread political apathy among Singaporeans” (Da Cunha 2012: 28). Wegen der vermuteten geringen Aussicht auf eine Ablösung der PAP-Regierung tendieren die WählerInnen dazu, die Wahl als Routineübung zu sehen, bei der ihre Stimmen nicht wirklich zählen, was dazu führt, dass der PAP viele Stimmen einfach aus Mangel an alternativen KandidatInnen zufallen (ebd.). Doch hier zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab: die SingapurInnen waren fast überrascht über den WP-Sieg im GRC Aljunied (ebd.: 29). Folglich könnte dies

aber schon bei den nächsten Wahlen auch in anderen Wahlkreisen als realistische Möglichkeit gewertet und als politische Selbstverständlichkeit angesehen werden.

Als potentiell Hemmnis gilt allerdings die risikoscheue Natur der SingapurInnen und ihr Desinteresse, sich aus ihrer “Komfortzone” heraus zu bewegen (ebd.: 29 f.):

This risk-averse nature [...] has meant that, for the most part, Singaporeans do not venture out of their comfort zone. The omnipresence of the government has tended to result in very many Singaporeans being heavily reliant on the government for many of their need, most especially housing. (ebd.)

Der Opposition nicht zu Gute kommen auch die von der PAP initiierten und politisch instrumentalisierten *Upgrading*-Programme in den HDB-Wohnblöcken (ebd.: 30):

Those estates where voters gave the government equivocal support, if not voted in the opposition, would have to go to the back of the queue and could wait years before they were entitled to any upgrading programmes. This approach was intended to appeal to Singaporeans’ very strong materialistic instincts. (ebd.)

Upgrading-Programme sind ein wichtiges Instrument des Regimes, die Waffen der Opposition im Kampf gegen die Vorherrschaft der PAP im Parlament stumpf werden zu lassen (ebd.). So war es auch vor den Parlamentswahlen 2011: am Tag nach dem “Nomination Day” kündigte die PAP “multi-million dollar programmes for estate renewal” in den GRCs Nee Soon und Sembawang an (ebd.). Der Wahlausgang dort spiegelt die Ängste der BewohnerInnen wider, von Modernisierungsprogrammen ausgeschlossen zu werden: PAP 58,4 %, WP 41,6 % (GRC Nee Soon); PAP 63,9 %, SDP 36,1 % (GRC Sembawang). Die Investition der PAP aus dem Staatssäckel scheint sich dort gelohnt zu haben. Die PAP verteidigt das *Upgrading*-Programm als Politik der Belohnung ihrer AnhängerInnen nach dem angeblichen Muster der US-amerikanischen “*pork-barrel politics*” (Klientelpolitik). KritikerInnen wenden ein, dass die Machenschaften der PAP den WählerInnen Angst machen und sie einschüchtern sollen. Der Vergleich mit amerikanischer Klientelpolitik ist nicht akzeptabel, da dort alle Parteien und nicht nur die Regierungspartei Anreize anbieten und es dort keine Drohungen gibt, bei mangelnder Gefolgschaft von Leistungen ausgeschlossen zu werden (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 30 f.) Tatsächlich werden WählerInnen in Singapur auf diese Weise nicht nur manipuliert, sondern sogar massiv unter Druck gesetzt. Die Wahlergebnisse sind folglich nicht dazu geeignet, die tatsächliche politische Stimmungslage abzubilden.

Hinzu kamen Probleme der politischen Selbstverortung und Abgrenzung innerhalb der Opposition, deren programmatische und strategische Auseinandersetzungen von der regierenden PAP nicht als Prozess der notwendigen demokratischen Willensbildung, sondern als machtpolitische Schwäche interpretiert wurden. Ohne die Machtkämpfe

zwischen den Oppositionsparteien wäre ihre Schlagkraft wesentlich höher gewesen (ebd.: 32 f.). Tatsächlich entzündeten sich nach der Veröffentlichung des EBRC-Reports mit den neuen Wahlkreisgrenzen Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsparteien. Hier ging es um die Frage, welche Partei wo kandidiert, möglichst nicht zwei oder mehr Oppositionsparteien in einem Wahlkreis, weil die Diversifikation das WählerInnenpotential schwächen und WählerInnen womöglich noch der PAP in die Arme treiben könnte. Diskussionen gab hauptsächlich um SMCs und Friktionen zwischen den kleinen Parteien NSP und RP. Diese Auseinandersetzungen wurden allerdings mit einer weitgehend gemeinsamen Strategie zur Aufstellung in den Wahlkreisen beendet. Letztendlich sind nur im SMC Punggol East, einem der neu eingerichteten SMCs, zwei Oppositionsparteien angetreten: WP (41,01 %) und SDA (4,45 %). Das dominante Ergebnis für die WP spricht nicht unbedingt für die These, dass oppositionelle Diversifikation dem gemeinsamen Ziel des Machtwechsels schadet, sondern deutet eher auf eine Differenzierung innerhalb des oppositionellen Lagers, das unterschiedliche WählerInnengruppen anspricht. “The very fragmented nature of Singapore’s opposition has been to the benefit of the PAP. As long as the opposition remains fragmented, and therefore weak, the PAP retains an inherent electoral advantage.” (Da Cunha 2012: 33).

Als mögliche Bremse der Opposition gelten auch die bis zu 130.000 eingebürgerten Staatsangehörigen seit 2001 (ebd.: 33 f.). Sie können zum WählerInnenpotential der PAP gerechnet werden, da sie in der Regel das existierende politische System aus Dankbarkeit für den gewonnenen Status unterstützen. Sie sind präzise im WählerInnenverzeichnis erfasst und gelten als folgsamer und penibler als die gebürtigen Singapore-Innen, die das Wahlalter erreichen. “Even though new citizens do not vote in a block, their vote could make the crucial difference in narrow contests, where the winning margin was 3 % or less.” (ebd.: 34).

Die Einführung eines “cooling-off day” (ebd.: 34 f.), der Wahlkampfaktivitäten am Tag vor dem Urnengang verbietet, war vor den Wahlen 2011 umstritten. Die Opposition ist davon überzeugt, dass er der PAP nutzt. Die Regierungspartei führte den Tag erst im April 2010 ein, um den WählerInnen eine „rationale“ Entscheidung zu erleichtern, wobei Parteiwerbung als Störfaktor angesehen wird (ebd.: 34).

Verbreitet sind auch Vermutungen, die Seriennummer auf dem Wahlschein könnte die WählerInnenstimmen identifizierbar machen und verraten, die Wahl könnte nicht geheim sein (ebd.: 54 f.). Diese Bedenken sind unter den Angehörigen des öffentlichen

Dienstes besonders oft anzutreffen. Da Cunha bewertet diese Bedenken als gegenstandslos: "Fear, and its utility, remains a real issue in Singapore elections even though it was clear that more people were casting off their irrational fears. The fact is that "scaring easily" remains a very pronounced Singaporean trait." (ebd.: 55). Unerwähnt bleibt hier, dass die regierende PAP von der angeblichen „Irrationalität“ der Ängste profitiert und auch wenig Interesse daran haben kann, diese Ängste zu dämpfen.

Da Cunha teilt die WählerInnenschaft in drei Hauptsegmente ein: zu den treuen PAP-WählerInnen zählt er 40 % der wahlpflichtigen Bevölkerung, 35% gehören zu den unentschlossenen KompromisswählerInnen; der nicht reduzierbare Kern der Anti-PAP-WählerInnen wird mit 25 % beziffert (Da Cunha 2012: 36).

4.1.1 Die People's Action Party

Die PAP wurde 1954 von einer Gruppe junger Männer der chinesischen Ober- und Mittelschicht gegründet, die in Großbritannien ausgebildet worden waren und nun in ihre Heimat zurückkehrten, um sich am politischen Kampf um die Unabhängigkeit von Großbritannien zu beteiligen (Jordan 2007: 44). Die PAP vertrat ein anti-kolonialistisches und sozialradikales Programm, das vor allem aus einer strategischen Überlegung heraus konzipiert wurde (Reddies 1994: 507). Die englisch ausgebildete und sozialisierte Intellektuellengruppe wusste, dass ohne Unterstützung durch die chinesisch gebildeten Gewerkschaftler, deren Dachverband einen großen Einfluss auf die Arbeiterschaft hatte, kein politischer Kampf zu gewinnen war. Deshalb war es dem Ziel der Machtübernahme dienlich, der Partei zunächst ein sozialrevolutionäres Image zu geben (ebd.). 1956/1957 wurde der linke Flügel der Partei jedoch durch eine Regierungsintervention zum Schweigen gebracht. Vorstandsmitglieder wurden verhaftet, der Parteiflügel, der auf autokratische Machtstrukturen setzte, wurde dadurch gestärkt (ebd.). Lee Kuan Yew, der damalige PAP-Generalsekretär, verfolgte eine äußerst skrupellose, doppelbödig, aber von der Öffentlichkeit kaum reflektierte Strategie der Machtübernahme. Zunächst bezog er die mehrheitlich links orientierte chinesische Arbeiterschaft in einem pro-kommunistischen Parteiflügel ein, um auf eine linke Massenbasis zurückgreifen zu können (vgl. Jordan 2007: 44). Die „Kader“-Struktur der Partei verhinderte über Jahrzehnte, dass besonders die linke Parteibasis zu großen Einfluss auf die Parteiführung ausüben konnte (ebd.: 45). Nur „verlässlichen“ *full cadres* ist es bis heute möglich, die Mitglieder des Zentral-Komitees der PAP zu wählen (ebd.). Die einsetzende Abspaltung der pro-kommunistischen PAP-Mitglieder führte 1961 mit der

Gründung der *Barisan Sosialis* zur Entstehung einer neuen linken Oppositionspartei, wodurch die PAP kurzzeitig, aber zunächst intensiv geschwächt wurde (ebd.). Die PAP-Regierung antwortete mit der systematischen Ausschaltung der politischen Linken durch Verhaftungen. Wichtigstes Instrument war dabei der *Internal Security Act* (ISA), ein schon von der britischen Kolonialverwaltung geschaffenes Notstandsrecht, dem in den 1960er Jahren mehr als 100 Menschen zum Opfer fielen (ebd.). 1963 wurden in einer gezielten Aktion Linke und Gewerkschaftler unter Berufung auf den *Internal Security Act* verhaftet. Einige der Verhafteten blieben ohne Rechtsschutz und ohne gerichtliches Verfahren bis Ende der 1970er Jahre in Haft (Reddies 1994: 508). Zu den Verhafteten zählten Mitglieder der *Barisan Sosialis*, Gewerkschafter und linksgerichtete Intellektuelle. Der *Internal Security Act* wird von der PAP-Regierung bis heute als unerlässlich zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung angesehen (ebd.). Schon früh setzten sich innerhalb der PAP undemokratische Machtstrukturen durch. 1957 wurde per Satzungsreform eine ungleiche Mitgliedschaft eingeführt, d. h. Stimmrecht in der Partei besitzen nur *Kadermitglieder*. Dazu zählen ein Prozent der Parteimitglieder. Die Auswahl erfolgt durch eine völlig intransparente Sicherheitsüberprüfung. Kadermitglieder dürfen ihren Status öffentlich nicht zu erkennen geben (ebd.). Dieses System fördert eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens und der Abhängigkeiten. Die undemokratische innere Verfassung der PAP dient der Machtkonzentration. Die Zahl jener, die Kritik üben und Einfluss nehmen dürfen, wurde auf eine kleine Elite scheinbar Gleichgesinnter beschränkt. Diese Praxis unterdrückte Selbstkritik und eine konstruktive Auseinandersetzung um die politische Programmatik. In einer Phase der nationalen Selbstfindung, in der Identifikation höher eingeschätzt wurde, schadete dies der PAP aber zunächst keineswegs. (vgl. Reddies 1994: 508). Etabliert hatte sich eine Kaderpartei des englisch gebildeten oberen Mittelstandes, unterstützt von sozialreformerischen Gewerkschaften und einer effizienten Bürokratie (ebd.: 509), die scheinbar an einem Strang zog. Die *Barisan Sosialis* boykottierten aus Protest gegen Verfolgung und Verhaftungen ihrer Mitglieder die Parlamentswahlen von 1968, bei denen die PAP als stärkste politische Kraft im Stadtstaat nicht nur die Mehrheit erringen konnte (Jordan 2007: 47), sondern überhaupt als einzige Partei Abgeordnete ins Parlament entsandte. Die ursprünglich sozialistische PAP verließ 1976 die Sozialistische Internationale, um nach Vorwürfen, Singapur verletze systematisch BürgerInnenrechte, einem drohenden Ausschluss zuvorzukommen (Munzinger Online 2012a: o. S.). Die *Barisan Sosialis* wurden nach einem dramatischen Mitglieberschwund aufgelöst. 1988 ging die Partei

gemeinsam mit der *Labor Front* in der *Workers' Party* auf (Jordan 2007: 47) In mehr als 40 Jahren ihrer Herrschaft ist es der PAP gelungen, ohne jeglichen parlamentarischen Widerstand auch die Verfassung zu ihren Gunsten zu verändern und weite Teile des Justizwesens für ihre politischen Zwecke der nachholenden Industrialisierung zu instrumentalisieren (ebd.: 65). Gleichwohl nahm der Stimmenanteil der PAP zwischen 1968 (86,7 Prozent) und 2006 (66,6 Prozent) kontinuierlich ab. Dennoch konnte die Opposition bis 1980 kein Mandat erringen, was mit dem spezifischen Wahlrecht in Singapur zu tun hat, welches an den Interessen des Machterhalts der PAP orientiert ist. Nach den Wahlen 2006 gab es 82 Parlamentssitze für die PAP und nur 2 für die Opposition (Jordan 2007: 54). Dank des herrschenden Mehrheitswahlrechtes (und der immer wieder zu Gunsten der PAP veränderten Wahlkreiszuschnitte in den *Housing Estates* und *New Towns*) vermittelt die Zahl der Parlamentssitze nur ein ungenaues Bild vom tatsächlichen WählerInnenpotential der Oppositionsparteien. Im Wahlkampf 2011 machte sich überdies eine Führungsschwäche innerhalb der PAP bemerkbar: „The elder Lee is a crowd puller. The son is only partly so“ (Da Cunha 2012: 192). Der Druck auf die PAP wird größer. „The PAP is a highly effective political organisation that is very adept at not just retaining power but retaining power on its own terms while satisfying in some measure the growing desire by a segment of the electorate for greater political liberalisation“ (ebd.: 249). Dass eine politische Liberalisierung die Macht der PAP untergräbt, zeichnete sich bei den letzten Parlamentswahlen ab (ebd.). Bereits vor den Wahlen fühlte sich die PAP-Regierung gezwungen, wenigstens die Zahl der relativ einflusslosen NCMPs von drei auf neun zu erhöhen. Das bedeutet mindestens neun Sitze für die Opposition, um das wachsende Bedürfnis nach mehr Oppositionsstimmen im Parlament zu befriedigen trotz eingeschränkter parlamentarischer Rechte.

Die PAP versucht ferner durch eigene Facebook- und Website-Aktivitäten Raum im Internet zu gewinnen, ist dabei aber schon heftig auf die Nase gefallen. Einerseits werden regimefeindliche Posts oft gelöscht, angeblich weil sie die wahre Stimmungslage im Volk verfälschen würden. Andererseits blamierte sich die PAP mit einer jungen Kandidatin, die junge kritische WählerInnen ansprechen sollte, aber – ebenfalls im Internet – von der Opposition der Lächerlichkeit preisgegeben wurde: Tin Pei Ling, 28 Jahre alt, die materialistische Frau mit der superteuren Designerhandtasche (Ortmann 2011: 161 f.). Die Unternehmensberaterin machte sich durch mancherlei Ungeschicklichkeiten und die Unfähigkeit der PAP, die junge Kandidatin wirklich glaubwürdig zu präsentieren, unbeliebt. Dies führte sogar zu Internet-Protesten von AnhängerInnen der

PAP, die sich der Website „I do not want Tin Pei Ling in Parliament“ anschlossen (Kieran u. a. 2011: 100). Die Anti-Tin-Seite hatte 44.000 „likes“ bis zum 9. Mai 2011 (ebd.). Daraus ist zu schließen, dass der Stadtstaat inzwischen einem fundamentalen politischen Wandel unterzogen ist. Immer mehr BürgerInnen sind bereit, politisch Stellung zu beziehen und am politischen Prozess in irgendeiner Form teil zu nehmen (vgl. Ortmann 2011: 161).

Beim direkten Kontakt zur Bevölkerung mangelt es der PAP an Flexibilität, obwohl sie durch ihre zahlreichen Basisorganisationen omnipräsent erscheint. (Da Cunha 2012: 161). Dies ist aber nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Tatsächlich reicht die Omnipräsens nicht mehr aus – im Gegenteil, sie wird zur Gefahr für die PAP. Erkennbar wird vor allem ein Vertrauensverlust in die *Community Development Centres*. Diese Institutionen wurden 1997 für sozialpolitische Aufgaben wie der Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche und für Hilfen für Ältere und Bedürftige eingerichtet (Jordan 2007: 52). Sie sind formal nicht unmittelbar parteigebunden, werden aber im Zuge der Gleichsetzung von PAP, Regierung und Staat als PAP-Institutionen angesehen (ebd.: 53). OppositionspolitikerInnen sind selbst in Oppositionswahlkreisen aus diesen Institutionen ausgeschlossen (ebd.). Von diesem Umstand profitiert die Opposition in dem Maße, in dem das Vertrauen in die sozialpolitische Leistungsfähigkeit der PAP abnimmt. Der Nachteil, sich ihrer Funktionen nicht bedienen zu dürfen, gereicht ihr zum Vorteil, weil sie dadurch auch mit Fehlentwicklungen nicht identifiziert werden kann, die allein auf die PAP zurückfallen. So könnte sich die PAP-Strategie der absoluten Kontrolle etwa durch die Verschränkung von Wohneigentum und dem Aufbau von Grassroot-Organisationen im Umfeld des öffentlichen Wohnungsbaus als Bumerang erweisen, wenn diese Instrumente ihre Glaubwürdigkeit zur Bewältigung sozialpolitischer Herausforderungen verlieren.

4.1.2 Die Opposition

Singapur steht am Scheideweg. Auch für die bisher scheinbar allmächtige Regierungspartei wird es immer schwerer, den Wohlfahrtsstaat finanzierbar zu halten. Die Lebenshaltungskosten steigen, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Die Unzufriedenheit wächst in dem Maße, in dem sich das soziale Netz als überraschend löchrig erweisen kann. Diese Entwicklung stärkt das Bedürfnis nach einer politischen Alternative, die entweder die bisherige Wohlfahrtspolitik erfolgreicher fortführen kann oder die grundsätzlichen Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in einer stärker zerklüfteten Gesellschaft stärkt. Eine Opposition, die sich an einer scheinbar konfliktlosen multi-ethnischen Wohlstandspolitik orientiert, d. h. nicht alles anders, sondern nur einiges besser machen möchte, dürfte keinen großen Erfolg haben. Gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten wird das gesellschaftliche Bedürfnis nach politischen Gegengewichten zur allmächtigen Regierung stärker. Und zwar in dem Maße, in dem wachsende Probleme einen kritischen öffentlichen Diskurs erzwingen, die zu neuen gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten führen können, unabhängig von der Frage, ob das in Singapur gültige Mehrheitswahlrecht die Dominanz einer einzigen Partei fördert oder Wahlkreise regierungsfreundlich zugeschnitten wurden.

Das Potential der Opposition ist bedeutend. Das zeigt schon die Rangliste nach durchschnittlich erkämpften Prozenten in den Wahlkreisen, in denen Oppositionsparteien bei den Parlamentswahlen 2011 angetreten sind (Da Cunha 2012: 226). Bei den Parlamentswahlen 2006 erreichte die PAP noch 82 von 84 Sitzen. Die oppositionelle Arbeiterpartei *Workers' Party* nur einen Parlamentssitz, die *Singapore Democratic Alliance* ebenfalls nur einen Sitz. 2011 zog die Opposition mit erstmalig sechs *elected MPs* von der WP ins Parlament ein. Die Rangliste der Oppositionsparteien nach den Wahlen 2011 lautet:

1. **WP** (Workers' Party), 46,60 % (sechs *elected MPs* plus zwei NCMPs)
2. **SPP** (Singapore People's Party), 41,44 % (ein NCMP)
3. **NSP** (National Solidarity Party), 39,25 %
4. **SDP** (Singapore Democratic Party), 36,76 %
5. **RP** (Reform Party), 31,78 %
6. **SDA** (Singapore Democratic Alliance), 30,06 %

Zwar kann dadurch die Annahme, dass die Mehrheit der SingapurInnen nach mehr Demokratie und Freiheiten ruft, nicht bewiesen werden. Immerhin rückte aber deutlich

stärker ins öffentliche Bewusstsein, dass es nicht von Vorteil ist, wenn die regierende Partei die absolute Dominanz im Parlament ohne eine wahrnehmbare Opposition behält, und dass eine größere Oppositionspräsenz im Parlament zumindest als Korrektiv anzusehen ist – und sei es, um die Regierungspolitik zu mäßigen (da Cunha 2012: 15). Für die neue Stärke der Opposition sind laut Da Cunha vor allem drei Faktoren verantwortlich. Erstens sind WählerInnen aus der Mittelschicht, besonders jene, die englischsprachig erzogen wurden, eher geneigt, die Opposition zu unterstützen. (ebd.: 16). Zweitens haben die große Zahl der AusländerInnen, die in Singapur arbeiten und leben, und damit generell die AusländerInnenpolitik des Regimes einen wesentlichen Einfluss auf das Wahlverhalten der DurchschnittswählerInnen, weil sie viele Lebensbereiche tangieren und zu sozialen Spannungen führen, die größer sind als je zuvor (ebd.). Und drittens hat auch die rapide Alterung der Bevölkerung das Wahlergebnis beeinflusst: „Many older Singaporeans are deeply concerned about a range of issues but most especially two” (ebd.). Dazu zählen Sorgen um die finanzielle Belastbarkeit des für die Pensionen zuständigen Central Provident Fund (CPF) und die steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung (ebd.).

Die WP konnte der regierenden PAP erstmalig den GRC Aljunied (fünf MPs) gegen ein hochkarätiges PAP-Team abringen und den SMC Hougang wiederum verteidigen.

Hauptthemen bei allen Oppositionsparteien waren Probleme der Zuwanderung von AusländerInnen nach Singapur (Arbeitsimmigration) und die Angst vor einem Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt zu Ungunsten der heimischen Bevölkerung (Da Cunha 2012: 187). Zum ersten Mal wurde auch eine gemeinsame wahltaktische Oppositionsstrategie beschlossen, die geeignet ist, die Dominanz der PAP effektiv anzugreifen. VertreterInnen der Oppositionsparteien einigten sich bei einem Treffen am 2. März 2011 darauf, sich gegenseitig möglichst keine Konkurrenz in den einzelnen Wahlkreisen zu machen. Überschneidungen sollten vermieden werden. Die Wahlkreise wurden unter den Oppositionsparteien aufgeteilt, um die Kräfte zu konzentrieren und eine Zersplitterung des oppositionellen WählerInnenpotentials zu vermeiden (ebd.: 111, 131). Allerdings gab es noch entscheidende Mängel. Die einzige wirksame Koordination bestand darin, Überschneidungen zu vermeiden. Es gab aber keine Verständigung darüber, welche Partei in welchem Wahlkreis besonders erfolgreich sein könnte, es wurde auch kein klares gemeinsames Ziel definiert. Die Schnittmenge der Oppositionsparteien war die Anti-PAP-Stimmung mit unterschiedlichen Akzentuierungen. Dass die unterschiedliche Programmatik zurückgestellt wurde, kann als Folge der von der PAP verordneten

traditionellen politischen Harmoniesucht in Singapur gewertet werden, die voller Widersprüche ist. Einerseits gilt Singapur als stabiler und in der Außenwahrnehmung weitgehend spannungsfreier Staat, gerade weil sich die politischen Kräfteverhältnisse über vier Jahrzehnte hinweg nie geändert haben. Andererseits gilt Singapur als eine Autokratie mit einem großen Potential an inneren Verwerfungen und Konflikten, die aber von der dominanten Regierungspartei PAP unterdrückt werden. An dieser unausgewogenen Kräfteverteilung hat sich strukturell seit Jahrzehnten bis heute nichts verändert. In Singapur herrscht ein „wohlgeordnetes autoritäres Regime“ (Merkel 2010: 482). Der konflikthafte Wettbewerb zwischen Ideen, Gruppen und Parteien wird von der PAP-geführten Regierung als gemeinschaftsschädlich oder gar illegitim betrachtet, weil Konflikte die gemeinsamen Anstrengungen für Wachstum und Wohlstand gefährden (ebd.: 81).

Bei den Wahlen 2011 zeichnete sich ab, dass die Wahlentscheidungen entlang der „*social class lines*“ getroffen werden (Da Cunha 2012: 47), und dass das Vertrauen in die besondere Kompetenz einer Elite, die von der PAP definiert wird, abnimmt. Da Cunha (2012: 47 f.) teilt die Bevölkerung in unterschiedliche Schichten ein und definiert sie über Beruf (einschließlich Einkommen), Bildung, Sprache und Ethnizität. Zur *working class* zählt er 20 Prozent der Bevölkerung, zur *lower middle class*, *middle class* und *upper middle class* 70 bis 80 Prozent. Die *upper class* wird mit einem bis zwei Prozent der Bevölkerung quantifiziert. Als weiteres besonderes Trennungsmerkmal gilt die vorzugsweise englisch- oder chinesischsprachige Erziehung, das auch bei den Parlamentswahlen 2011 besonders wichtig war: englischsprachige und englisch erzogene BürgerInnen innerhalb der breiten Mittelklasse stimmten für Oppositionsparteien, während eine noch größere Zahl chinesischsprachiger und chinesisch erzogener MittelklassewählerInnen für die regierende PAP stimmte (ebd.: 48). Belege dafür finden sich vor allem in drei Wahlbezirken: SMC Joo Chiat, GRC Aljunied und GRC Holland-Bukit Timah. Die westlich-orientierte Mittelklasse misst demokratischen Institutionen und persönlichen Freiheiten eine hohe Bedeutung zu. Sie setzt auf politische Vielfalt und sie lässt sich von Status und Prestige weit weniger beeindrucken als die chinesische Bevölkerung in Singapur (ebd.: 48, 52). Auch wenn die ChinesInnen in Singapur die größere Bevölkerungsgruppe bilden, zeichnet sich ab, dass die englischsprachige und englisch erzogene Bevölkerung in Zukunft stetig wächst (Da Cunha 2012: 49), wozu auch die Kommunikation über Internet beiträgt. Dies spielt der Opposition in die Hände und macht einen politischen Wechsel noch wahrscheinlicher.

Auf ProtestwählerInnen kann sich die Opposition allerdings nicht stützen. Deren Potential scheint gering zu sein (vgl. Da Cunha 2012: 50). Status und Prestige von PAP-KandidatInnen kann der Regierungspartei allerdings nur noch dort zu Gute kommen, wo das Regime auf blasse HerausfordererInnen trifft: in den GRCs Ang Mo Kio (mit Premierminister Lee Hsien Loong; gegen RP), in Jurong (mit Finanzminister Tharman Shanmugaratnam; gegen NSP), in Pasir-Ris Punggol (mit Minister Teo Chee Hean; gegen SDA) und in West Coast (mit Handels- und Industrieminister Lim Hng Kiang; gegen RP) lag die Stimmenzahl der Opposition unter dem nationalem Durchschnitt, in Ang Mo Kio und Jurong sogar unter den nationalen Durchschnitt von 2006. Die kleinen Oppositionsparteien RP und SDA sind aber auch nicht die Schwergewichte innerhalb der Opposition.

Seit 1981 wurden nur wenige OppositionskandidatInnen ins Parlament gewählt. Der erste, J. B. Jeyaretnam von der WP, wurde mit Verleumdungsklagen überzogen und nach der Verurteilung aus dem Parlament ausgeschlossen, andere Oppositionelle wurden ebenfalls durch die Bürokratie belästigt oder von der Polizei verfolgt (vgl. Englehart 2000: 551). Hussin Mutalib zog schon vor mehr als zehn Jahren eine deprimierende Bilanz:

There are more than 20 registered political parties in Singapore, but they are all overshadowed and overwhelmed by the governing party, the PAP. [...] opposition Parties have been very much marginalized, and public opposition and dissident against the establishment are, more often than not, couched in gentle, diplomatic language. (Mutalib 2000: 313).

Für Mutalib (2000: 314) waren damals drei Faktoren ausschlaggebend für die innere und äußere Schwäche der Opposition: erstens die Werte und Prinzipien der Regierungspartei PAP, eingekapselt in ihrer Praxis der *illiberalen Demokratie* und manifestiert in ihrem dominanten politischen Handeln. Zweitens die geringe Größe Singapurs und die vergleichsweise geringe Einwohnerzahl: während die Opposition in ihrem Wachstum behindert wurde, konnte die Regierungspartei die Mehrheit der WählerInnen hinter sich versammeln. Und drittens sah Mutalib die Notlage der Opposition in ihrer eigenen inneren Unzulänglichkeit begründet, durch Mängel in der Führungsstärke, Ideologie und Programmatik (Mutalib 2000: 314). Der Autor nannte damals als Ausweg aus der Krise der Opposition eine grundlegend veränderte Strategie:

[O]pposition parties have to look at other political options and avenues. One such avenue could be to capitalise on the fault-lines within the PAP itself. In this regard, opposition parties will be given a boost if and when one or more of the following three intra-PAP developments occurs. (Mutalib 2000: 327)

Bereits in der kolonialen Phase, in der Zeit zwischen 1957, als die PAP in die Regierung gewählt wurde, und 1963, als Singapur vorübergehend ein Teil Malaysias wurde, unterdrückte die PAP zivilgesellschaftliche Entwicklungen und monopolisierte alle Macht in der Regierung. Die Inhaftierung einer großen Zahl von Oppositionellen mit Verweis auf den *Internal Security Act* in der Operation *Cold Store* 1963 war das entscheidende Moment der Eliminierung oppositioneller Gruppen bis heute (Ortmann 2010: 77). Hinzu kamen innere Streitigkeiten über den Weg aus der Dauer-Opposition. Ortmann verweist zu Recht auf die unzulänglichen Entwicklungsmöglichkeiten der Opposition, die für eine funktionierende, lebendige Demokratie essentiell sind: „the organizatorial strength of oppositional groups depends to a large degree on the developement of political openings, which are in part influenced by the perception of these opportunities“ (ebd.: 81). Diese über Jahrzehnte hinweg bis heute von der regierenden PAP unterdrückten Möglichkeiten würden die Opposition erst in die Lage versetzen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, ihre Stärken zu erkennen, ihre Ziele zu definieren und erfolgreiche politische Taktiken zu entwickeln (ebd.) – mit anderen Worten: das Potential der Opposition auszuschöpfen. In Singapur sind die Voraussetzungen dafür dann gegeben, wenn die noch unangefochten regierende PAP in eine ernste Legitimationskrise stürzt (vgl. ebd.: 83). Dies zeichnet sich für die Zukunft ab. Und diese Entwicklung lässt sich klar auf der Grundlage der Fehlentwicklungen analysieren, die von der Opposition im Wahlkampf 2011 thematisiert wurden, und die geeignet sind die Glaubwürdigkeit des Regimes nachhaltig und dauerhaft anzugreifen.

Im Folgenden wird das Potential der einzelnen Oppositionsparteien in der Reihenfolge ihres Abschneidens bei den Parlamentswahlen 2011 analysiert.

4.1.2.1 The Workers' Party (WP)

	WP	PAP
SMC Hougang	64,80 % Yaw Shin Leong	35,20 % Desmond Choo Pey Ching
GRC Aljunied	54,72 % Low Thia Kiang Sylvia Lim Chen Show Mao Pritam Singh Muhamad Faisal Bin Abdul Manap	45,28 % George Yong-Boon Yeo Lim Hwee Hua Ong Ye Kung Cynthia Phua Zainul Abidin Rasheed
SMC Joo Chiat	48,98 % Yee Jenn Jong	51,02 % Charles Chong You Fook
GRC East Coast	45,17 % Gerald Giam Yean Song Glenda Han Su May Mohamed Fazli Bin Talip Png Eng Huat Eric Tan Heng Chong	54,87 % Lim Siang Keat Raymond Lee Yi Shyan Lim Swee Say Mohd Maliki Bin Osman Tan Soon Neo Jessica
SMC Sengkang West	41,89 % Koh Choong Yong	58,11 % Lam Pin Min
GRC Nee Soon	41,60 % Chong Cham Weng Oon Kheng Faye Angela Poh Lee Guan Sajeev Kunju Raman Kamalasanan Yam Poh Nam	58,40 % K Shanmugan Lee Bee Wah Lim Wee Kiak Muhammad Faishal Ibrahim Tay Teck Guan Patrick
GRC Moulmein-Kallang	41,45 % L Somasundaram Chan Sio Phing Frieda Mohd Rahizan Bin Ya'acob Toh Hong Boon	58,55 % Lui Tuck Yew Phua Lay Peng Denise Edwin Tong Chun Fai Yaacob Bin Ibrahim
SMC Punggol East	41,01 % Lilian Lee Li Lian	54,54 % Michael Palmer

Abb. 4: Wahlausgang 2011 WP gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Die demokratisch-sozialistische, 1957 gegründete WP ist die einflussreichste Oppositionspartei in Singapur. Sie übertraf in allen Wahlkreisen das Durchschnittsergebnis der Opposition von 39,86 %. Der Aufwärtstrend spiegelt sich auch in einzelnen Wahlkrei-

sen wider: GRC Aljunied: plus 10 % gegenüber 2006, SMC Joo Chiat: plus 14 %, GRC East Coast: plus 9 %.

Vor den Wahlen 2011 hatte die PAP-Regierung die Wahlkreise wiederum teilweise neu zugeschnitten, um den Einfluss der Opposition zu schmälern. Um gegen die Folgen gewappnet zu sein, dürfen die Oppositionsparteien sich nicht darauf verlassen, dass diese Praxis zukünftig nicht mehr angewandt wird. Sie müssen großflächiger eine Politik des „walking the ground“ betreiben, und zwar von innen nach außen, wie es die WP von Hougang nach Aljunied und darüber hinaus erfolgreich vorgemacht hat (mit stärkerem WählerInnenzuspruch in den angrenzenden GRC East Coast und SMC Joo Chiat).

Die Stärke der Opposition wird vor allem in Aljunied deutlich. Hier schaffte es die WP, durch einen intensiven Wahlkampf von Haustür zu Haustür die Vormacht der PAP zu brechen – eine Entwicklung von nationaler Bedeutung (Da Cunha 2012: 37). Je höher der Aufwand, den die Opposition betreibt, je intensiver und nachhaltiger sie versucht, ins Bewusstsein der Bevölkerung zu dringen, desto größer die Erfolgsaussichten:

To capture more GRCs, the opposition will have to put a tremendous amount of effort and resources. This is not impossible for the opposition. The demonstration effect of a PAP stronghold having fallen at GE2011 will bring for the opposition, or at least for the WP, more manpower, funds and other resources. (Da Cunha 2012: 37)

Am GRC Aljunied lässt sich erkennen, mit welchen Eigenschaften es die Opposition auch in anderen Wahlkreisen erreichen kann, die Mehrheitsverhältnisse umzukehren. Organisatorisch war die WP 2011 die stärkste Oppositionskraft. Am *Nomination Day* gab WP-Generalsekretär Low Thia Kiang bekannt, dass er das WP-Team für den GRC Aljunied anführen wird anstatt im SMC Hougang zu kandidieren, den er seit 1991 gewonnen hat. 1988 lag die WP in Hougang noch bei 41,04 %. Seit 1991 (52,82 %) konnte Low Thia Kiang sein Ergebnis kontinuierlich steigern, zuletzt auf 62,74 % im Jahr 2006. Auch sein Nachfolgekandidat im SMC Hougang, Yaw Shin Leong, konnte von der Beliebtheit seines Vorgängers profitieren und auf Anhieb 64,80 % erringen, während Low Thia Kiang seine erfolgreiche Arbeit im Team für den GRC Aljunied fortsetzte. Mit im Team waren die sehr populäre WP-Vorsitzende Sylvia Lim und der 50-jährige Firmenanwalt Chen Show Mao. Sie sollten als seriöse Alternativen zu den Schwergewichten im PAP-Team auftreten. Die PAP wurde angeführt von Außenminister George Yeo - zusammen mit dem einzigen weiblichen Kabinettsmitglied Lim Hwee Hua - und dem schon vom Ministerpräsidenten als nächsten Speaker of Parliament angekündigten Zainul Abidin Rasheed. Regierungsmitglieder in GRC-Teams waren bisher

immer eine Trumpfkarte für die PAP, gegen die die Opposition wenig ausrichten konnte (Da Cunha 2012: 38). Folglich gab es oft keine GegenkandidatInnen der Opposition und keine Wahlmöglichkeit in Wahlkreisen, die folglich „*uncontested*“ blieben, in denen also HerausfordererInnen fehlen, wie etwa in jenen GRCs, in denen Lee Kuan Yew und sein Sohn Lee Hsien Loong kandidierten. In der hierarchischen und elitären Gesellschaft Singapurs sei eine große Ehrfurcht vor PolitikerInnen mit einem besonders hohen Status üblich, bemerkt dazu Da Cunha (ebd.). Deshalb erschien die Möglichkeit, dass ein GRC an die Opposition fallen könnte, unwahrscheinlich. Das hat sich 2011 geändert. Das tatsächliche Potential der Opposition ist sichtbar geworden. Das Regime ist dadurch in Erklärungsnot geraten. Da Cunha verweist auf Nachwahl-Äußerungen von Lee Kuan Yew, die PAP habe den Wahlkreis Aljunied mehr oder weniger kampflos der WP überlassen (ebd.: 39). Diese Behauptung ist kaum zu verifizieren, sie belegt aber immerhin, dass sich das Regime vor einer emanzipierten Opposition fürchtet, die nicht nur als demokratisches Feigenblatt dienen will, und dass die herrschende Klasse bestrebt ist, die Opposition zu kontrollieren. Überhaupt fehlt der Behauptung Lees die Glaubwürdigkeit. In den bisherigen Wahlen hatte die PAP in den Wahlkreisen, in denen das Ergebnis knapp werden könnte, immer alle Trümpfe aufgefahren. So auch schon 2006 in Aljunied. Im Jahr 2011 hatte die sich die PAP ihrer üblichen Instrumentarien der indirekten WählerInnen-Beinflussung und der offenen Einschüchtung bedient: der Verlust des GRCs Aljunied würde hauptsächlich den WählerInnen in Aljunied schaden und weniger der PAP (ebd.: 40). Dass die PAP in Aljunied trotzdem verloren hat, zeigt, dass die in der Vergangenheit funktionierenden Drohkulissen nicht mehr erfolgversprechend eingesetzt werden können. Da Cunha bietet zwei plausible Erklärungen für die Eroberung des GRC Aljunied durch die WP. Die erste lautet, die PAP habe einfach schlechten Wahlkampf geführt und wurde vom besseren WP-Team geschlagen. Die zweite Erklärung, die PAP habe der WP Aljunied mehr oder weniger kampflos überlassen, weil das WP-Team von vornherein besser aufgestellt war und besonders, weil nur ein einziger „*fully elected opposition MP*“ unter 87 Abgeordneten die Fragwürdigkeit der ungerecht verteilten Repräsentation im Parlament noch deutlicher als bisher hätte hervortreten lassen bei einem Gesamtergebnis für die Oppositionsparteien von ungefähr 40 % der WählerInnenstimmen (Da Cunha 2012: 44), erscheint aufgrund der politischen Schwergewichte, die dort antraten nicht überzeugend.

Die WP ist der Möglichkeit näher gekommen, die regierende PAP effektiv anzugreifen und ihre Macht zu brechen. Der undogmatische Wahlkampf der WP kam dem Pragma-

tismus einer zunehmend autoritätskritischen WählerInnenschaft sichtlich entgegen (vgl. ebd.: 14) Die Parlamentswahlen verstärkten somit den Eindruck bei großen Teilen der WählerInnenschaft, dass die PAP nicht notwendigerweise und für alle Zukunft eine tragende Säule für die Entwicklung Singapurs sein muss. Die Aura der Unverletzlichkeit, die die PAP umgeben hat, war verschwunden (ebd.: 15). Wie schwer es die PAP in Zukunft auch in anderen Wahlkreisen haben könnte, deutete sich mit der Wahl 2011 an. Die WP konnte eine Wählerschaft an sich binden, die PolitikerInnen nicht mehr vorrangig nach Prestige und Status bewertet (ebd.: 44). Insbesondere mit ihrem Kandidaten in Aljunied Chen Show Mao (ebd.: 44 ff.), 1961 in Taiwan geboren und 1986 eingebürgert, konnte die WP punkten. Mit ihm konnte sich eine wachsende Gruppe westlich-beeinflusster WählerInnen identifizieren, die sich nicht gerne bevormunden und von Statussymbolen weniger beindrucken lassen (Da Cunha 2012: 46).

Die WP hat sich erfolgreich einer Hierarchisierung der Wahlkreise nach den Erfolgsaussichten bedient (Da Cunha 2012: 193). Die WP verfügte über ein relativ großes personelles Tableau von ungefähr 50 potentiellen KandidatInnen. Nominiert wurden 23, darunter ein besonders attraktives Team für Aljunied: Sylvia Lim, Low Thia Khian und Chen Show Mao (ebd.: 154 f.). Die WP orientierte sich dabei an den Maßstäben der Kompetenz, die die PAP glaubte für sich gepachtet zu haben. Die KandidatInnen vermittelten bei allen Auftritten (insbesondere auch im Fernsehen) den Eindruck von Stärke, intellektuellem Niveau und Glaubhaftigkeit. Vermieden wurden polemische Zuspitzungen oder direkte Angriffe auf die PAP (ebd.: 155). Dadurch versuchte die WP eine eher konservative WählerInnenschaft zu beeindrucken und zu beruhigen, die keine Erfahrungen mit möglichen politischen Wechslen hat, folglich aus Angst lieber am Gewohnten festhält anstatt Neues auszuprobieren. Deshalb ist es für singapurische Verhältnisse auch nicht erstaunlich, dass die WP-Kandidatin Sylvia Lim Ende März 2011 auf die Frage, welche Partei die Regierung an Stelle der PAP übernehmen könnte, antwortete, dass die WP dazu im Moment nicht bereit sei (Da Cunha 2012: 156). Diese Strategie der Zurückhaltung wirkte der Verunsicherung in der WählerInnenschaft entgegen. Ebenso erfolgreich erwies sich eine Strategie der „retail politics“ (ebd.: 157), also des direkten Kontaktes mit den WählerInnen in einem intensiven Straßenwahlkampf: „Here, politics is as much about perspiration as it is inspiration.“ (ebd.). Dazu bringt vor allem Sylvia Lim gute Voraussetzungen mit. Sie arbeitete jahrelang an der Basis, freilich ohne von der PAP-gesteuerten Öffentlichkeit besonders beachtet zu werden. Trotzdem zahlte sich die Präsenz aus, das zeigt der Vergleich mit der SDP im GRC Sembawang.

wang. Die SDP kandidierte dort zwar auch schon 2006, entschied sich aber 2011 erst zwei Wochen vor dem *Nomination Day*, dort erneut anzutreten. Allerdings hat die SDP in der Zwischenzeit versäumt, den Kontakt zur Bevölkerung zu pflegen. Die WP verfolgt also eine erfolgreichere Basisstrategie, die man von der regierenden PAP in dieser Form nicht gewohnt ist, und die einen klaren Konkurrenzvorteil darstellt. Die WP-Strategie ist innerhalb der Opposition umstritten. James Gomez vom SDP-Team in Sembawang bezeichnete den intensiven Straßen- und Haustürwahlkampf der WP als „old style tactics“ (ebd.: 157 f.). Möglicherweise führten dieses Unterschätzen der persönlichen Kontakte und das Überschätzen der neuen und sozialen Medien zum relativ schlechten Abschneiden der SDP (36,10 %) in Sembawang.

Die WP wird von der PAP klar als Hauptbedrohung und als wichtigste Herausforderung für die Regierung angesehen. Das zeigt sich schon daran, dass sich die PAP inhaltlich mit der WP auseinandersetzt. In einer am 9. April 2011 veröffentlichten Erklärung hochrangiger Regierungsmitglieder wurde die WP scharf kritisiert. Im Fokus standen dabei die Vorschläge zur Verstaatlichung der öffentlichen Busgesellschaften, für günstigere *public housing flats* und zur Einführung eines sozialen Sicherungsnetzes (Da Cunha 2012: 224). Die anderen Oppositionsparteien und ihre Programme wurden von der PAP dagegen fast ignoriert. Die PAP befürchtete offenbar, nicht nur einen GRC an die WP zu verlieren, sondern möglicherweise bis zu drei GRCs.

Der indirekte Einfluss der WP auf die Politik des Regimes war schon in der Vergangenheit nicht zu unterschätzen. Die WP wurde 1957 von David Marshall ins Leben gerufen. Von 1971 bis 2001 war der Rechtsanwalt Joshua Benjamin (J. B.) Jeyaretnam (1926-2008) Generalsekretär. Er zog 1981 erstes Oppositionsparlamentsmitglied seit 1965 in das Parlament ein und wurde später durch eine Verleumdungsklage der Regierung in den Bankrott getrieben. Trotz der Versuche, ihn mundtot und unwählbar zu machen, kritisierte er die PAP-Regierung nach wie vor offen. Das Regime reagierte auf die wachsende Bedrohung durch den Einfluss der WP im Jahr 1988 mit einer grundsätzlichen Änderung in der Struktur der Wahlbezirke. Eingeführt wurden Group Representation Constituencies (GRCs). Gruppen-Wahlbezirke sollten angeblich sicherstellen, dass die „minority racial communities“ stets im Parlament vertreten sind. Dass die KandidInnen für diese Wahlkreise aber in Gruppenstärke und eingeschränkt durch einen ethnischen Schlüssel auftreten mussten, erschwerte die Aufstellung der schwachen Oppositionsparteien, deren Entwicklung von der PAP-Regierung gehemmt wurde, während sich die PAP mit geballter Macht ihrer Gefolgsleute in Regierung und Administration prä-

sentieren konnte (ganzer Abschnitt Workers' Party 2012a o. S., Seah Chiang Nee 2007: o. S.). J. B. Jeyaretnam war das charismatische Aushängeschild der WP, dem sie ihre oppositionelle Vormacht auch heute noch verdankt. Der Politiker, der sich als Sozialist und Linker verstand, musste 2001 eine Verleumdungsklage durch die Regierung über sich ergehen lassen, nachdem er seine Meinung frei äußerte. Sechs Jahre lang kämpfte er mit der Abzahlung seiner Schulden. Sein erklärtes Ziel war es, das System der PAP zu zerstören. Mit dieser radikalen Einstellung entfachte er aber keinen Enthusiasmus in der Mittelschicht, die von dem System profitiert hatte. Er kam in den Mainstream-Medien nicht mehr vor und wurde so von der politisch apathischen Bevölkerung mehr oder weniger vergessen (Seah Chiang Nee 2007: o. S.).

Wie sehr sich das personelle Tableau aber inzwischen gewandelt hat, zeigte sich bei den Parlamentswahlen 2011. Im für die WP besonders bedeutsamen GRC Aljunied trat die bürgerliche und in der Gesellschaft fest verankerte WP-Vorsitzende Sylvia Lim an. Sie wurde die erste weibliche Oppositions-Abgeordnete im Parlament. Ergänzt durch WP-Generalsekretär Low Thia Kiang, Chen Show Mao, Pritam Singh (*postgraduate law student*) und Muhamad Faisal bin Abdul Manap (*freelance counsellor*), der erste malaiischer Oppositions-Abgeordnete. Koh Choong Yong erreichte als WP-Kandidat im SMC Sengkang West immerhin 41,89 %. Er sieht die Rolle einer starken Opposition vor allem in der Kontrolle der Regierung, weniger in der Machtübernahme:

Choong Yong does not believe that there is such a thing as a "self-checking government". Choong Yong feels that, for a better Singapore, there needs to be a strong opposition presence in Parliament. He believes that more transparency needs to be in place, so that decisions made by the government can be checked. The current plea by the government for us to simply trust their judgment will not hold water with an increasingly educated population. (Workers' Party 2011)

Yaw Shin Leong (*1976) trat 2001 in die WP ein. Als vielversprechender junger Politiker wurde er 2002 in die Parteispitze gewählt, wo er bald die Stellung des Schatzmeisters einnahm. 2006 kämpfte er an der Spitze des WP-Teams im GRC Ang Mo Kio, seit 1991 „uncontested“ eine Hochburg der PAP, und errang dort auf Anhieb 33,86 %. 2011 übernahm er von WP-Generalsekretär Low Thia Kiang die Kandidatur für den SMC Hougang, nachdem dieser mit der Parteispitze beschlossen hatte, in einem hochkarätigen Team um den GRC Aljunied zu kämpfen. Yaw Shin Leong erreichte mit 64,80 % das beste Ergebnis für die WP in Hougang überhaupt. Er stolperte im Januar 2012 über das Bekanntwerden einer außerehelichen Affäre, die von den PAP-überwachten Medien auf das Breiteste ausgeschlachtet wurde und politische Inhalte verdrängte. Die Affäre,

deren Auslöser und Hintergründe im Dunkeln liegen, mündete am 15. Februar 2012 in seinen Ausschluss aus der WP. „Shin Leong has been accused of several indiscretions in his private life. By continuing not to account to the Party and the people, especially the residents of Hougang, he has broken the faith, trust and expectations of the Party and People“ (Workers’ Party 2012: o. S.). Hier konnte sich die WP noch nicht von den eingegangenen Moralvorstellungen in einer autoritär und patriarchalisch verfassten Gesellschaft lösen.

Weniger ausschlaggebend für das steigende politische Gewicht der WP erscheint die vom PAP-Regime propagierte *multiracial identity*: das zeigt die neue WP-Spitze nach der Wahl im Juni 2011. Von den 17 Mitgliedern des *Central Executive Committees* stammen nur drei aus den Reihen der ethnischen Minderheiten (Da Cunha 2012: 223 f.). Ob eine größere Präsenz von VertreterInnen ethnischer Minderheiten in der Parteispitze geeignet ist, die Schlagkraft der WP weiter zu erhöhen, lässt sich nicht belegen (ebd.: 224). Die WP ist in jeder Hinsicht auch so gut organisiert. Das zeigt sich schon, wenn es um die banalsten Erfordernisse geht, etwa bei der Anmeldung von Wahlkampfkundgebungen. Hier gelten besondere Einschränkungen. Kundgebungsplätze können nur am Nachmittag des *Nomination Day* bei den Ordnungsbehörden reserviert werden. Hier haben WP-AktivistInnen schon am Vorabend vor dem *Police Cantonment Complex* Stellung bezogen und damit sogar die PAP-VertreterInnen geschlagen (ganzer Abschnitt ebd.: 159). Die Organisationsstärke erweist sich hier als Schlüssel zum Erfolg: die WP hat im Osten, Nordosten und im Zentrum der Insel, wo traditionell ihr politischer Schwerpunkt liegt, „area committees“ eingerichtet, um die Parteiarbeit besser betreuen zu können. Dies zahlt sich aus, wenn es darum geht, nach der Eroberung von Hougang über Aljunied hinaus den Einfluss in die benachbarten Wahlkreise auszudehnen und den „spillover effect“ zu nutzen (ebd.). Die Voraussetzungen dafür sind nie so gut gewesen wie nach den Parlamentswahlen 2011: Die WP errang sechs Parlamentssitze direkt: Sylvia Lim, Low Thia Khian, Chen Show Mao, Muhamad Faisal Bin Abdul Manap und Pritam Singh vertreten den GRC Aljunied und Yaw Shin Leong den SMC Hougang. Zwei weitere NCMPs ergänzen den Zuwachs im Parlament: Yee Jenn Jong, der mit 48,98 % nur knapp im SMC Joo Chiat unterlegen war, und Gerald Giam aus dem East-Coast-Team. Letzterer hatte sich erst nach einer heftigen innerparteilichen Auseinandersetzung durchsetzen können. Im Streit um seine Nominierung verlor die WP ihren Schatzmeister Eric Tan, der das Mandat als langjähriger Kämpfer und Anführer des East-Coast-Teams für sich beansprucht hatte. Er fühle sich vom Generalsekretär

Low Thia Khiang verraten, sein Dienst in der Partei und seine vielfältigen Beiträge seien ignoriert und nicht gewürdigt worden (Da Cunha 2012: 205 f.). Dass sich Low trotzdem mit Unterstützung der Partei-Elite durchsetzen konnte, verdeutlicht, dass die WP ihrem erklärten Ziel der Selbsterneuerung treu bleiben wollte und dieses Ziel auch mit einem veränderten personellen Profil erreichen will. Strategisch handelt es sich dabei um eine sehr kluge Entscheidung, die Berechenbarkeit und Durchsetzungsvermögen unter Beweis gestellt hat – eben jene Eigenschaften, die die PAP der Opposition bisher oft rundweg abgesprochen hatte. Gerald Giam hat auf diese Weise die Chance, sich als NCMP zu profilieren, um vielleicht schon bei der nächsten Wahl als „fully elected MP“ mit allen Rechten ins Parlament einziehen zu können, wie dies schon die WP-Abgeordnete Sylvia Lim vorgemacht hat. Beide Politiker stehen für eine neue Richtung der WP. Die PAP wird in ihrer gefälligen Harmoniesucht angegriffen, ohne dass die AkteurInnen der WP selbst als angriffslustige Hardliner wirken, was konservative SympathisantInnen und unentschlossene WählerInnen abschrecken könnte. Genau diese Strategie verspricht Mehrheiten dort, wo sie über Macht im Parlament entscheiden – bei den Mittelschichten Singapurs: „Indeed, middle ground voters appear to want incremental, not a radical, political change. Therefore, the WP’s objective post-GE2011 has to be to continue to reach out to more middle ground voters and attempt to achieve some dominance in that sphere of the political spectrum “ (Da Cunha 2012: 208).

Natürlich bleibt ein kleines Segment an Hardlinern unter den WählerInnen, die sich radikalere OppositionspolitikerInnen wünschen und dies auch wortreich in Online-Foren vertreten (ebd.: 208 f.). Je gemäßigter die WP auftritt, desto größer ist aber ihre Chance, ihre Stellung zu festigen und weiter auszubauen, anstatt der PAP Munition für Diskreditierungskampagnen zu liefern. Freilich könnte ein weniger konfliktorientierter Kurs der PAP in die Hände spielen, wenn kaum politische Unterschiede sichtbar werden und die WP ihrer Oppositionsrolle nicht gerecht wird. Der Weg zu einem größeren Erfolg ist also eine Gratwanderung. Die WählerInnenschaft muss im Parlament einen Unterschied zur PAP in „style, tone and policies“ erkennen können (Da Cunha 2012: 209). Die WP muss jetzt im Aljunied-Hougang Town Council durch gute Arbeit beweisen, und sich daran messen lassen müssen, ob sie die Angelegenheiten der BewohnerInnen zu deren Zufriedenheit bearbeitet.

4.1.2.2 Singapore People's Party (SPP)

	SPP	PAP
SMC Potong Pasir	49,64 % Lina Chiam	50,36 % Sitoh Yih Pin
GRC Bishan-Toa Payoh	43,07 % Chiam See Tong Benjamin Pwee Lee Yeong Wee (Jimmy Lee) Wilfred Leung Mohamad Hamim Aliyas	56,93 % Ng Eng Hen (Minister) Wong Kan Seng Hri Kumar Nair Josephine Teo Zainudin Nordin
SMC Hong Kah North	29,39 % Sin Kek Tong	70,61 % Amy Khor Lean Suan

Abb. 5: Wahlausgang 2011 SPP gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Die SPP trat nur in einem GRC an (Bishan-Toa Payoh), den sie nicht erobern konnte. Sie erreichte dort jedoch mit ihrem Spitzenkandidaten Chiam See Tong respektable 43,07 %. Außerdem stellte sich die SPP in zwei SMCs zur Wahl (Hong Kah North und Potong Pasir). In Potong Pasir unterlag Chiam See Tongs Ehefrau Lina Chiam dem PAP-Kandidaten Sitoh Yih Pin nur denkbar knapp mit 49,64 %. Zuvor hatte hier der populäre Oppositionspolitiker Chiam See Tong sechs Mal in Folge von 1984 bis 2006 gewonnen. Chiam See Tong (* 1935) ist die herausragende Persönlichkeit der als Abspaltung von der SDP gegründeten liberalen und gemäßigten Partei (Munzinger Online 2012a). und gilt als Inkarnation eines Oppositionspolitikers, der weniger durch Kampfgeist, dafür mehr durch stoischen Gleichmut auffällt. Politisch aktiv ist er seit 1976: „Singapore's longest serving opposition MP Chiam See Tong kept the opposition flame burning“ (Da Cunha 2012: 134). Er ist allerdings nicht bekannt dafür, eindrucksvolle Reden im Parlament zu halten. Dafür hat er sich als scharfsinniger politischer Strategie erwiesen, der die Spielräume für die Opposition insgesamt zu erweitern versuchte. Dies schlug sich bei den Wahlen 1991 in einer sogenannten „by-election effect strategy“ (ebd.: 135) nieder. Diese Strategie versucht die Einschüchterungsversuche der PAP zu kontern. Mit Drohungen gelingt es der PAP immer wieder, diffuse Ängste vor den unkalkulierbaren Folgen einer oppositionellen Machtübernahme zu schüren. Viele WählerInnen lassen sich davon beeinflussen, auch wenn sie eigentlich mit der Opposition sympathisieren. Diese von der PAP geschürten Zweifel versuchte Chiam See Tong mit

einem bizarren politischen Kunstgriff zu entkräften, in dem er die kleinmütige Erwartungsangst vieler WählerInnen zum Bestandteil seines Wahlkonzepts erhob. Verunsicherte WählerInnen sollten sich unbesorgt der Opposition zuwenden können, ohne gleichzeitig einen Machtverlust der PAP befürchten zu müssen. Er sorgte dafür, dass die Vormachtstellung der PAP stets risikolos gesichert war, in dem sie in einer zum Machterhalt hinreichenden Zahl von „uncontested constituencies“ ohne HerausforderInnen zum Wahlsieger erklärt werden konnte. Umso stärker ermutigte er in einzelnen, ausgewählten Wahlkreisen ängstliche WählerInnen, die sich an die bestehenden Verhältnisse klammern wollten, die Opposition zu stärken, freilich im Bewusstsein, dass diese Opposition das Regime nie wirklich stürzen könnte. Ergebnis war ein relativer Erfolg der OppositionskandidatInnen: etliche erzielten über 40 % der abgegebenen Stimmen, vier zogen ins Parlament ein und sorgten somit für das beste Oppositionsergebnis nach 2011. Zugleich bemühte sich Chiam See Tong vergeblich, Oppositionsparteien zu vereinen, um eine erhöhte Schlagkraft zu erreichen. Bei den Parlamentswahlen 2001 trat die SPP unter anderem mit der NSP unter dem Dach der SDA mit Chiam See Tong als Generalsekretär an. Im März 2011, kurz vor den Parlamentswahlen, verließ er mit der SPP diese Parteien-Allianz aber wieder wegen inhaltlicher und personeller Divergenzen (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 134 ff.). Dass Scheitern der Allianz kann als Indiz dafür gelten, dass die Opposition nicht unbedingt durch eine Konzentration, sondern durch Diversifikation in der Lage ist, breite WählerInnenschichten anzusprechen. Chiam See Tong gilt als vorsichtig im Umgang mit der PAP. Er verzichtete auf jegliche Äußerungen, die als Provokationen hätten gewertet und gerichtlich verfolgt werden können (ebd.: 136). Sonst wäre es ihm wohl so ergangen wie dem WP-Politiker Jeyaretnam mit Gefängnisstrafen und Bankrott, was der Opposition auch nicht geholfen hätte. Doch für seine Zurückhaltung wurde er auch scharf kritisiert. Der Dissident Francis Seow, der nicht mehr in Singapur lebt, bezeichnet ihn als schwach: 2006 hätte er ein GRC-Team anführen sollen, 2011 war es dafür wegen seiner angeschlagenen Gesundheit und seines Alters zu spät (ebd.). Immerhin hat er für den GRC Bishan-Toa Payoh ein öffentlichkeitswirksames Team zusammengestellt, das mit 43,07 % ein akzeptables Ergebnis einfahren konnte (ebd.: 137.). Chiam See Tong gilt als moderater Oppositionspolitiker, der ein „two-party parliamentary system“ in Singapur etablieren möchte, er ist kein Verfechter eines wirklichen Machtwechsels und einer Ablösung der PAP (ebd.: 137). Diese Selbsteinschränkung ist allerdings wenig geeignet, Singapur auf einen Machtwechsel vorzubereiten und heute deshalb auch kaum attraktiv für PAP-müde

WählerInnen. Die SPP liefert kein belastbares Konzept, dass Singapur in eine Ära der liberalen Demokratie führen könnte. Die politische Agenda deckt sich mit Mainstream-Ansichten, die auch von der PAP vertreten werden. Propagiert werden die langfristige Wahrung der Interessen Singapurs, Berechenbarkeit und „good governance“. Wichtige Wahlkampfthemen waren der Zustrom von AusländerInnen, steigende Lebenshaltungskosten, teure Wohnungen, ein unzureichender öffentlicher Nahverkehr, die Folgen einer alternden Gesellschaft und mangelnde Transparenz (ebd.: 139, Singapore People's Party 2012a: o. S.). Die SPP vertritt die Selbstständigkeit der einzelnen Oppositionsparteien, spricht sich zugleich aber auch für ein starkes gemeinsames Vorgehen aus. Dieser widersprüchliche Ansatz ist in biographischen Erfahrungen begründet: Chiam See Tong kämpfte 1976 als unabhängiger Kandidat zunächst erfolglos in Cairnhills und 1979 bei Nachwahlen im SMC Potong Pasir. 1980 war er Mitbegründer der SDP. 1984 wurde er in Potong Pasir mit 60,28 % gewählt (1988: 63,13 %; 1991: 69,64 %). 1996 wurde er Generalsekretär der im November 1994 gegründeten SPP. Die Erfolgsserie hielt auch nach dem Parteiwechsel an: 1997 wurde er in Potong Pasir als Abgeordneter für die SPP mit 55,15 % gewählt (2001: 52,43 %; 2006 zum sechsten Mal wiedergewählt mit 55,82 %). 2011 konnte er allerdings seine bisherigen Erfolge nicht auf den GRC Bishan-Toa Payoh übertragen, wo er mit seinem Team der PAP mit 43,07 % unterlag. Sein ebenfalls wechselfreudiger Parteifreund Sin Kek Tong (*1942) kandidierte 1988 und 1991 als Abgeordneter der SDP in Bradell Heights (41,20 % und 47,73 %). 1997 erreichte der als SPP-Kandidat in Ayer Rajah aber nur noch 26,83 %. 2001 und 2006 musste er – diesmal als Kandidat der SDA – im GRC Jalan Besar mit 25,51 % einen weiteren Verlust an WählerInnen-Stimmen hinnehmen.. 2011 verlor er schließlich in Hong Kah North, wo Amy Khor Lean Suan das beste PAP-Ergebnis im Stadtstaat mit 70,61 % erzielte (ganzer Abschnitt: Singapore People's Party 2012b, Wahlergebnisse aus Singapore Elections Department 2012a). Dass Sieg und Niederlage in Singapur relative Größen sind, die an den Bedingungen eines eingeschränkten Wettbewerbs gemessen werden müssen, zeigt sich jedoch am GRC Bishan-Toa Payoh, dem einzigen GRC, in dem die SPP 2011 angetreten ist. Seit Einrichtung des Wahlkreises 1997 ging er „uncontested“ an die PAP. Der Wahlkreis deckt eine bessere Mittelschicht-Wohnlage ab. Es gibt viele *private housing estates* und eine sehr gute Infrastruktur (Da Cunha 2012: 139 f.). 43,07 % der Stimmen erreichte das Team um Chiam See Tong. Dies ist durchaus ein Erfolg und spricht für das Bedürfnis nach einer starken Opposition, selbst wenn diese eine neue unbekannte Kraft ist wie im GRC Bishan-Toa Payoh, in dem honorige

PAP-KandidatInnen mit Ministerwürden bisher unangefochten waren. Eine Wahlmöglichkeit gab es hier jahrelang nicht.

Das Beispiel zeigt, wie wichtig es für die Opposition ist, respektable KandidatInnen aufzubieten, die die SPP in intellektueller Augenhöhe mit der PAP-Elite präsentieren konnte. Mit dabei war (Jimmy) Lee Yeong Wee (*1976). Er hat einen typischen Elite-Hintergrund mit einer Ausbildung an der renommierten *Raffles Institution* und dem *Junior College*, beide Kaderschmieden des Establishments. Er studierte als Stipendiat Computer-Wissenschaften an der Cornell University und ist *assistant chief information officer* im Verteidigungsministerium (Da Cunha 2012: 137). Benjamin Pwee (* 1966) arbeitete im Außenministerium, war aktiv in PAP-Jugendorganisationen und ist zweisprachig (Englisch und Mandarin) aufgewachsen. Er studierte mit einem Stipendium in Cambridge. Mit diesem Hintergrund spricht er vor allem “Singapore’s prestige-fixated society” (ebd.: 138) an. Auch er verteidigt eine moderate Rolle der Opposition: “I believe a country at our stage of development needs more voices on the ground, where citizens can participate in the political process through different means. And if I can play a role, I would be happy to step forward.” (Pwee zit. nach Da Cunha 2012: 138 f.) Wie groß das Potential ist, zeigen jedoch die wichtigen Wahlkampfthemen der SPP, denen es aber noch an Schärfe fehlt: mehr Transparenz und Legitimität für politische Entscheidungen. Die Regierung soll gezwungen werden, für ihre Handlungen offen Rechenschaft abzulegen (vgl. ebd.: 139).

Im SMC Potong Pasir wurde deutlich, wie sehr die Opposition unter Manipulationen der Wahlkreisgrenzen leidet, über die allein die PAP-Regierung nach ihren Interessen entscheidet. Hier erzielte Lina Chiam 49,64 % und verfehlte damit nur sehr knapp ein Abgeordnetenmandat. Die ehemalige Krankenschwester, die die Stimme des einfachen Volkes repräsentiert, verlor den Wahlkreis, den ihr Ehemann über viele Perioden halten konnte (2006: 55,82 %; 2001: 52,43 %, 1997: 55,15 %; 1991: 69,64 %, 1988: 63,13 %, 1984: 60,28 %). Lina Chiam gilt als zugänglich und „*down-to-earth*” (ebd.: 141), was im Status-verliebten Singapur nicht immer von Vorteil ist. Rhetorisch gilt sie als schwach, wurde dennoch in Potong Pasir gut von den WählerInnen aufgenommen, da sie viele Jahre lang die Arbeit ihres Mannes dort intensiv begleitet hatte. Die PAP-Regierung trug mit gegenüber 2006 geänderten Wahlkreisgrenzen dazu bei, dass die Stimmen der treuen Gefolgschaft von Lina Chiam nicht weniger, aber weniger gewichtig wurden. Mit den neuen Wahlkreisgrenzen entzog ihr die PAP viele traditionelle AnhängerInnen. Ihr Wahlkreis wurde durch *private housing units* erweitert, die den ge-

wohnten direkten Kontakt im Wahlkampf nicht gestatteten (ebd.). Elite-orientierte WählerInnen konnte sie ohnehin kaum erreichen. Sie erschien für “voters basing their vote on purely intellectual grounds” (ebd.: 141). nicht wählbar. Konsequenterweise hätte die SPP auf veränderte Wahlkreisgrenzen auch mit neuen KandidatInnen reagieren müssen, die in der Lage sind, neue WählerInnenschichten zu integrieren, auch wenn dies kurzfristig umgesetzt werden muss. Hinzu kommen müssen junge Nachwuchskräfte. Grundsätzlich zahlte sich der Einsatz älterer „erfahrener“ KandidatInnen nicht aus. Der Wunsch, ambitionierte jüngere Leute an der Spitze der Opposition zu sehen, war mit ausschlaggebend für den dürftigen WählerInnen-Zuspruch für Sin Kek Tong im SMC Hong Kah North und kontrastierte mit dem Hauptthema auf den Kundgebungen: “the need for more opposition voices in Parliament” (ebd.: 190).

An der SPP entzündet sich die Frage, ob mehr politischer Wettbewerb durch weniger oder mehr Konkurrenz zu erreichen ist. Da Cunha (2012: 142) plädiert für eine Auflösung der Partei. Wegen der geographischen Nähe von Potong Pasir und Bishan-Toa Payoh zu Aljunied und Hougang und der gemäßigten politischen Positionen, die SSP und WP teilen, sei die WP “*a natural home*” (ebd.) für SPP-Mitglieder. KandidatInnen auf WP-Ticket könnten die Chancen der Oppositionsparteien, auch diese Wahlkreise zu sichern, kräftig erhöhen. Jedoch: “as it is nature of politics, logic and rationality do not always determine outcomes or choices”(ebd.). Ob ein Anschluss der SPP an die WP den Einfluss der Opposition insgesamt stärken kann (Da Cunha 2012: 149) oder die WählerInnen wieder der PAP in die Arme treibt, bleibt offen. Einzuwenden wäre, dass eine geringere Vielfalt der Opposition die Interessen einer inhomogenen Gesellschaft weniger gut repräsentieren kann als ein diversifiziertes Angebot an Oppositionsparteien, die allerdings auch flächendeckend antreten müssten. Allerdings spricht vieles für eine Konsolidierung der Opposition durch eine Konzentration der Kräfte auf einzelne Wahlkreise, in denen die PAP umso kraftvoller angegriffen werden kann. Die SPP hat hier allerdings hier keine tragfähige Strategie unter Beweis gestellt. Das eigentliche Problem liegt in der inneren Verfassung der SPP, die als Synonym für Chiam See Tong wahrgenommen wird. Chiam, der mit Mitte 70 gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe ist, findet in Lina Chiam keine adäquate Nachfolgerin. Auch Benjamin Pwee oder Jimmy Lee können die Mängel nicht ausgleichen (ebd.: 149). Als einzig nachhaltiges Konzept erweist sich die permanente Präsenz in der Öffentlichkeit. Das schlechte Abschneiden der SPP-Kandidatin Lina Chiam in einem neu zugeschnittenen und daher ungewohnten Wahlkreis zeigt, dass persönliche Kontaktaufnahmen unerlässlich sind, um WählerIn-

nen zu gewinnen – besonders diejenigen, die sich nicht im Internet tummeln. Vor allem ist es wichtig, schon jetzt auf die nächste Wahl hin zu arbeiten nach dem Vorbild der WP in Aljunied und Hougang. Das bedeutet, neue Mitglieder und freiwillige HelferInnen anzuwerben. Wahlkreisgrenzen können von der PAP-Regierung natürlich zur nächsten Wahl wieder geändert werden (ebd.: 142), was aber bei einem großflächigen „walking the ground“ durch die Oppositionsparteien nicht mehr dieselben negativen Folgen haben muss.

Die SPP, neben der WP die einzige Oppositionspartei mit parlamentarischer Präsenz, sieht aber einer ungewissen Zukunft entgegen. Nach einem „internal war of words“ (Wong 2012: A29) zwischen den Gruppen um Lina Chiam und Benjamin Pwee traten Pwee, Wilfried Leung und vier andere Vorstandsmitglieder am 28. Januar 2012 – einen Tag vor den Neuwahlen zum Vorstand – aus der SPP aus. Für sie ist noch kein Ersatz in Sicht (ebd.)

4.1.2.3 National Solidarity Party (NSP)

	NSP	PAP
GRC Marine Parade	43,36 % Nicole Seah Xue Ling Cheo Chai Chen Abdul Salim Bin Harun Ng Chung Hon Yeo Tiong Boon	56,64 % Goh Chok Tong (Ex-PM, SM) Fatimah Binte Abdul Lateef Seah Kian Peng Tan Chuan-Jin Tin Pei Ling
GRC Tampines	42,78 % Goh Meng Seng Raymond Lim Peng An Fong Chin Leong Goh Keow Wah Syafarin Bin Sarif	57,22 % Mah Bow Tan (Minister) Baey Yam Keng Heng Swee Keat Masagos Zulkifli B M M Irene Ng Phek Hoong
SMC Mountbatten	41,38 % Jeanette Chong-Aruldoss	58,62 % Lim Biow Chuan
SMC Pioneer	39,27 % Steve Chia	60,73 % Cedric Foo Chee Keng
GRC Chua Chu Kang	38,80 % Hazel Poa Koon Koon Tony Tan Lay Thiam Jeisilan Sivalingam Nor Lella Mardiiiah Binte Mohamed Teo Kway Huang, Sebastian	61,20 % Gan Kim Yong (Minister) Low Yen Ling Alex Yam Ziming Yeo Khirin Hai Alvin Zaqy Bin Mohamad
SMC Whampoa	33,90 % Ken Sun	66,10 % Heng Chee How
GRC Jurong	33,04 % Abdul Rashid Christopher Neo Ting Wie Noraini Yunus Ong Beng Soon Elvin Ong Hock Siong	66,96 % Tharman Shanmugaratnam Ang Wei Neng Halimah Binte Yacob Desmond Lee Ti-Seng Ong Kim Huat
SMC Radin Mas	32,90 % Yip Yew Weng	67,10 % Tan Chin Siong

Abb. 6: Wahlausgang 2011 NSP gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Die 1987 gegründete Mitte-links-Partei NSP (Munzinger Online 2012a) stellte sich in vier GRCs und in vier SMCs zur Wahl. Sie konnte keinen Wahlkreis erringen. In zwei GRCs (Marine Parade und Tampines) und in einem SMC erreichte sie aber immerhin

mehr als 41 % der WählerInnenstimmen. Auch die NSP hatte besonders zu kämpfen mit den Folgen der Manipulationsversuche des Regimes: die PAP-Regierung schneidet die Wahlkreise immer wieder neu zu, so dass die Oppositionsparteien sich nicht gezielt auf die kommende Wahl vorbereiten können. Sämtliche SMCs und der GRC Chua Chu Kang, in denen sich die NSP zur Wahl stellte, wurden von der PAP-Regierung erst im Februar 2011 neu eingerichtet oder neu zugeschnitten. Dennoch zeigen die Wahlergebnisse der NSP, dass eine Oppositionspartei aus dem Stand heraus einen beeindruckenden Prozentsatz an WählerInnen erreichen kann in Wahlkreisen, die der PAP bei den Wahlen 2006 noch „uncontested“ zugefallen sind (GRC Marine Parade und GRC Jurong). Dies ist ein respektables Ergebnis, das den Wunsch nach einer starken Opposition ausdrückt. Im GRC Tampines, in dem 2006 die SDA angetreten war, verbesserte die NSP das Oppositionsergebnis um mehr als zehn Prozent.

Im GRC-Wahlkreis Marine Parade erregten attraktive Kandidatinnen das öffentliche Interesse. Die NSP schickte die 24jährige Werbefachfrau Nicole Seah ins Rennen. Die PAP reagierte mit der Kandidatur einer 27jährigen Unternehmensberaterin, Tin Pei Ling. Das lässt erkennen, welchen Respekt attraktive KandidatInnen den PAP-Granden und ihrer Kaderstruktur einflößt, die sich aber als unfähig erwiesen hat, adäquat zu reagieren: von einer selbstbewusst agierenden Online-Gemeinde wurde die naiv erscheinende PAP-Kandidatin durch eigene Ungeschicklichkeiten und die Unfähigkeit der PAP, die junge Kandidatin wirklich glaubwürdig zu präsentieren, der Lächerlichkeit preisgegeben (Kieran u.a. 2011: 100). Dies führte sogar zu Internet-Protesten von PAP-AktivistInnen gegen die eigene Kandidatin, während Seahs Internet-Präsenz 93.000 Facebook-NutzerInnen gefiel (ebd.). Seah war die beliebteste Online-Politikerin in Singapur. Freilich blieb die PAP trotzdem noch führend in Marine Parade. Aber der OnlineWahlkampf der beiden Damen beeinflusste doch das Ergebnis, wie auch die PAP nach der Wahl unumwunden einräumen musste. Die NSP mit ihrer jungen Kandidatin Seah schnitt besser ab als erwartet worden war (ebd.). Und auch in Marine Parade scheint das Renommee, auf das sich die PAP bisher selbstgefällig berufen konnte, deutlich angeschlagen. Sollte sich dieser Trend manifestieren, dann wird es schwer für die PAP, sich überhaupt an der Macht zu halten. Nicht für die WP, für die NSP zeichnet sich eine wichtige Schlüsselrolle innerhalb der gesamten Opposition ab. Es gab neue jüngere Zugpferde: Hazel Poa und Nicole Seah. Im Wahlkampf konzentrierte sich die NSP auf das Hauptthema Wohnungsbau, passenderweise vor allem im Wahlkreis des umstrittenen Wohnungsbauminister Mah Bow Tan GRC Tampines (ebd.: 111). Dort

verbesserte die NSP das Oppositionsergebnis von 2006 um 11,29 Prozent gegen das Mah-Team. Mah erzielte mit 57,22 Prozent drei Prozent weniger als im nationalen PAP-Durchschnitt. Nach den in Singapur vorherrschenden und von der PAP gesetzten Standards ist das ein enormer Misserfolg für die PAP – und ausgerechnet von einem PAP-Minister eingefahren, der für den Wohnungsbau verantwortlich ist (ebd.: 113). Mah hatte zuvor in der Straits Times angekündigt, er hoffe auf ein Ergebnis über dem PAP-Durchschnitt. Für die Zukunft ist geplant, im GRC Tampines auf die besten NSP-Leute zu setzen, darunter starke chinesische KandidatInnen wie die beliebte Nicole Seah, Hazel Poa, deren Ehemann Tony Tan und Steve Chia (ebd.).

Die NSP blickt auch eine noch nicht allzulange Geschichte zurück. Gegründet wurde die Partei 1987. Die Mitglieder und AnhängerInnen rekrutieren sich traditionell größtenteils aus dem Kreis der „*middle-class ethnic Chinese businessmen*“ (Da Cunha 2012: 127). Bei den Wahlen 2001 und 2006 trat die NSP noch unter dem Dach der SDA an, der sie bis 2007 angehörte. NSP-Generalsekretär Goh Meng Seng war zuvor bei der WP aktiv. Er kandidierte für die WP im Aljunied-Team bei den Wahlen 2006, bei der das Team mit 43,91 % ein gutes Ergebnis erreichte. Unter Goh Meng Sengs Führung gewann die NSP an Stärke. Die Zahl der Mitglieder wurde größer. Im September 2010 richtete sie ein „Malay Bureau“ ein, das sich um Angelegenheiten kümmern sollte, in denen eine Benachteiligung der malaiischen Bevölkerung feststellbar ist, wie beispielsweise in der Bildung, in der die malaiischen SchülerInnen mit ihren chinesischen und indischen KameradInnen nicht Schritt halten. Dieses Büro soll aber auch dazu dienen, malaiische KandidatInnen für die Wahlen zu gewinnen und sich breiter aufzustellen. Außerdem versuchte Goh Meng Seng die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern. Allerdings war keine dieser Innovationen für das Wahlergebnis wirklich bedeutend (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 126 f.). Als ein Grundproblem gilt das mangelnde Profil der Partei, das sie unterscheidbar und identifizierbar macht: „it never had any kind of identifiable party branding that would give it much voter appeal“ (ebd.: 127). Die NSP kommt nicht weg von ihrem langjährigen Image, „uninspiring“ und langweilig zu sein. Es fehlen bis auf den Shootingstar Nicole Seah bekannte Gesichter, die der NSP automatisch zugeordnet werden wie Chee Soon Juan zur SDP oder Low Thia Khiang zur WP. Die NSP agiert unauffällig. Goh Meng Seng sieht dies aber nicht als Negativum: sie wollten nicht als „*elitists*“ angesehen werden, sie seien zwar auch intellektuell, versuchten aber „*down to earth*“ zu bleiben (ebd.). Als Glücksfall für die NSP erwies sich eine unerwartete personelle Verstärkung: Rund 20 ehemalige Mitglieder der RP liefen

im Februar 2011 zur NSP über und kandidierten bei den Parlamentswahlen. Darunter befanden sich prominente ehemalige RP-Mitglieder: Hazel Poa, ihr Ehemann Tony Tan und Jeanette Chong-Aruldoss. Die NSP machte aber den strategischen Fehler, ihre „high-profile candidates“ über drei Wahlkreise zu verteilen, anstatt die geballte Kompetenz in einem Wahlkreis zu konzentrieren (ebd.: 128), um der PAP besonders kraftvoll entgegen treten zu können. Hazel Poa und Tony Tan führten das Team im GRC Chua Chu Kang an. Nicole Seah, das „poster girl“ (ebd.) der Wahlen, wurde erst kurz zuvor, am 21. April 2011, als Mitglied des NSP-Teams für Marine Parade präsentiert. Sie galt in der Presse als „**star candidate**“ und sollte jüngere WählerInnen anziehen (ebd.). Ihr Team erzielte aus dem Stand heraus ein respektables Ergebnis. Die Rechtsanwältin Jeanette Chong-Aruldoss trat in ihrem Wohnbezirk, im SMC Mountbatten an, was als bester strategischer Zug der NSP gelten kann (ebd.).

Im Wahlkampf thematisiert wurde in erster Linie die Notwendigkeit einer stärkeren Demokratisierung. Geworben wurde für eine „uphold democracy“ und einen echten Pluralismus mit einem funktionierenden Mehrparteien-System. Die NSP ordnet sich selbst als sozialdemokratische Partei der linken Mitte ein: „While the Party is pro-business, it champions the working class at the same time.“ (ganzer Abschnitt National Solidarity Party 2012 o. S.). Die NSP orientierte sich im Wahlkampf an einer sogenannten Minister-Strategie, bei der die prominenten Vorkämpfer der PAP besonders ins Visier genommen wurden. Das wurde im GRC Chua Chu Kang besonders deutlich. Hier spielte die Kritik am PAP-Spitzenkandidaten eine große Rolle. Arbeitsminister Gan Kim Yong wurde für die negativen Folgen der umstrittenen Immigrationspolitik (work permits) für den heimischen Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht. Zugleich wurde ihm vorgeworfen, sich nicht für Mindestlöhne einzusetzen. Im GRC Tampines war Mah Bow Tan, *Minister for National Development*, Kandidat der PAP, den die NSP verantwortlich machte für steigende Miet- und Eigentumspreise. Im GRC Marine Parade kandidierte für die PAP Goh Chok Tong, Premierminister von 1990 bis 2004 und Senior Minister im Kabinett von Lee Hsien Loong. Auch ihm wurden Defizite im Wohnungsbau und im Verkehrswesen vorgehalten. Obwohl diese „Minister-Strategie“ durchaus hätte zielführend sein können, war der Erfolg trotz durchgängig hochkarätiger NSP-KandidatInnen insgesamt gesehen nur mäßig. Die WP hat in Aljunied gezeigt, wie die Chancen zu maximieren sind: in dem man die prominentesten KandidatInnen in einem GRC konzentriert, etwa im GRC Tampines, der östlich an Aljunied grenzt (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 129 f.). Die NSP hatte angesichts der Unbeliebtheit der PAP

wohl eine stärkere Anti-PAP-Stimmung erwartet und damit gerechnet, mehr GRCs gewinnen zu können (ebd.: 130). Da Cunha bemerkt dazu: „The lack of coordination among the opposition parties clearly dissipated the oppositions’s effect against the PAP in GE2011 and prevented further breakthroughs beyond the WP in Aljunied.“ (ebd.: 131). Durch die „minister-specific strategy“ habe sich die NSP sowohl logistisch als auch organisatorisch übernommen (ebd.). Die NSP konnte trotz deutlicher Anti-PAP-Stimmung die große Chance für die Opposition nicht nutzen, gerade auch in kleinen Wahlkreisen Parlamentssitze zu erkämpfen. Zu wenige potentielle WählerInnen wurden erreicht und angesprochen. Es hätte mit der Konzentration der Kräfte auch für die NSP mehr erreicht werden können (ebd.: 126), zumal wenn ältere Politiker jüngeren Platz gemacht hätten (ebd.: 132). Die NSP war am meisten vom „party hopping“ betroffen, obwohl im Laufe der Jahre schon viele Mitglieder innerhalb der Oppositionsparteien gewechselt haben. Die NSP stellte KandidatInnen auf, die erst kurz vor dem *Nomination Day* der Partei beigetreten waren und aus vier Parteien kamen (PKMS, RP, SDP und WP). Die NSP erschien so als eine Art Auffangbecken für unzufriedene Mitglieder anderer Parteien (ebd.: 146). Die Wahlergebnisse zeigen aber dennoch, dass auch kurzfristig mit ganz neuen Mitgliedern respektable Ergebnisse zu erreichen sind (ebd.: 118), wenn umstrittene PAP-Minister herausgefordert werden. Das demonstrieren die Ergebnisse im GRC Chua Chu Kang, wo Hazel Poa und Tony Tan immerhin 38,80 % erzielen konnten. Noch erfolgreicher waren Nicole Seah und Goh Meng Seng mit ihren Teams in den GRCs Marine Parade und Tampines, in denen sie aus dem Stand heraus gegen altgediente PAP-Minister mit 43,36 % respektive 42,78 % beeindruckten. Weniger erfolgreich schnitt die NSP nur dort ab, wo einer der „old-style NSP warhorses“ (ebd.: 132) ins Rennen geschickt wurden wie im SMC Radin Mas, wo Yip Yew Weng enttäuschende 32,90 % erzielte.

Die NSP unternahm sechs Wochen nach der Wahl im Juni 2011 die ersten Schritte, um sich neu aufzustellen. Goh Meng Seng übernahm – im Gegensatz zu GeneralsekretärInnen anderer Parteien – die Verantwortung für das schlechte Abschneiden seiner Partei und trat zurück. Mit Hazel Poa als Generalsekretärin und anderen Neuzugängen von der RP wie Tony Tan und Jeanette Chong-Alduross sowie Nicole Seah in der Parteiführung versucht sich die NSP als entwicklungsfähige Partei zu positionieren. (ebd.: 148). Die Frage bleibt, ob Hazel Poa – obwohl intellektuell gewichtig und energisch – fähig ist, die NSP auf gleiche Höhe mit der WP zu bringen (Da Cunha 2012: 148). Die WP konnte durch den Gewinn zweier Wahlkreise und die Entsendung von sechs gewählten MPs

sowie zwei weiteren NCMPs noch an Anziehungskraft gewinnen, während die NSP zurückfallen könnte. Die Ergebnisse der NSP zeigen aber auch, dass es sich lohnt, die PAP gezielt dort anzugreifen, wo ihre herausragenden RepräsentantInnen mit politischen Fehlentwicklungen identifiziert werden. Mit dieser Strategie lässt sich die anwachsende Gruppe der Unzufriedenen abholen, die die Allmacht der PAP satt haben und sich ein Gegengewicht wünschen.

4.1.2.4 Singapore Democratic Party (SDP)

	SDP	PAP
GRC Holland-Bukit Timah	39,92 % Wijeysingha Vincent Rene Tan Jee Say Ang Yong Guan Michelle Lee Juen	60,08 % Vivian Balakrishnan Liang Eng Hwa Sim Ann De Souza Christopher James
GRC Sembawang	36,10 % James Gomez John Tan Liang Joo Luo Jie Jarrod Sadasivam V Mohd Isa	63,90 % Khaw Boon Wan Hawazi Daipi Ellen Lee Geck Hoon Ong Teng Koon Vikram Nair
SMC Bukit Panjang	33,73 % Alec Tok	66,27 % Teo Ho Pin
SMC Yuhua	33,14 % Teo Soh Lung	66,86 % Grace Fu Hai Yien

Abb. 7: Wahlausgang 2011 SDP gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Die SDP trat in den zwei GRCs Holland-Bukit Timah und Sembawang sowie in den beiden SMCs Bukit Panjang und Yuhua zur Wahl an, die mit Stimmenanteilen von jeweils unter 40 % gegen die PAP nicht erobert werden konnten. Damit schnitt sie 2011 zwar besser ab als noch 2006, lag mit einem Durchschnittsergebnis von 36,76 %, aber unter dem Durchschnitt aller angetretenen Oppositionsparteien.

Im GRC Holland-Bukit Timah, der seit Bestehen 1997 bis einschließlich 2006 „uncontested“ an die PAP fiel, erreichte die SDP 2011 einen Achtungserfolg. Es kandidierten Vincent Wijeysingha an der Spitze, der spätere Präsidentschaftskandidat Tan Jee Say, Ang Yong Guan und die Lehrerin Michelle Lee. Der gewichtigste Gegenkandidat der PAP war Vivian Balakrishnan, Minister for Community Development, Youth and Sports (Da Cunha 2012: 75 ff.). Mit James Gomez an der Spitze erreichte das SDP-Team im GRC Sembawang gegenüber 2006 einen Stimmenzuwachs von 13 % gegen die geballte Macht der PAP in Person von Gesundheitsminister Khaw Boon Wan und Hawazi Daipi, Senior Parliamentary Secretary im Ministry for Health und Ministry of Manpower. Im SMC Bukit Panjang konnte die SDP mit dem Filmemacher Alec Toc (*1965) einen Zuwachs von 11 % gegenüber 2006 verzeichnen. Im Arbeiterbezirk SMC Yuhua erreichte die Anwältin Teo Soh Lung zwar nur 33,14 %. Sie hätte aufgrund ihrer

Qualifikationen gute Chancen gegen die PAP-Kandidatin gehabt. Aber jede Erwähnung in den PAP-kontrollierten Printmedien enthielt auch den Hinweis, dass sie schon einmal wegen angeblicher Verstöße gegen den *Internal Security Act* (ISA) inhaftiert war, obwohl sich der Vorfall vor über 20 Jahren ereignet hatte und der ISA gerne dazu benutzt wird, um GegnerInnen der PAP zu drangsalieren. Dennoch wirkte sich die alte Affäre negativ aus, weil Gesetzesverstöße – unter welchen Vorzeichen auch immer – selbst von einer PAP-kritischen WählerInnenschaft nicht goutiert werden (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 89 f.). Die SDP blieb in allen Wahlkreisen unter 40 Prozent und rangiert im Vergleich der sechs Oppositionsparteien auf dem vierten Platz (ebd.: 62).

Allerdings ist das Potential der Partei größer. Die SDP hat intellektuell gewichtige KandidatInnen mit hohem gesellschaftlichen Status aufgeboten. Dazu gehören Vincent Wijeysingha und Michelle Lee, aber auch James Gomez und der spätere Präsidentschaftskandidat Tan Jee Say und dessen Freund Ang Yong Guan (Kieran u.a. 2011: 108). Tan Jee Say war sogar Privatsekretär von Goh Chok Tong (PAP) in dessen Zeit als Vize-Premierminister von 1985 bis 1990. Die SDP ist also dabei, mehr respektable Personen zu benennen, die vom PAP-Regime nicht als unfähig abgekanzelt werden können. Im GRC Holland-Bukit Timah erhielten die neuen KandidatInnen der SDP immerhin 39,90 Prozent der gültigen Stimmen (ebd.). Alle diese KandidatInnen, darunter auch James Gomez im GRC Sembawang, wurden als respektabel bewertet und nicht mehr mit der alten und misstrauisch beäugten Ära der „civil disobedience“ in Verbindung gebracht (ebd.). Deshalb war es für die PAP nicht mehr möglich wie in der Vergangenheit mit erbarmungslosen Negativ-Kampagnen den Ruf der Opposition zu zerstören. Diesen PAP-Kampagnen etwas entgegen zu setzen, war nicht einfach, weil die Opposition darauf reagieren musste und weniger Gelegenheit bekam, eigene Themen zu setzen. Allerdings gab es innerhalb der SDP einen Generationenkonflikt, der aber geschickt gelöst wurde. Der wichtigste Repräsentant der „alten Garde“ Chee Soon Juan blieb Parteichef. Gleichzeitig blieb den Neumitgliedern Gomez, Say Tan Jee und Wijeysingha viel Raum zur öffentlichen Selbstdarstellung, was den Eindruck von Glaubwürdigkeit und Geschlossenheit verstärkte (ganzer Abschnitt ebd.). Wijeysingha beispielsweise war in einem seltenen Medienauftritt für die SDP zu sehen, und zwar in einem Politikforum über Singapurs Zukunft im Fernsehkanal NewsAsia-TV am 2. April 2011 (ebd.). So etwas hatte seit Jahrzehnten nicht gegeben in einem Land, dessen Herrscher jegliche öffentliche politische Debatten unterbinden, die sie nicht selbst anregen und steuern.

Die SDP wurde am 6. August 1980 von Fok Tai Loy, der auch ihr Vorsitzender war († 1984) und Chiam See Tong (*1935) gegründet. Sein Name ist mit innerparteilichen Turbulenzen verbunden, aber auch mit großen Erfolgen: im Jahr 1984 wurde er in Potong Pasir mit 60,28 % ins Parlament gewählt, 1988 mit 63,13 % und 1991 mit sogar 69,64 % wieder gewählt. 1994 wechselte er zur neu gegründeten SPP und wurde deren Generalsekretär. Die „by-election effect strategy“ Chiam See Tongs bei den Wahlen 1991 verschaffte der Opposition „a breakthrough – albeit limited in scale“ (Da Cunha 2012: 135). Als Ergebnis zogen vier Oppositionspolitiker in das singapurische Parlament ein: drei von der SDP (Ling How Doong, Cheo Chai Chen und Chiam See Tong) und der WP-Politiker Low Thia Kiang. Dieses Ergebnis war das beste für die Oppositionsparteien nach 2011.

Die SDP gilt als Partei, die sich mehr als alle anderen im Wahlkampf 2011 auf das Internet stützte. Sie ist bekannt für ihren energischen Widerstand gegenüber der PAP, der auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams verfolgt wird. Die SDP versuchte sich vor den Wahlen trotzdem ein gemäßigteres Image zu geben (Da Cunha 2012: 62). Im Wahlkampf trat die SDP dennoch als eine der wenigen Oppositionsparteien für einen radikalen politischen Wandel in Singapur ein. Auf ihrer Website erläuterte sie ausführlich ihre politische Agenda:

- eliminate all forms of authoritarianism, uphold democratic principles, institutionalize democratic practice
- economically stable and progressive nation based on free market system, where private entrepreneurship is encouraged and direct Government participation in business is minimized
- vibrant and dynamic society based on pluralism and diversity
 - establishing a free and democratic political system
 - building a free market economy driven by the people, not the Government
 - developing a more equitable distribution of income and wealth
 - ensuring that the CPF system returns the savings to the people
 - freeing the media
 - reforming the education system
 - fostering a caring and pluralistic society (Singapore Democratic Party 2012).

Grundsätzlich wurde der Schwerpunkt auf Menschenrechte und Bürgerrechte in einer Demokratie gelegt. Auf den Wahlkampfveranstaltungen wurden aber auch die „key issues in the election“ angesprochen: “high cost of living, housing prices, the influx of foreigners, ministerial pay and the entry of casinos into Singapore” (Da Cunha 2012: 181). Insgesamt fokussierte sich die Partei aber weniger auf die materiellen Sorgen der

WählerInnen und mehr auf Menschenrechtsfragen. Diese Agenda hat die WählerInnen offenbar nicht nachhaltig überzeugen können (ebd.: 63), wie auch schon in der Vergangenheit. Entsandte die SDP von 1991 bis 1997 noch drei Abgeordnete ins Parlament, konnte sie seit dem Weggang von Chiam See Tong keinen Sitz mehr erzielen. Immerhin konnte sie 2011 ihr desaströses Ergebnis von 2006 mit durchschnittlich nur 23,23 % in zwei Wahlkreisen (GRC Sembawang und SMC Bukit Panjang) verbessern, mit dem sie 2006 insgesamt schlechter abgeschnitten hatte als alle anderen Oppositionsparteien (ebd.)

Im November 2010 überraschte die Partei mit einer Neuorganisation und zwei neuen prominenten Mitgliedern: James Gomez, der 2006 für die WP im Team um den umkämpften Wahlkreis Aljunied stand und somit kein politischer Neuling war, und Vincent Wijesingha, ein 39-jähriger Sozialarbeiter und Geschäftsführer von *Transient Workers Count Too*, einer Gruppe, die die Rechte von ArbeitsmigrantInnen stärken will. Er ist außerdem der Sohn des ehemaligen, hoch respektierten Schuldirektors der *Raffles Institution*. Erst 2009 kehrte er nach 16 Jahren aus Großbritannien zurück nach Singapur. Wijesingha gilt als selbstbewusst und charismatisch (da Cunha 2012: 64). Er kämpfte für die Benachteiligten und beeindruckte in politischen Diskussionen im Fernsehen auch mit offener Kritik an der PAP-Politik, missliebige Oppositionelle mit illegitimen Methoden mundtot zu machen, sie in den Bankrott zu treiben oder zu inhaftieren. Er vertritt eine pointierte „human rights agenda“ (ebd.: 66). Für Diskussionen sorgte Wijesingha durch ein Gnadengesuch an den Präsidenten, in dem sich für einen zum Tode verurteilten 22-jährigen malaysischen Drogendealer einsetzte. Dieses Gnadengesuch wurde vor den Wahlen durch die Website *The Online Citizen* öffentlich gemacht (ebd.). Damit hatte er sich allerdings in einer Angelegenheit engagiert, die bei der WählerInnenschaft unbeliebt ist. Hinzu kommen andauernde Kämpfe mit den PAP-kontrollierten Mainstream-Medien (ebd.: 68). Die SDP nutzt die neuen Medien (insbesondere das Internet) mehr als alle anderen Oppositionsparteien. Sie stellt auf ihrer Website www.yoursdp.org regelmäßig Artikel zu aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Themen zur Diskussion, die die LeserInnen online kommentieren können (ebd.: 68). Hier kommt es aber auch zum offenen Schlagabtausch der SDP mit verschiedenen offiziellen PAP-gesteuerten Mainstream-Medien, wenn sie sich ausgeschlossen oder ungerecht behandelt fühlt. Dass diese Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit des Internets ausgetragen werden, verstärkt die ohnehin schon lang vorhan-

dene öffentliche Wahrnehmung, dass die SDP gern auf Konfrontationskurs geht (ebd.: 69).

Die SDP hatte vor der Wahl ein 30-seitiges „Shadow Budget 2011“ mit dem Untertitel „Empowering the Nation“ präsentiert. Es enthielt Vorschläge zur Neuordnung der *goods and services tax* und zur Armutsbekämpfung durch die Einführung von Mindestlöhnen. Außerdem wurde die Einführung einer „Singaporean First Policy“ auf dem Arbeitsmarkt gefordert, also dem Vorrang einheimischer Arbeitskräfte vor ausländischen, ein Vorschlag, mit dem sich viele WählerInnen identifizieren konnten. Andererseits gab es aber auch weniger populäre Forderungen zur Absenkung der Verteidigungsausgaben und zur Abschaffung des *Internal Security Departments* (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012 70 f.) Die SDP präsentierte sich damit aber vor allem als eine „Regierung in Wartestellung“, die angesichts ihrer geringen tatsächlichen Ressourcen nicht glaubwürdig vermittelt werden konnte. Daran konnten auch personalpolitische Überraschungen nichts ändern. Nur wenige Tage vor dem *Nomination Day* traten zwei „Establishment personalities“ (ebd.: 72 f.) der SDP bei: Tan Jee Say und Dr. Ang. Tan Jee Say, 57, studierte Politikwissenschaften, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften in Oxford mit einem Stipendium der singapurischen Regierung und war von 1985 bis 1990 Privatsekretär des damaligen stellvertretenden Premierministers Goh Chok Tong und somit ein politischer Insider. Er überredete seinen langjährigen Freund Dr. Ang sich auf den Kampf mit der PAP einzulassen (ebd.: 74). Als Begründung nannte der ehemalige PAP-Unterstützer den modernen Internet-Wahlkampf und die haushaltspolitischen Programme der SDP, die auf mehr Sparsamkeit in schwierigen Zeiten abzielten. (ebd.).

Da Cunha erwähnt mit keinem Wort das 45 Seiten starke Essay von Tan Jee Say „Creating Jobs and Enterprise in a New Singapore Economy – Ideas for Change“, das er als äußerst kritische Antwort auf den im Februar 2010 veröffentlichten Report des *Economic Strategic Committees* verfasst hatte. Sein im Internet veröffentlichter Essay stieß auf großes Interesse und entzündete eine intensive Debatte, die allerdings nur im Internet und in den sozialen Netzwerken ausgetragen wurde (Tan Jee Say 2011: 22).

Mit Tan Jee Say kam Dr. Ang Yong Guan zur SDP, ein 56 Jahre alter Psychiater und ehemaliger Colonel der Singapore Armed Forces, ein bekanntes Gesicht unter den chinesischsprachigen SingapurernInnen. Er trat regelmäßig als Gast in *Good Morning Singapore* auf *Channel 8* auf, einem der meistgesehenen Fernsehprogramme in Singapur (ebenfalls unter Beaufsichtigung der PAP-Regierung) (Da Cunha 2012: 73). Beide Kandidaten versicherten, dass sie nicht das System stürzen, sondern Vielfalt in das be-

stehende System hineinbringen wollen, was in den Mainstream-Medien Verwunderung auslöste. Die Wahrnehmung der SDP in der Bevölkerung war eigentlich eine andere, nämlich die einer eher radikalen Partei (ebd.) Tan und Ang stehen für einen sehr viel vorsichtigeren Ansatz.

Wie sehr die PAP-abhängigen Mainstream-Medien und die PAP selbst bemüht sind, die Opposition bei der Vermittlung von Sachthemen zu behindern und den Fokus auf scheinbare Skandale zu lenken, zeigte sich vor den Wahlen 2011 am Beispiel der SDP: Mitglieder des PAP-Teams von Holland-Bukit Timah und die Tageszeitung *Today* spekulieren am 24./25. April 2011 über eine angebliche „gay agenda“ der SDP. Auch die Frage, ob Vincent Wijesingha homosexuell sei, wurde aufgeworfen. In Singapur werden homosexuelle Handlungen als Gesetzesverstoß verfolgt (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 77). Hier zeigten sich allerdings die Stärken einer internetbasierten Kommunikation, die unabhängig von den Mainstream-Medien agieren kann: noch am 25. April 2011 erklärte SDP-Generalsekretär Chee auf YouTube: „we are not pursuing the gay agenda and none of our Members of Parliament will“ (ebd.). Die Verleumdungsstrategie der PAP konnte durch seine Stellungnahme entkräftet werden. Das zeigt sich schon daran, dass die PAP - anders als bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit – diese Verleumdungsstrategie nicht weiter verfolgte. Damit scheiterte auch der Versuch, die SDP zu skandalisieren und die WählerInnen nachhaltig zu beeinflussen (vgl. Ortmann 2011: 161).

Die Internet-Strategien haben sich bei den Wahlen 2011 nur bedingt ausgezahlt. Die SDP hatte dadurch sehr viel Zulauf bei den Kundgebungen im Wahlkampf, der sich aber nicht im gleichen Maß in WählerInnenstimmen umsetzen ließ: „crowds at rallies do not necessarily translate into votes for a party“ (Da Cunha 2012: 182). Bei der SDP zeigte sich aber auch ein Mangel an organisatorischer Stärke jenseits der Internet-Aktivitäten. Oppositionsparteien brauchen nicht nur eine kleine Gruppe von Mitgliedern – seien sie auch noch so engagiert – sondern eine entscheidend größere Anzahl an Mitgliedern und UnterstützerInnen, die auch von Haus zu Haus gehen, um die WählerInnen zu überzeugen. Denn: „Only direct face-to-face contact with voters will shift the vote“ (ebd.). Um Erfolg zu haben, muss die SDP also verstärkt „on the ground“ arbeiten, und sie muss sich mit ihrem ambitionierten Programm verstärkt auch um die „non-english-educated“ kümmern (ebd.).

Fragwürdig sind allerdings die Vorschläge Da Cunhas zur inhaltlichen Korrektur der Parteiprogrammatik: wenn die SDP ernsthaft ins Parlament zurückkehren möchte,

müsste sie nach Einschätzung Da Cunhas (2012: 86 f.) gemäßigte Töne anschlagen. Ein „confrontational approach“ könnte eine Bürde für die SDP sein (ebd.: 87). Eine Bürde war er tatsächlich für einen Vorkämpfer der Partei, Chee, der nicht zur Wahl 2011 antreten durfte, da er nach den PAP-gesteuerten Verleumdungsklagen als Konkurschuldner noch nicht entlastet war (Da Cunha 2012: 90).

Die SDP hat mit ihrem radikalen, ambitionierten und nachvollziehbaren Reformprogramm zur Entwicklung einer liberalen, pluralistischen Demokratie vermutlich die meiste Unterstützung in der „English-educated middle and upper middle class“, die eher links-liberal orientiert ist. Die SDP spricht außerdem Menschen an, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe oder für die Gleichstellung von Menschen mit alternativen Lebensentwürfen einsetzen (Da Cunha 2012: 85). Für die nächsten Wahlen könnte in der SDP schon eine neue Generation der „young up-and-coming professionals“ bereit stehen. Der Rücktritt des kämpferischen Partei-Urgesteins Chee als Generalsekretär (Da Cunha 2012: 91) ist für einen größeren Erfolg ebenso wenig erforderlich wie ein „party renewal“ (ebd.), auch wenn dies Da Cunha propagiert (2012: 91). Für einen Wahlerfolg muss die SDP sich nicht von angeblichen Altlasten trennen, sondern ihre Aktiva für die formulierten politischen Ziele ausbauen: das Engagement ihrer Mitglieder und freiwilligen HelferInnen. Etliche BeobachterInnen aus den Mainstream-Medien (Anonymus 2012b: 38) sehen die SDP nur dann auf einem guten Weg für die nächsten Wahlen, wenn die SDP ihre zentralen Prinzipien Demokratie, Freiheit und Menschenrechte zurückstellt. Damit könne die breite WählerInnenschaft nicht erreicht werden, denn „material concerns are Singaporeans’ major preoccupation, and are likely to remain so for the foreseeable future.“ (Da Cunha 2012: 92). Diese Behauptung ist durch nichts belegbar, am allerwenigsten durch die Wahlergebnisse. Im Gegenteil: die SDP blickt auf Erfolge in der Vergangenheit im Parlament zurück, die anderen Oppositionsparteien bis heute versagt geblieben sind, mit ihren bisherigen Abgeordneten Chiam See Tong (1984, Potong Pasir), Ling How Doong (1991, Bukit Gombak) und Cheo Chai Chen (1991, Nee Soon Central). Wie ernst die SDP genommen wurde, zeigen die Konflikte mit dem Regime: vor den Parlamentswahlen 2001 wurde Chee von Lee Kuan Yew und Goh Chok Tong verklagt und von einer politisch abhängigen Justiz zur Zahlung von SGD 500.000 verurteilt. Auch schon vorher hatten „acts of civil disobedience“ Strafen nach sich gezogen (Da Cunha 2012: 87). Die Wahrnehmung von demokratischen Bürgerrechten gegen den Willen des Regimes hatte drakonische Folgen, aber auch positive Konsequenzen, so dass der Eindruck entsteht, dass sich der Kampf lohnt, wenn auch der

Preis dafür sehr hoch sein kann: „Due to his persistence in breaking the law on speaking in public without a permit, the government made a significant concession“ (ebd.). Am 1. September 2000 wurde eine *Speakers' Corner* im Hong Lim Park in Chinatown eingerichtet, allerdings in abgespeckter Form. RednerInnen mussten sich an die „laws of defamation“ halten und durften nicht über als sensibel eingestufte Themen sprechen wie Multiethnizität und Religion (ebd.). Im September 2008 liberalisierte die Regierung die Regelungen weiter: Verstärker, Spruchbänder und andere Requisiten waren fortan erlaubt. Die SDP profitiert bis heute vom „Chee factor“ (ebd.: 83).

Entscheidend für einen größeren Wahlerfolg bleibt der professionelle Rahmen.: Probleme gab es hier 2011 im GRC Sembawang: Dort hat die SDP zwar auch schon 2006 kandidiert, 2011 aber erst zwei Wochen vor dem *Nomination Day* entschieden, erneut anzutreten. Die SDP hat zu wenig getan, um zwischen den Wahlen den Kontakt zu den WählerInnen aufrecht zu erhalten und Kontakte zur Bevölkerung zu pflegen. Dieses Versäumnis fegt James Gomez vom SDP-Team in Sembawang allerdings mit der Aussage vom Tisch, Hausbesuche zu machen sei „old style tactics“ (ebd.: 157 f.). Möglicherweise führten dieses Unterschätzen der persönlichen Kontakte und das Überschätzen der neuen und sozialen Medien zum schlechten Abschneiden der SDP – nur 36,10 % - in Sembawang. Aber die SDP scheint daraus Konsequenzen gezogen zu haben: nach den Wahlen hat die SDP beschlossen, den Kontakt mit den BewohnerInnen Sembawangs weiter durch regelmäßige Besuche zu pflegen und sogar einen weiteren GRC ins Auge zu fassen, nämlich Tanjong Pagar, der seit 1991 „uncontested“ an die PAP mit ihrem Spitzenkandidaten Lee Kuan Yew ging. Dies wäre eine deutliche Kampfansage an das Regime. Dass die SDP bereit ist, große Herausforderungen anzunehmen, spricht für ihre Kämpfernatur, die in der WählerInnenschaft bekannt ist (Da Cunha 2012: 158).

4.1.2.5 The Reform Party (RP)

	RP	PAP
GRC West Coast	33,43 % Kenneth Jeyaretnam Andy Zhu (Zhu Laicheng) Ho Soak Harn Kumar Appavoo Frankie Low (Low Chiak Huan)	66,57 Lim Hng Kiang (Minister) Arthur Fong Foo Mee Har S Iswaran Lawrence Wong
GRC Ang Mo Kio	30,67 % Lim Tung Hee Arthero Lim Zirui Mohamed Mansor Bin Abdul Rahman Osman Bin Sulaiman Tan Zhi Xiang Vignesvari Ramachandran	69,33 % Lee Hsien Loong (PM) Ang Hin Kee Inderjit Singh Intan Azura Binte Mokhtar Seng Han Thong Yeo Guat Kwang

Abb. 8: Wahlausgang 2011 RP gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Die RP trat in zwei GRCs Ang Mo Kio und West Coast an und erreichte dort 30,67 % bzw. 33,43 % der abgegebenen Stimmen.

Die RP wurde am 3. Juli 2008 von J. B. Jeyaretnam, dem „Vater“ der Opposition in Singapur gegründet, einem ehemaligen WP-Akteur, der gegen die autoritäre Regierung und für mehr Demokratie und Freiheit kämpfte. Das Programm der RP orientiert sich an den Prinzipien einer liberalen, offenen Demokratie. Ohne Meinungsfreiheit und Innovation und Kreativität werde Singapur nicht nur weiter hinter die schon reichen westlichen Nationen zurückfallen, sondern auch hinter die neuen, beträchtlich freieren asiatischen Staaten wie Südkorea, Taiwan und Hongkong. Sogar die vielgepriesenen Errungenschaften in Bildung und Infrastruktur würden von Indien und China und vielen ASEAN-Nachbarn untergraben. Die Partei will Singapur weg vom Fokus auf Wirtschaftswachstum bringen, der einher geht mit Problemen durch die hohe Zahl ausländischer Arbeitskräfte, die Belastung für das soziale Gefüge und die sozialen Einrichtungen Singapurs darstellen. Stattdessen soll die Wirtschaft produktiver werden. Angestrebt wird ein echtes Zwei-Parteien-System (ganzer Abschnitt Reform Party 2012).

Der Parteigründer und Rechtsanwalt Joshua Benjamin (J. B.) Jeyaretnam (1926-2008), verstand sich als ausgesprochener Sozialist. Er war von 1971 bis 2001 Generalsekretär der WP und wurde 1981 in einer Nachwahl der erste und einzige Oppositionsabgeordnete seit 1965. Er wurde 1984 in Anson wiedergewählt, verlor seinen Sitz aber 1986

nach einer Verurteilung wegen einer angeblichen Falschabrechnung von WP-Geldern, die ihn auch daran hinderte, an den Wahlen 2001 teilzunehmen. Nach einem harten Kampf gegen die PAP war Jeyaretnam 1997 als NCMP in das Parlament eingezogen, hatte aber diesen Platz 2001 räumen müssen, nachdem er nach einer Verleumdungsklage durch die Regierung für Bankrott erklärt worden war und dadurch wichtigen Bürgerrechten beraubt wurde (Da Cunha 2012: 100). Nach 2001 kämpfte er sechs Jahre lang mit der Abzahlung seiner Schulden. Er verließ die WP enttäuscht, da die Partei ihn seiner Ansicht nach bei den Strafzahlungen unterstützt hatte (ebd.: 98). Mit 82 Jahren gründete er eine neue Partei, um den Kampf gegen die PAP fortzusetzen und für diejenigen SingapurInnen zu kämpfen, die sich von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt fühlen. Durch die finanzielle Unterstützung seiner Söhne vom Privatkonkurs befreit, konnte er wieder als Rechtsanwalt arbeiten und sich als Gründer der RP neu positionieren (ebd.). Jeyaretnam stirbt allerdings schon am 30. September 2008.

Der heutige Spitzenkandidat und Sohn Kenneth Jeyaretnam vertritt radikale Meinungen. Sein Hauptziel ist ein „complete, thorough change“ (ebd.: 100). Seinen weniger radikalen Oppositionskollegen Chiam See Tong (erst SDP, jetzt SPP) und Low Thia Khiang, Generalsekretär der WP, unterstellt er, mit dem bestehenden System glücklich zu sein. Die derart Angegriffenen haben sich allerdings nie negativ über den Vater geäußert. Im Gegenteil. Chiam See Tong bewunderte ihn und beschrieb ihn als „born fighter“ (ebd.: 101). Der Vater, eine „opposition icon“ (ebd.: 101), kämpfte tatsächlich noch um den Preis der existentiellen Selbstzerstörung als „fiery oppositionist“ (ebd.) gegen „the might of the entire Establishment“ (ebd.). Sein Kampf brachte ihm zwar Respekt und auch Sympathie bei den SingapurInnen ein, gegen die PAP aber erreichte er nichts. Für Da Cunha die Folge eines „too confrontational style of politics“, der von vielen als kontraproduktiv für ein Vorankommen sowohl der Opposition als auch eines Mehrparteien-Systems in Singapur angesehen wurde (ebd.: 101). Anders steht dazu sein Sohn Kenneth Jeyaretnam, der die potentielle Regierungsfähigkeit der Opposition insgesamt in den Vordergrund stellt. Dank des effizienten Verwaltungsapparats sei auch seine Oppositionspartei in der Lage, die Regierung zu übernehmen: „We have a highly paid and undoubtedly efficient civil service to assist whatever government is in power to run the country... Presumably it will not evaporate the moment another party comes to power.“ (Jeyaretnam zit. nach Gunasingham zit. nach Da Cunha 2012: 116).

Nach Tod seines Vaters am 30. September 2008 wurde Anfang April 2009 bekannt gegeben, dass dessen älterer Sohn Kenneth Jeyaretnam, ein erfolgreicher Hedge Fonds

Manager, „highly educated“ und mit einem „political pedigree“ (Da Cunha 2012: 103), in das die Parteiführung der RP aufgenommen wurde. Am 26. April 2009 wurde er zum Generalsekretär der RP gewählt. Kenneth Jeyaretnams fünfseitiges Parteiprogramm enthält Aussagen zu Wirtschaft, Verteidigung, Bildung und zur ebenfalls von der SDP geforderten Abschaffung des *Internal Security Acts* (ebd.: 102 f.). Nach dem Tod des Vaters steht die Kleinpartei mit nur 30 Mitgliedern finanziell und organisatorisch schlecht da. Die niedrige Mitgliederzahl sagt allerdings wenig aus über die tatsächliche Stärke ihrer VorkämpferInnen. Seit Anfang 2010 gab es bei der RP ein Kommen und Gehen namhafter OppositionsaktivistInnen.

Im Januar 2010 kam Hazel Poa (* 1971) zur RP, zuletzt stellvertretende Direktorin im Finanzministerium, „the first former Administrative Service officer to have joined the opposition in recent years“ (ebd.: 104). Sie könnte weitere VertreterInnen des Establishments, die mit der verkrusteten PAP nichts mehr zu tun haben wollen, zur Oppositionsarbeit animieren (ebd.). Tony Tan (* 1971), Hazel Poas Ehemann, ist ebenfalls ein auffälliger Neuzugang. Beide studierten mit staatlichen Stipendien in Cambridge, beide sind nicht dafür bekannt, radikale Positionen zu vertreten. Ausschlaggebend für ihr Engagement sind zwei Faktoren: „to see certain changes in the way the government is running the country“ und: „we always hope to see more options and more contest in ideas“ (ebd.: 105). Eine ungewöhnliche Erscheinung war auch Alec Tok, Filmemacher aus New York und Peking. Die RP stieg durch den Kandidaten mit den „impressive credentials“ sogar zeitweise zum „darling of the media“ (ebd.: 105) auf. Einen knappen Monat vor den Wahlen verließ er aber abrupt die RP (Da Cunha 2012: 110). Über die tatsächlichen Hintergründe ist nichts zu erfahren. Er kandidierte dann für die SDP im SMC Bukit Panjang (33,73 %).

Anfang April 2010 während eines gemeinsamen Rundgangs im GRC Bishan-Toa Payoh wurde die Idee entwickelt, mit Chiam See Tong von der SPP/SDA zusammen zu arbeiten. Dort errang die SPP mit Chiam See Tong an der Spitze 43,07 % gegen ein starkes PAP-Team (ebd.). Chiam See Tong hatte sich wiederholt bemüht, die Kräfte der Oppositionsbewegung zu bündeln. Er vertritt die Ansicht, dass eine gesplante Opposition der PAP in die Hände spielt. Zur Kooperation kam es allerdings nicht (Da Cunha 2012: 106 f.) Die Versuche zeigen jedoch, wie hart umkämpft potentielle Zugpferde auch innerhalb der Opposition sind. Kenneth Jeyaretnam blieb weiterhin an Chiam See Tong interessiert wegen seiner Fähigkeit gegen die PAP zu opponieren, ohne Angelegenheiten zu personalisieren (ebd.: 107). Genau aus diesem Grunde versuchte auch SDP-

Generalsekretär Chee Soon Juan Anfang 2011 vor den Wahlen Chiam in seine Partei zu locken, allerdings vergeblich (ebd.: 88, 108). Das Regime versteht es allerdings, die Konzentration der Oppositionskräfte geschickt zu verhindern. Die Idee, Chiam von der SPP und Jeyaretnam von der RP als gemeinsames „dream team“ für ein GRC zu nominieren, ließ sich nicht umsetzen (ebd.: 109). Der *Parliamentary Elections Act* fordert, dass alle Mitglieder eines GRC-Teams derselben Partei angehören müssen oder ein Team von Unabhängigen bilden – eine gemeinsame Parteineugründung wäre vor den Wahlen angesichts vieler bürokratischer Hürden nicht mehr machbar gewesen. Deshalb bestritt die RP die Wahlen alleine gegen die PAP (ebd.).

Die Entwicklung der RP nahm kurz vor den Wahlen noch einmal eine dramatische Wendung: Ende Februar 2011 wurde die RP von personellen Änderungen überrascht. Am 23. Februar 2011 wird in der Presse bekannt, dass Hazel Poa, Tony Tan und einige Mitglieder die RP verlassen mit der offiziellen Begründung „differences of opinion“ (ebd.), um für andere Oppositionsparteien zu kandidieren. Jeyaretnam reagierte mit einem Konfrontationskurs gegen die restliche Opposition. Er kündigte sofort nach der Veröffentlichung der neuen Wahlkreisgrenzen am 24. Februar 2011 ohne Absprache mit den anderen Oppositionsparteien an, dass die RP bei den Parlamentswahlen 2011 in den zwei GRCs West Coast und Chua Chu Kang sowie in den drei SMCs Hong Kah North, Pioneer und Radin Mas kandidieren werde. Dieser Schritt wurde von den anderen Oppositionsparteien kritisiert: die Präsenz in fünf Wahlkreisen erfordere 13 KandidInnen, eine aufwändige Wahlkampagne und eine gewisse Logistik, die die RP schon wegen der Parteiaustritte 24 Stunden zuvor kaum zu leisten imstande sei (ebd.: 111). Die anvisierten Wahlkreise liegen alle im Westen und sind Hochburgen der PAP.

Das oppositionelle Aushandeln der Wahlkreise ist ein besonderes Phänomen in Singapur. Die Opposition empfindet sich als zu schwach, um flächendeckend in allen Wahlkreisen antreten zu können, d. h. für die WählerInnen ein wirkliches Wahlangebot unter mehreren Parteien in den verschiedenen Wahlkreisen zu schaffen.

Am 2. und 5. März 2011 handelten die Oppositionsparteien aus, welche Partei in welchen Wahlkreisen antreten sollte. Kämpfe gegeneinander sollten vermieden werden, um die Kräfte der Opposition zu konzentrieren. Insbesondere RP und NSP stritten wegen überlappender Ansprüche über Wochen miteinander, worüber in den Mainstream-Medien berichtet wurde, um die Zerstrittenheit der Opposition zu zeigen und der Verlässlichkeit der PAP-Regierung gegenüber zu stellen. Gestritten wurde zwischen den Parteien ausführlich auch in Online-Foren. Hauptsächlich ging es um die SMCs Pioneer

und Radin Mas, aber auch um den GRC Chua Chu Kang (ebd.: 111). Letztendlich hat die RP dann eine Woche vor dem *Nomination Day* entschieden, in den zwei GRCs West Coast (hier mit Kenneth Jeyaretnam an der Spitze; 33,43 %) und Ang Mo Kio (30,67 %) anzutreten, was zwar für die anderen Oppositionsparteien überraschend war, aber dennoch größtenteils begrüßt wurde, da es sich bei den beiden GRCs um Hochburgen der PAP handelte, für die sich die anderen Parteien weniger interessierten. Dennoch wurde mit der Kandidatur ein demokratisches Signal gesetzt. Im GRC Ang Mo Kio hätte sonst Ministerpräsident Lee Hsien Loong mit seinem PAP-Team die sechs Parlamentssitze „uncontested“ gewonnen. (Da Cunha 2012: 112). Aufgrund ihrer personellen Engpässe nach den Parteiaustritten musste die RP ihre beiden Teams mit drei von anderen Oppositionsparteien „geliehenen“ Kandidaten auffüllen: darunter mit zwei Kandidaten, die vorher der SPP angehörten (ebd.: 112). Die Bedeutung dieser Präsenz ist nicht zu unterschätzen: die beiden Teams mit insgesamt 11 KandidatInnen berechtigten die RP damit zu zwei drei-minütigen politischen Werbesendungen in Radio und Fernsehen, die die regierungsabhängige *Media Development Authority* jenen Parteien gewährt, die mindestens sechs Kandidaten nominiert haben (ebd.: 113).

Da Cunha bescheinigt der RP eine schwache Vorstellung. Der Name Jeyaretnam ziehe bei den jüngeren WählerInnen nicht mehr (ebd.: 116). Kenneth Jeyaretnam habe bei weitem nicht die Statur seines charismatischen Vaters, der im Alleingang 1981 die Monopolstellung der PAP im Parlament aufbrach (ebd.). Er hinterlasse den Eindruck, zu oft unüberlegt zu handeln. Außerdem werden ihm Mängel in der Kommunikation mit den schließlich ausgetretenen Aushängeschildern der Partei angelastet. Da Cunha (2012: 116) vertritt außerdem die Ansicht, dass die WählerInnen „in the crucial middle ground“ mehr hören wollten als „calling for change“. Damit unterschlägt er aber das tatsächliche Potential der Partei, die unter den Bedingungen eines allein auf die Interessen der PAP zugeschnittenen Wahlrechts ihre Chancen viel mühsamer erkämpfen muss. Kenneth Jeyaretnam hat einen Fünf-Jahres-Masterplan bis zu den nächsten Wahlen spätestens 2016 auf der RP-Website eingestellt. Die Parteizentrale soll aus Chinatown nach West Coast verlegt werden, um die WählerInnen in den GRCs West Coast, Chua Chu Kang und Tanjong Pagar (der einzige GRC, der von der PAP 2011 noch „uncontested“ gewonnen wurde) sowie in den SMCs Pioneer und Radin Mas besser zu erreichen (ganzer Abschnitt Da Cunha 2012: 120 f.). Die RP erneuert und erweitert damit schon jetzt die Ansprüche der RP auf diese Wahlkreise. Diese ambitionierten Pläne erfordern viele neue Mitglieder und UnterstützerInnen, und das vor dem Hintergrund der vielen Aus-

tritte. Absurderweise verweist Da Cunha auf den Umstand, dass mögliche Mitglieder die Wahl zwischen mehreren Oppositionsparteien haben (vgl. Da Cunha 2012: 121). Dabei unterschlägt er wohl bewusst den entscheidenden Punkt: die WählerInnen haben noch immer keine Wahl zwischen mehreren Oppositionsparteien in den einzelnen Wahlkreisen.

Das Programm der RP ist aber zukunftsweisend: Die RP wirbt mit dem Slogan: „Transparency, accountability and inclusion: A democratic Singapore for Singaporeans“. Auf den Kundgebungen im Wahlkampf 2011 wurde etwa das Thema Krankenversicherungen für alle angesprochen – ein Zukunftsthema, das die RP als einzige Partei auf ihrer Agenda hatte (ebd.: 185).

4.1.2.6 Singapore Democratic Alliance (SDA)

	SDA	PAP
GRC Pasir Ris-Punggol	35,21 % Harminder Pal Singh Lee Song Juan Jeffrey Lim Mohd Shafni Sidney Soon Tan Keng Hong	64,79 % Teo Chee Hean (Minister) Gan Thiam Poh Janil Arusha Puthucheary Low Penny Teo Ser Luck Zainal Bin Sapari
SMC Punggol East	4,45 % Lim Bak Chuan Desmond	54,54 % Michael Palmer

Abb. 9: Wahlausgang 2011 SDA gegen PAP
(eigene Zusammenstellung)

Obwohl die Partei fast bedeutungslos erscheint, erreichte sie in ihrem GRC immerhin 35,21 % der Stimmen. Bereits nach dem Austritt von Chiam See Tong und der SPP aus dem gemeinsamen Dachverband im März 2011 galt die SDA in der PAP-gesteuerten öffentlichen Meinung als Splitterpartei ohne Zukunft. Lim kandidierte neben Lilian Lee von der WP im SMC Punggol East – dem einzigen Wahlkreis, in dem zwei Oppositionsparteien zur Wahl antraten. Während die WP-Kandidatin 41,01 % der Stimmen auf sich vereinen konnte, verlor Lim desaströs. Als Generalsekretär einer Partei nur 4,45 % der Stimmen zu erzielen, bedeutet nicht nur den Verlust des „election deposit“, sondern auch eine Erniedrigung. Nach einem derartigen politischen Bankrott sollte es schwer sein, auf die politische Bühne zurückzukehren (Da Cunha 2012: 143).

An der SDA lässt sich ablesen, dass sich eine Konzentration der oppositionellen Kräfte dann lohnen kann, wenn es sich um sehr kleine Parteien handelt. Viele kleine Oppositionsparteien sind nur dann sinnvoll, wenn sie mit einer unterscheidbaren Programmatik unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Für die SDA bedeutet das, dass sie sich mit einer anderen Partei vereinigen sollte. Da Cunhas Empfehlung (2012: 228), ganz einfach aufzugeben und die Partei aufzulösen, entspricht aber nicht dem Ziel, einer heterogenen Gesellschaft zu einer differenzierten politischen Willensbildung zu verhelfen.

4.2 Singapore Presidential Election 2011

Gut drei Monate nach den Parlamentswahlen war für den 27.08.2011 die Wahl eines neues Staatsoberhauptes angesetzt, dessen Amtszeit gemäß Art. 20 (1) der singapurischen Verfassung (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 361) sechs Jahre beträgt. Würde sich der Trend gegen die PAP und für die Oppositionsparteien fortsetzen? Eine formale Voraussetzung für eine Kandidatur ist zwar die Nicht-Parteizugehörigkeit, nichtsdestotrotz waren alle Kandidaten zuvor Mitglieder einer Partei. Seit 1993 der Präsident direkt vom Volk gewählt wird (vorher wurde er vom Parlament gewählt), sollte diese Wahl überhaupt erst die zweite „richtige“ Wahl sein. Bei der ersten Wahl am 28.08.1993 standen zwei Kandidaten zur Wahl, bei der sich Ong Teng Cheong mit 58,69 % gegen Chua Kim Yeow durchsetzte (41,31 %). 1999 und 2005 kam Sellapan Ramanathan (meistens S R Nathan) mangels wählbarer GegenspielerIn „uncontested“ - also ohne Wahl – ins Amt (Singapore Elections Department 2012b). Die Wahl 2011 dagegen versprach spannend zu werden, da erstmals überhaupt vier Kandidaten zur Wahl zugelassen wurden, das „certificate of eligibility“ erhielten, an dem nach den Wahlausschreibungen zuvor etliche und auch bei dieser wieder zwei Kandidaten gescheitert waren. In Art. 19 der singapurischen Verfassung (ebd.) sind die Anforderungen festgeschrieben, die ein/e PräsidentschaftskandidatIn erfüllen muss: zum einen rein formale Bedingungen wie u.a. die singapurische Staatsangehörigkeit, ein Mindestalter von 45 Jahren, am Nominierungstag nicht Mitglied einer Partei zu sein, erfüllen, zum anderen zwei Anforderungen, über deren Erfüllung ein Wahlkomitee entscheidet: die Person muss „of integrity, good character and reputation“ sein und muss zuvor eine Position inne gehabt haben, die sie für die Aufgaben und Pflichten des Amtes qualifiziert (vgl. Schöler 2011: 1 f.). Art. 19 (2) (g) der Verfassung listet entsprechende Positionen wie beispielsweise Minister, Staatssekretär, Generalstaatsanwalt, Vorstandsvorsitzender eines eingetragenen Unternehmens mit mindestens 100 Mio. S\$ einbezahltem Kapitel auf, enthält aber auch eine Auffangklausel. Für die Auslegung dieser beiden Qualifikationen ist gemäß Art. 18 der singapurischen Verfassung (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 360 f.) allein das Presidential Elections Committee (Wahlkomitee) zuständig, das allein und abschließend entscheidet. Eine Entscheidung kann gemäß Art. 18 (9) der singapurischen Verfassung nicht vor Gericht angefochten werden. Dieses Wahlkomitee besteht aus nur drei Personen: dem Vorsitzenden der Kommission für den öffentlichen Dienst, dem Vorsitzenden der Regulierungsbehörde für Finanz- und Rechnungswesen und einem Mitglied des Präsidiums für Minderheitenrechte – eine

Zusammensetzung, die an der Neutralität dieses Gremiums Zweifel aufkommen lässt, auch angesichts der restriktiven Auslegungen in den vorangegangenen Wahlausschreibungen (Schöler 2011: 3). Da der Präsident aber neben seinen repräsentativen Aufgaben auch eine Veto-Macht in fünf Schlüsselbereichen hat – als „Wächter der nationalen Geldreserven“, bei der Besetzung von Schlüsselpositionen im öffentlichen Dienst, bei der Überwachung bestimmter Maßnahmen im Rahmen des *Maintainance of Religious Harmony Act* und des *Internal Security Act* und bei Ermittlungen durch das *Corrupt Practices Investigation Bureau* (Schöler 2011: 3 f., Tan Jee Say 2011: 58) –, macht die Zusammensetzung des Komitees in gewisser Hinsicht Sinn. Nicht ganz unbedenklich sind aber die geringe Anzahl seiner Mitglieder und seine Nähe zur seit über 40 Jahre regierenden PAP ebenso wie das Fehlen einer Pflicht zur Begründung seiner Entscheidung (Schöler 2011: 4).

Für die Präsidentschaftswahl 2011 hatten insgesamt sechs Kandidaten ihre Nominierungspapiere eingereicht:

- Dr. Tony Tan Keng Yam, *1940, hatte von 1983 bis 2005 Ministerämter für Erziehung und Verteidigung inne und war von 1995 bis 2005 stellvertretender Premierminister unter Goh Shok Tong und zuletzt unter Lee Hsien Loong, im Anschluss daran bis Juli 2011 geschäftsführender Direktor und stellvertretender Vorsitzender der Government of Singapore Investment Corporation (GIC) und Vorsitzender der Singapore Press Holdings Limited, PAP-Mitglied bis Juni 2011 (Istana Singapore 2012);
- Dr. Tan Cheng Bock, *1940, Politiker und Arzt, seit 1971 u. a. medizinischer Direktor der Arma Keng Medical Clinic, von 1980 bis 2006 MP der PAP (SMC Ayer Rajah), viele Berufungen in Aufsichtsräte großer Unternehmen (Tan Cheng Bock 2012);
- Tan Jee Say, *1954, einziger klarer Vertreter der Opposition, ehemaliges SDP-Mitglied
- Tan Kin Lian, *1948, bis 2007 Vorsitzender der Genossenschaft NTUC Income Insurance, PAP-Mitglied bis 2008;
- Andrew Kuan und
- Ooi Boon Ewe.

Dr. Tony Tan Keng Yam als ehemaliger stellvertretender Premierminister erfüllte die Kriterien ohne weiteres. Dies schreibt Schöler (2011: 2) auch Dr. Tan Cheng Bock als

Vorstandsvorsitzendem einer großer Investment-Firma zu, einer Tätigkeit, die allerdings in seinem Curriculum Vitae keine Erwähnung findet (vgl. Tan Cheng Bock 2012). Er selbst scheint die Erfüllung des Kriteriums aus seiner Position als Medical Director der Arma Keng Medical Clinic mit einem „paid-up Capital US\$ 152m FY June 2010“ herzuleiten (ebd.). Möglicherweise hat das Wahlkomitee bei diesem verdienten PAP-Mitglied nicht so genau hingeschaut. Tan Jee Say und Tan Kin Lian beriefen sich auf die Auffangklausel, wobei Tan Kin Lians Position „erwartungsgemäßig gleichgesetzt mit einer Unternehmensleitung“ (Schöler 2011: 2) wurde. Insbesondere Tan Jee Say wurde vom Wahlkomitee sehr wohlwollend behandelt: obwohl ihm als regionaler Geschäftsführer des asiatischen Zweigs einer Fondgesellschaft mit einem paid-up capital unter 100 S\$ ein Kriterium fehlte, bewertete das Wahlkomitee seine Position und die Komplexität der Gesellschaft als der in Verfassung genannten Anforderungen entsprechend (ebd.). Dagegen wurde den Kandidaten Andrew Kuan und Ooi Boon Ewe, die auch schon bei den letzten Wahlen an dem Wahlkomitee gescheitert waren, das erforderliche Wählbarkeitszertifikat verweigert, da ihre Tätigkeiten als „nicht hinreichend vergleichbar“ (ebd.) beurteilt wurden.

Die Entscheidung des Wahlkomitees, zu dieser Wahl auch einen Kandidaten antreten zu lassen, der gut drei Monate zuvor für eine Oppositionspartei zur Parlamentswahl angetreten war und den sie auch hätte ablehnen können, weist auf einen gewissen Wandel in der Politik der PAP hin. Nach dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1965 kann sie eine stärker werdende Opposition nicht mehr komplett ausschließen. Möglicherweise deutet die erstmalige Zulassung eines Kandidaten der Opposition eine Öffnung der Regierungspartei an. (ebd.: 4). Allerdings sei diese Haltung der Regierung nicht unbedingt als Durchbruch zu bewerten, da auch Dr. Tan Cheng Bock und Tan Kin Lian sich in letzter Zeit kritisch über die PAP geäußert hätten. Eher könnte die PAP darauf spekuliert haben, dass so ihr Favorit Tony Tan Keng Yam gewählt würde, da sich die Stimmen der Opposition auf drei Kandidaten aufteilten, schätzt Schöler (2011: 5) die Lage ein.

Das Wahlergebnis sorgte für Überraschung: PAP-Favorit Tony Tan Keng Yam kam nur auf vergleichsweise dürftige 35,20 %. Obwohl es mehrere „Oppositionskandidaten“ gab – von diesem Umstand hätte die PAP eigentlich profitieren müssen – gewann Tan Chen Bock fast genauso viel, nämlich 34,85 % (Singapore Elections Department 2012b). Und auch Tan Jee Say konnte mit 25,04 % ein Viertel der Stimmen auf sich vereinen, was darauf hindeutet, dass die WählerInnen sich langsam emanzipieren und tatsächlich wählen und nicht weiter unreflektiert ihr Kreuz neben den auch von den Mainstream-

Medien begünstigten PAP-Favoriten setzen (Schöler 2011: 5 f.). Das enge Ergebnis führt in einer Bevölkerung, die lange Zeit eindeutige Wahlergebnisse und keine Opposition gewohnt war, zu Verunsicherung. So werden auch Stimmen nach einer Wahlreform laut, beispielsweise nach Einführung einer Stichwahl (ebd.: 6). Die Entwicklung wird spannend bleiben, denn dem von der PAP favorisierten Präsidenten haben immerhin fast zwei Drittel die Stimme verweigert. Da insbesondere Jugendliche, die wegen des Wahlalters von 21 Jahren an der Wahl nicht beteiligt waren, regierungskritisch eingestellt sind, könnte sich in kommenden Wahlen die Stimmung zugunsten der Oppositionsparteien wandeln, wenn die PAP weiterhin wie gewohnt fortfährt. Aber auch, wenn sie sich öffnet und Oppositionsforderungen nachgibt, schwächt sie auf Dauer ihre Position.

Die Präsidentschaftswahlen haben den Trend gegen die PAP und für die Opposition fortgesetzt, wenn auch noch nicht mit einem durchschlagenden Ergebnis. Die Opposition muss diese Stimmung nutzen und zu ihren Gunsten ausbauen, wenn sie in den kommenden Wahlen erfolgreicher sein will.

5 Singapur an der Schwelle zur „echten“ Demokratie?

Um die weitere Demokratisierung Singapurs zu bewerten, ist es erforderlich, unterschiedliche Faktoren zu untersuchen. Dazu gehören nicht nur der politische Rahmen, sondern auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft und psychologische Faktoren. Eine weitere Demokratisierung hängt von einer Entmachtung der PAP ab, die antidemokratische Strukturen etabliert hat. Diese Strukturen könnten sich aber als so stabil erweisen, dass eine weitere Demokratisierung selbst ohne die Vormachtstellung der PAP stocken könnte. Die Parlamentswahlen 2011 deuten eine Machtverschiebung zu Gunsten oppositioneller Kräfte in Singapur an. Gleichzeitig verkleinert sich der Aktionsrahmen der PAP. Sie muss sich entscheiden, Opposition entweder weiterhin als als Gefahr zu betrachten, weil sie ein konkurrenzorientiertes politisches System scheut, oder sie muss sich einem gleichberechtigten Wettbewerb stellen. Erstmals in der parlamentarischen Geschichte des Stadtstaates wurde die Regierungspartei in einem GRC besiegt. Zwei MinisterInnen - Außenminister George Yeo und das einzige weibliche Mitglied im Kabinett, Lim Hwee Hua - verloren ihre Abgeordnetenmandate (Singapore Elections o. J.b). Ausgerechnet der in jüngster Zeit als Chefideologe der PAP bezeichnete George Yeo verlor seinen Parlamentssitz in Aljunied an die WP (Kieran u. a. 2011: 115). Die PAP büßte erstmals sechs Sitze im Parlament an eine Oppositionspartei ein. Diese scheinbar geringen Verschiebungen haben zu Konsequenzen geführt, die die etablierte Machtbasis der PAP in ihren Fundamenten erschüttern. Die beiden ehemaligen Premierminister Mentor Minister Lee Kuan Yew und Senior Minister Goh Chok Tong zogen mit ihrem Rückzug aus dem Kabinett direkt nach der Wahl Konsequenzen (Singapore Elections o. J.b). Die PAP-Regierung fühlt sich offenbar bereits genötigt, den von der Opposition vehement erkämpften und klug genutzten Aktionsradius von sich aus zu erweitern. Sie erleichterte den Oppositionsabgeordneten den Aufbau einer Infrastruktur und sie erweiterte ihre Freiräume für öffentliche Auftritte außerhalb des Parlaments (vgl. ebd.). Damit sind die Voraussetzungen für eine dynamische Entfaltung oppositioneller Kräfte günstiger als je zuvor. Ihr Einfluss hängt allerdings davon ab, ob die vielen *grassroots organisations*, *Community Clubs* und andere von der PAP organisierten oder beeinflussten gesellschaftlichen Basisorganisationen bereit sind, ihren Anspruch aufzugeben, monopolistische zivilgesellschaftliche Meinungsbildner zu sein. Schon jetzt ist selbst angesichts einer im Vergleich zu liberalen Demokratien minimalen parlamentarischen Präsenz der Opposition deren tatsächlicher politischer Einfluss grö-

ßer als je zuvor: Die PAP-Regierung senkte die weltweit höchsten MinisterInnenbezüge, um der Forderung nach mehr Gerechtigkeit entgegen zu kommen, sie versprach, etwas gegen die hohen Wohnungspreise zu tun und die von der Opposition thematisierte Immigrationspolitik zu überdenken (Singapore Election o. J.e). Die PAP ist folglich schon heute trotz absoluter Mehrheit im Parlament nicht mehr in der Lage, ihre Vorstellungen autoritär durchzusetzen.

Von der Glaubwürdigkeits- zur Legitimitätskrise

Die PAP-Regierung behauptet, den Willen des Volkes zu repräsentieren. Der Glaube, dass trotz Fehlern nur die regierende Elite in der Lage sei, eine gute Politik zu machen, und dass sie dafür auch Gehorsam verlangen kann, ist schon früher erschüttert worden (Ortmann 2006: 5), allerdings noch ohne weitreichende Folgen:

However, where states have managed successfully to control and co-opt civil society, and to manipulate cultural symbols and belief systems in a way that legitimizes (at least partially) semiauthoritarian rule, the internal pressure for democratization has been preempted or deflected. This has been the case with Malaysia and especially Singapore, the richest authoritarian state in the history of the world.

(Diamond 2003: 14)

In Singapur dürfte sich der politische Wandel nach der Wahl 2011 und dem Rückzug der PAP-Gründergeneration um Lee Kuan Yew jetzt noch verstärken (Diamond 2012: 7).

If Singapore remains in the grip of a half-century-long simple-party hegemony, that hegemony now seems to be entering a more vulnerable phase, as opposition parties find new energy and backing, as young people flock to social media to express themselves more openly, as independent media crop up online to provide a fuller range of news and opinions, and as the ruling party feels compelled to ease censorship and other controls (Diamond 2012: 7 f.).

Deutlich werden Disparitäten zwischen den politischen Zielen des Regimes und dem tatsächlich Erreichten, die das Regime in eine Glaubwürdigkeitskrise stürzen, die ihre Legitimität untergräbt. Dazu zählt, dass die soziale Schere viel weiter auseinander geht als die Regierenden einräumen. Sie erfasst die junge Generation besonders. Laut Goh Sui Noi (2012: A29) betrug die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2010 9,9 %. Die autoritäre politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Konstruktion des Staates unter Ausschluss kritischer – und korrigierender - Stimmen konnte Stabilität und Prosperität nur scheinbar erzeugen. Das von den Herrschern installierte fortwährende Tauschgeschäft – Unfreiheit gegen materiellen Wohlstand - erweist sich als ein Handel mit einseitig verteilten Renditen, in der das materielle Interesse des Machterhalts augenscheinlich an erster Stelle steht. Nicht nur die Debatte über dieses fragwürdige informelle Staatskon-

zept ist in Singapur eröffnet – das Gleiche gilt auch für die Diskussion über ein Ende des Regimes einschließlich des scheindemokratischen Legitimationsrahmens, der den Interessen einer einzigen Partei zu dienen hat. Die Dynamik des Wandels ist auch unter den Bedingungen einer unterdrückten Zivilgesellschaft unumkehrbar. Je mehr die Herrscher den Gegendruck spüren und Zugeständnisse in Bezug auf freie Meinungsäußerung und politische Repräsentation einräumen müssen, desto stärker wird die Opposition. Die Oppositionsparteien sind mehr und mehr in der Lage, der PAP ernsthaft gefährlich zu werden. Schon 2006 wurden erste Zeichen sichtbar, dass sich die Opposition mit ihrer Rolle als ewige Zweite nicht begnügen will (Ortmann 2006: 22). Noch ordnete sich die Opposition aber zu sehr den existierenden und von der PAP aufgestellten „Regeln“ unter. Die Wahlen 2011 um die Sitze im Parlament und fast mehr noch die nachfolgende Präsidentschaftswahl sind ein Beleg für einen Wandel (ebd.).

Das Beispiel Singapur zeigt, dass entgegen den modernisierungstheoretischen Demokratisierungsthesen wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand nicht automatisch in demokratische Verhältnisse einmünden. Hinzukommen muss eine ernste Legitimitätskrise der Autokratie als Initialzündung für den Wandel. Wenn das Wirtschaftsgeschehen trotz äußerer Erfolge intransparent bleibt, wenn sich die Führungselite des Landes die vordergründige Zustimmung des Volkes „erkauft“ oder durch die Drohung abnötigt, dass der Machtverlust der Elite zwangsläufig auch mit materiellen Verlusten des Volkes verbunden ist, entsteht Demokratie nicht gleichsam „automatisch“. Wandel bricht sich Bahn, wenn die Berechenbarkeit der Autokratie in Frage gestellt wird. Stephan Ortmann (2010: 71) bemerkt zutreffend: „The regime’s main strength is the existence of an elite consensus, which is based on the idea of good government.“ Dieser Elite-Konsens verliert seine Glaubwürdigkeit, was sich bei den Parlamentswahlen 2011 zeigte: „The issue of social class and electoral behaviour also extends to widening class divisions and inequalities that have become far more evident in Singapore, and which began to manifest themselves in some measure of voter dissatisfaction in 2011“ (Da Cunha 2012: 16).

Die PAP-Regierung findet darauf keine adäquate Antwort: „class divisions and income inequalities tend to be magnified perceptually and these have definite political implications. The ruling PAP would have to come up with an adequate answer to this issue if it wishes to forestall a further erosion of its support“ (ebd.: 17).

Die Krise des PAP-Regimes ist mit der Entwicklung der Erwerbseinkommen und des ungleichen Lebensstandards der SingapurInnen und der *permanent residents* verknüpft. Ein Hauptthema des Wahlkampfes 2011 beschäftigte sich mit den stärker wer-

denden Verteilungskämpfen gerade am unteren Ende der Einkommensskala. Die Zahl der SingapurInnen, die um die Sicherheit ihrer Einkommen fürchten, nimmt zu. Sie schlägt um in Kritik an der Einwanderungspolitik des Regimes. Ein Zeichen des Wechsels: das Regime schätzt sich nicht mehr als unfehlbar ein (Ortmann 2011: 156). Einerseits schaffte es die PAP notwendige Mehrheiten durch eine ausgeprägte wohlfahrtsstaatliche Politik zu generieren, andererseits erzeugte sie bisher eine gesellschaftliche Stimmung, die ein Erstarken der Opposition verhindern sollte – in der Regel durch eine Politik der unterschweligen Einschüchterung und einer Gefälligkeitspolitik, die Belohnung bei Wohlverhalten in Aussicht stellt (z. B. Gewährung/Unterlassung von Investitionen in bestimmten Stadtvierteln). Dieses System kann heute nicht mehr funktionieren. Das Vertrauen in die angeblich segensreiche Allmacht der PAP-Regierung wird durch eine selbstbewusste Opposition untergraben.

Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie

Nicht zu unterschätzen ist der Einfluss kollektiver psychologischer Faktoren, die eine Gesellschaft in fortgesetzter Unfreiheit so intensiv prägen können, dass eine politische „Wechselstimmung“ nur mühsam aufkommen kann. In Singapur wurde diese Erstarrung in den vergangenen Jahren besonders deutlich, weil die Schattenseiten des „Erfolgsmodells“ hervor treten und der Stadtstaat mit einem wirtschaftlich nachteiligen Bevölkerungsrückgang zu kämpfen hat, dem mit einer umstrittenen Einwanderungspolitik begegnet wird (vgl. Linnarz 2011: 102 f.). Im multikulturellen Singapur sind sogar Ängste vor einer „Überfremdung“ verbreitet (ebd.: 105). Die PAP hat darauf bis heute keine überzeugenden Gegenstrategien präsentiert, während die Opposition auf diese Probleme eingeht. Davon wird die Opposition profitieren, wenn sie den Willen zur Macht zeigt, den die PAP noch wie selbstverständlich für sich beansprucht: „The thrust of the change is from civil disobedience to the electoral approach“ (James Gomez zit. nach Kieran u. a. 2011: 107). Die Erosion der PAP, die den Staat seit Jahrzehnten überwölbt, hat längst eingesetzt. Die Freiräume für den politischen Wettbewerb werden größer, und damit auch die Chancen der Opposition, die Dominanz der PAP in Politik, Staat und gesellschaftlichen Institutionen zu brechen. Umso schwerer wird es für das Regime, flexibel auf Veränderungen zu reagieren – trotz oder wegen seiner Struktur. Die Autokratie, die wirtschaftliche Dynamik erzeugen soll, ist im Begriff, an ihrem eindimensionalen Weltbild und an ihrem statischen Konzept zu scheitern, weil sie sie auf die eige-

nen ideologisch unterfütterten Maßstäbe fixiert ist und weil ein zivilgesellschaftliches Korrektiv fehlte (vgl. Hamilton-Hart 2000: 211).

Dies lässt die Frage aufkommen, warum in einem scheinbar wohlhabenden Land nicht schon bisher mehr BürgerInnen auf den Ausbau politischer Freiheiten bestanden haben. Das Beharrungsvermögen ist mit einer apolitischen Grundeinstellung nicht zu erklären, wohl aber mit weiteren Verlustängsten. Viele BürgerInnen verdienen so wenig, dass sie mögliche weitere Einkommenseinbußen nicht riskieren wollten. So waren sie anfällig für die Behauptungen der regierenden PAP, die Opposition sei völlig unerfahren, einen Staat zu führen und die Wirtschaft voranzubringen. Das wiederum bindet auch die gutverdienende Oberschicht an die PAP, die finanziell viel zu verlieren hat (ganzer Abschnitt: Verweij/Pelizzo 2009: 22). Eine wachsende Gefahr für die PAP bilden allerdings die Mittelschichten. Schon Mitte der 1980er Jahre hatte die Entstehung einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Initiativen die Hoffnung auf eine zunehmende Demokratisierung genährt (Jordan 2007: 188). Spätestens seit der Asienkrise ist auch Singapur von sozialen Problemen und Arbeitslosigkeit betroffen. Nicht überraschend ist, dass dies auch die damalige „asiatische Wertedebatte“ entkräftet hat (Dosch 2000: o. S.). Besonders von malaysischer und singapurischer Seite ist argumentiert worden, dass „zentrale asiatische Werte“ wie der Vorrang von Gemeinschaftsinteressen vor den Partikularbedürfnissen des Individuums, eine positive Einstellung gegenüber Macht, Autorität und Hierarchien und das Streben nach Konsens und sozialer Harmonie mit der Realität „westlicher“ Demokratie inkompatibel seien (ebd.). Die Asienkrise stellte unter Beweis, dass dieses Wertemodell keineswegs mehr Wachstum generiert und hinter der Fassade scheinbarer Gemeinschaftsinteressen die Partikularbedürfnisse der Elite bedient. Um heute den sozialen Frieden zu sichern, könnte die PAP einen Rückgriff auf die nationalen Währungsreserven erwägen, die zu den größten der Welt zählen (Chang 2012a: A3), was angesichts der Allmacht einer einzigen Partei, die mangelnde Transparenz walten lässt, bereits zu politischen Auseinandersetzungen führt. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit zeigt sich in der exportorientierten Wirtschaftspolitik: Mike Terrett, der Vorstand von Rolls-Royce, eröffnete 2012 mit Unterstützung der staatlichen Wirtschaftsförderungsbehörde die erste asiatische Fabrik des Triebwerksherstellers in Singapur (Hein 2012: 18) und stellte sich hinter das Regime: „das Gesamtpaket stimmt – vom Zugang zu gut ausgebildeten Fachkräften über die Immobilien bis zur Sicherheit und politischer Perspektive“ (Terrett zit. nach Hein 2012: 18). Unbeachtet bleiben dabei die tatsächlich relevanten Auswirkungen auf die BürgerInnen von Singa-

pur und die riskante Abhängigkeit von konjunkturabhängigen Branchen. Die InvestoInnen können das Land ebenso schnell wieder verlassen wie sie gekommen sind. Das zeigt sich deutlich am Immobilienmarkt, traditionell ein Spiegel für die Konjunktur: rund 16.000 hochpreisige Wohnungen und Häuser stehen leer, weil sie sich als unverkäuflich erweisen, während die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum steigt (Anonymus 2012c: 4). Von den günstigen Preisen für Top-Wohnungen, die sich Rolls-Royce-Ingenieure leisten können, haben weniger gut situierte singapurische BürgerInnen nichts. Gelingt es der PAP-Regierung aber, sich aus der konjunkturellen Abhängigkeit zu lösen, die eine ausschließlich außenwirtschaftliche Orientierung zur Folge hat, könnte dies zur Stabilisierung des Regimes beitragen.

Stabilisierend wirkt sich auch die mangelnde tatsächliche Wahlfreiheit aus. Die Oppositionsparteien treten so gut wie nicht gegeneinander an. In ihrer Gesamtheit erscheinen sie deshalb nur als eine „Anti-PAP-Front“, ohne über die Aktivitäten in ihren Wahlkreisen hinaus je Profil gewinnen zu können. Vor diesem Hintergrund muss die PAP als einzige verlässliche und konsistente politische Kraft erscheinen. Ein Hindernis auf dem Weg zu nachhaltigen pluralistischen Verhältnissen könnte auch in geschickten parlamentarischen Gegenstrategien der PAP-Regierung zu finden sein. So könnte sie beispielsweise das passive Wahlrecht an eine längere Aufenthaltsdauer in Singapur vor den Wahlen zu binden. Dies würde vor allem jene Oppositionsparteien in ihren personellen Entfaltungsmöglichkeiten hemmen, die auf populäre VorkämpferInnen setzen, die nach längeren Auslandsaufenthalten nach Singapur zurückkehren.

Die Opposition als Träger des Wandels

Eines der sichtbarsten Ergebnisse des politischen Wandels ist die verbreiterte WählerInnenbasis. Bei den Wahlgängen vor 2011 war es einer großen Zahl von WählerInnen nicht möglich, überhaupt zu wählen. Dieser Prozentsatz ist 2011 dank eines kraftvollen Potentials der Opposition auf einen historischen Tiefststand von nur 5,9 % gefallen. Die hohe Zahl jener Singapurer, die in den Jahren zuvor keine Chance hatten, von ihren demokratischen Grundrechten Gebrauch zu machen, war in den strukturellen Defiziten des Systems begründet. Es fehlten GegenkandidatInnenen der Opposition, deren Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt worden waren. Diese Wahlkreise gingen jenseits aller demokratischen Maßstäbe „uncontested“ an die PAP. In diesen Wahlkreisen wurde also überhaupt nicht gewählt. Der Begriff „uncontested“ suggeriert Stärke, die nicht herausgefordert wird. Bisher hat es wenig Oppositionsforschung gegeben. In vielen

Analysen wird Opposition als unerwünschter Störfaktor diskreditiert. Ein anderer Zugang ist gerade jetzt wichtig, da zu erkennen ist, dass die Opposition nicht mehr nur von Außenseitern unterstützt wird und in der Lage ist, 40 Prozent der Stimmen und mehr zu gewinnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich schon bei den Parlamentswahlen 2016 zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Singapurs ein voller politischer Wettbewerb entfaltet, ist angesichts des lebendigen politischen Klimas groß (Singapore Elections o. J.). Die größten Chancen, Einfluss durch kontinuierliche Basisarbeit zu erweitern und neue Parlamentssitze hinzuzugewinnen, hat die vorherrschende Oppositionspartei WP. Die Kluft zu den übrigen Oppositionsparteien wird größer. Die zweite Oppositionspartei mit parlamentarischer Präsenz, die SPP, leidet noch an den Folgen innerparteilicher Erschütterungen. Die SDP hat das Potential, ihre Gefolgschaft deutlich zu vermehren. 2011 war sie die Oppositionspartei mit den vergleichsweise größten Stimmenzugewinnen. Nicht zu unterschätzen ist auch der künftige Einfluss der NSP und der RP. Letztere schickte 2011 die meisten KandidatInnen ins Feld. Ist sie dazu auch 2016 in der Lage, könnte sie ebenfalls Parlamentsmandate gewinnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Wahlkreise „uncontested“ an die PAP fallen werden, ist gering. (ganzer Abschnitt: ebd.)

Die PAP wurde bereits ihres wichtigsten Arguments beraubt, nämlich das Monopol über Singapurs klügste Köpfe zu halten. „In fact that some of the best and brightest in the country do not view the PAP as its first choice is an extraordinary situation that the party had never previously encountered“ (Da Cunha 2012: 175). Früher hatte die Opposition mit dem abschätzigen Vorwurf der PAP zu leben, sie könne nur KandidatInnen mit „mangelnder Qualität“ aufbieten kann, was akademische Qualifikationen und die berufliche Stellung betrifft (vgl. Ortmann 2006: 17). Der prominente Oppositionspolitiker James Gomez mit seinem PhD und andere haben dies widerlegt und sind in der Lage, die PAP mit fundierten Stellungnahmen zu übertrumpfen. Das wiederum entzieht der PAP Angriffsflächen. Der Einfluss vor allem von James Gomez auf nachfolgende Wissenschaftler- und Politikergenerationen ist nicht zu unterschätzen (Kieran u. a. 2011: 106).

Die Wahl am 7. Mai 2011 war ein Meilenstein auf dem Weg zur echten Demokratisierung, auch wenn sie noch längst nicht erreicht wurde (Ortmann 2011: 153). Ob die Opposition die Stärke besitzen wird, die PAP schon bei den nächsten Wahlen zu entmachten, bleibt unter den Bedingungen eines *Competitive Authoritarianism* (Levitsky/Way zit. nach Ortmann 2011: 153) abzuwarten. Aber der Wunsch nach einer stärkeren Opposition in der Öffentlichkeit ist spürbar. Hochkarätige OppositionskandidatInnen sorgen

für Glaubwürdigkeit (ebd.: 154). Wie groß die Angst der regierenden PAP vor einem freien politischen Wettbewerb ist, zeigten schon Überlegungen, die PAP intern zu spalten, um zwei Parteien künstlich zu erzeugen und damit einen Pseudo-Pluralismus zu etablieren (ebd.: 155). Die Regierung kam nicht umhin, die Zügel zu lockern und das Internet im Wahlkampf für politische Aktivitäten freizugeben. Gleichzeitig wandeln sich aber auch die klassischen Medien unter dem Druck des Internets (ebd.: 159). 2011 spielte zum ersten Mal das Internet eine wirklich wichtige politische Rolle. Davon profitierte die Opposition. Noch 2006 gab es für die Opposition Probleme mit von der PAP hochgepuschten Affären, mit denen die Opposition diskreditiert werden sollte. Im Jahr 2011 war das nicht mehr möglich: der PAP-Versuch, der SDP etwa eine *Gay Agenda* zu unterstellen und damit von tatsächlichen Problemen abzulenken, schlug fehl (ebd.: 161). Die Wahlen 2011 haben die Frage aufgeworfen, ob das WählerInnenpotential der Opposition nicht noch größer ist als es die Wahlergebnisse bezeugen. Treten mehrere Oppositionsparteien in Konkurrenz zueinander in den Wahlkreisen an, so ist zu erwarten, dass sich auch die WählerInnenschaft nochmals vergrößern kann, weil zusätzliche Interessengruppen bedient werden. Die RP hat sich dem Zwang zur inneroppositionellen Aufteilung der Wahlkreise schon zu widersetzen versucht. Auch die personellen Wechsel zwischen den Oppositionsparteien spiegeln eine neue Dynamik der Auseinandersetzung und des Konkurrenzgedankens wider, der der weiteren Entwicklung und Profilierung der einzelnen Parteien nicht schadet, sondern nutzen kann. Sie sind der Ausgangspunkt für eine neue, kontroverse politische Debattenkultur in Singapur. Diese wird nicht durch einen Zusammenschluss der Oppositionsparteien befördert. Die regierende PAP käme damit in die bequeme Lage, sich mit einer oppositionellen „PAP II“ (Anonymus 2012c: 38) auf einen einzigen, berechenbaren und klar strukturierten Gegner einrichten zu können. Von Vorteil ist dagegen eine klare Profilierung der einzelnen Parteien und eine breitere Präsenz, die unterschiedliche Interessen in einer inhomogenen Gesellschaft repräsentieren kann. Die Auseinandersetzungen zwischen den Oppositionsparteien sind ein Zeichen, dass sich die Opposition kraftvoll und demokratisch entwickelt und sich trotzdem nicht gegenseitig verzehren muss. Grundsätzlich könnte dadurch auch die Dominanz der WP in der Opposition von anderen Parteien abgemildert werden. Die WP scheint sich in ihrem innerparteilichen Verhalten überhaupt der PAP anzunähern. Kontroverse innerparteiliche Debatten in den eigenen Internetforen wurden nur ungern zugelassen, aus Furcht, die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Auftritts zu gefährden.

Dies widerspricht jedoch den Bedürfnissen der WählerInnen, sich in den neuen Medien unbehindert und spontan zu äußern (Kieran u. a. 2011: 111).

Das große Potential der Opposition erschließt sich in ihrer Diversifikation. Die NSP will versuchen, die PAP und ihr Konzept der *race harmony* anzugreifen (ebd.: 113). Zu einer demokratischen Entwicklung sollte aber ebenso gehören, dass sich Parteien gar nicht erst auf ethnische Differenzen und eine „Markierung“ von Ethnien einlassen sollten (ebd.: 109). In ähnlicher Weise argumentieren der SDP-Politiker James Gomez und jüngere SDP-AktivistInnen wie Jarrod Luo und Rachel Zeng. Sie traten während ihres Online-Wahlkampfes für die Entfernung ethnischer Kennzeichnungen in den Personalausweisen ein. Der ethnische Ansatz, den die NSP verfolgt und den schon die PAP exekutiert, hat mit einer modernen, aufgeklärten Politik nichts zu tun (ebd.). Die SDP wechselte dagegen von einem Politikstil des „zivilen Ungehorsams“ zu einem smarten Liberalismus. Singapur wird nur als ein Punkt auf dem Globus angesehen, der im Einklang mit internationalen Ansichten leben muss, was Demokratie, Menschenrechte und die regionale Entwicklung betrifft. Dies ist eine klare Absage an das „Sondermodell“ Singapur im Bewusstsein, dass der „Gründerväter“-Patriotismus eine Quelle der Identität und Ideologie der regierenden PAP ist (ebd.: 107). Das „Rebranding“ der SDP ist typisch für den Wandel, den ihr Vorstandsmitglied John Tan in ein Konzept fasst. „I was when I studied about non-violent action that I thought that’s the answer to our problem. The answer lies in non-violent action, civil pressure, I’m avoiding the words “civil disobedience” as it resonates very negatively in our society” (ebd.: 108). Die SDP hat gute Chancen, ein aufgeklärtes BürgerInnentum anzusprechen, dass mit der autoritär-nationalistischen Politik der PAP nichts mehr anfangen kann (ebd.: 107). Die Fähigkeit und der Wille zur parlamentarischen Opposition bleiben die Schlüsselfaktoren auf dem Weg zur liberalen Demokratie. Je breiter gefächert die Opposition auftritt, desto stärker dürfte sie werden, weil sie ihre Potentiale nur dann ausschöpfen kann. Die Aussichten auf ein politisches Umfeld mit starker Konkurrenz beschreibt die WP treffend mit ihrem Hauptwahllogan *Towards a First World Parliament* (Da Cunha 2012: 175). Je vielfältiger die Opposition erscheint, desto vielfältiger sind auch die Wege, Gesellschaft und persönliches Umfeld neu zu bewerten, und zwar anders, als dies die PAP bisher noch ideologisch vorgibt (Kieran u. a. 2011: 115). Dies ist der eigentliche Durchbruch auf dem Weg von der Autokratie zur pluralistisch verfassten Zivilgesellschaft und einer liberalen Demokratie.

Regionalpolitische Entwicklungen

Zahlreiche Faktoren können den bisherigen hartnäckigen Widerstand zur Demokratisierung erklären. Eine Erklärung bezog sich in der Vergangenheit gerne auf den „authoritarian success“ (Diamond 2003: 20). Dies galt für Singapur ebenso wie für Malaysia und in gewisser Beziehung auch für China mit seinem rasanten wirtschaftlichen Wachstum (ebd.). Larry Diamond behauptete aber schon 2003 zu Recht, dass eine wirtschaftliche Entwicklung, die tief in die soziale Struktur und Kultur einer Gesellschaft eindringt, in den meisten Fällen auch einen starken Druck für Demokratisierung erzeugt (ebd.: 15). Autoritäre Führer, die diesen Prozess des sozialen und wirtschaftlichen Wandels so geschickt verwalten konnten wie Lee Kwan Yew und seine Nachfolger, sind dünn gesät (ebd.). Das lässt sich nicht nur mit Blick auf Singapur analysieren. Ostasien – Diamond unterscheidet nicht zwischen Ostasien und Südostasien – erscheint insgesamt besser positioniert als der Mittlere Osten, die Zahl der liberalen Demokratien in der Region zu erhöhen (Diamond 2012: 5).

Nicht nur in Singapur, auch in Malaysia, Thailand, Burma – hier erstmals seit 20 Jahren – sind Zeichen einer neuen Periode der demokratischen Entwicklung sichtbar (ebd.: 6). Auch in China ist angesichts der sich abzeichnenden Krise des autoritären Systems in der kommenden Dekade – vielleicht aber schon viel früher – mit neuen Möglichkeiten für demokratischen Wandel zu rechnen (ebd.). Vorbild für Singapur können drei Demokratien in der Region sein, die zu den stabilsten in der industrialisierten Welt gehören: Japan, Südkorea und Taiwan (ebd.). Zwar gibt es auch in diesen drei Demokratien enttäuschte BürgerInnen, trotzdem werden in diesen Ländern autoritäre Regierungen klar abgelehnt und liberale Werte wie freie Meinungsäußerung und die politische Unabhängigkeit der Justiz betont (ebd.). Dass der Wunsch nach einem mehr wettbewerbsorientierten politischen System größer wird, zeigen Umfragen nach der Parlamentswahl 2011 (ebd.). In der Altersgruppe der 21- bis 29-jährigen SingapurInnen stieg gegenüber 2006 der Anteil jener, die ein funktionierendes Mehrparteiensystem ohne eine Dominanz der PAP von 30 auf 44 % (ebd.). Diese Entwicklung wirkt sich auf den Zuspruch und die Unterstützung aus, die die Opposition in Zukunft erhalten wird. Ihre Kraft wird stärker, je offener sich vor allem jüngere Leute in den sozialen Netzwerken äußern und je stärker die Regierung gezwungen ist, Zensur und andere Kontrollen zu lockern (ebd.: 7 f.). Vom Standpunkt der Modernisierungstheorie ist nicht nur Singapur reif für den demokratischen Wandel, sondern auch Malaysia, was weniger bekannt, aber bedeutend ist für mögliche Wechselwirkungen (ebd.: 8).

Die Aussichten für eine weitere Demokratisierung in Singapur müssen folglich in einem größeren regionalen Rahmen betrachtet werden. Dazu zählen auch die Entwicklungen in China und die sich abzeichnende Krise des autoritären Regimes dort (ebd.: 6). Fukuyama bezeichnet die mangelnde Anpassungsfähigkeit als einen der großen Schönheitsfehler des chinesischen Kommunismus: „The Party’s greatest problem with regard to institutionalization is adaptability” (Fukuyama 2012: 20).

Für ein Regime, dessen Spezialität der schnelle ökonomische Wandel ist, erweist sich politische Starrheit als fataler Fehler (Diamond 2012: 11). Dies gilt auch für Singapur. Alle Staaten in Ostasien, ob demokratisch oder autoritär, stehen in den nächsten 20 Jahren vor enormen Problemen, die ihr politisches System auf die Probe stellen werden (Fukuyama 2012: 24). Das exportorientierte Wachstumsmodell stößt auch in Singapur an seine Grenzen (ebd.). Bei den wirtschaftlichen Anpassungserfordernissen zeigen sich die aber Vorteile einer liberalen Demokratie. Gerade weil demokratische Systeme viel mehr der Beratung und der Zustimmung vieler sozialer AkteurInnen bedürfen, genießen einmal getroffene Entscheidungen viel größere Unterstützung als in autoritären Regimen (ebd.: 25): „democracies trade decisiveness for resoluteness. While an authoritarian system [...] may force unpopular decisions on an unwilling populace, it risks generating a social explosion in response when the sacrifices are as draconian as the ones envisioned here (Fukuyama 2012: 25).

Nicht nur in Singapur haben sich die Perspektiven für die Entwicklung einer liberalen Demokratie verbessert: “If there is going to be a big new lift to global democratic prospects in this decade, the region from which it will emanate is most likely to be East Asia” (Diamond 2012: 5). Larry Diamond analysiert die hohe Wahrscheinlichkeit für eine Welle des Übergangs zur Demokratie in den nächsten fünf bis zehn Jahren in einer Region, die in bisherigen Analysen zur weiteren Ausbreitung der Demokratie seiner Meinung nach auf seltsame Weise vernachlässigt worden sei (ebd.). Im Vergleich zum Mittleren Osten habe Ostasien die besseren Aussichten, die Zahl der liberalen Demokratien zu erhöhen, weil die Zahl der Demokratien in Ostasien bereits die kritische Masse erreicht habe, anders als in der arabischen Welt (ebd.).

Presse- und Meinungsfreiheit

Im weltweiten Ländervergleich ist Singapur seit 2003 nicht aus dem letzten Viertel herausgekommen und rangiert 2010 auf Rang 136 von 178 untersuchten Staaten (Reporter

ohne Grenzen 2010: o. S.). *Freedom House* klassifiziert die Presse in Singapur im Jahr 2011 als „not free“ (Freedom House 2012: o. S.).

Mittlerweile zeichnet sich eine leichte Verbesserung ab. Bereits im Vorfeld der Wahlen 2011 hatten die Oppositionsparteien erstmals mehr Aufmerksamkeit durch die Mainstream-Medien erhalten. Auch über die Fehler der PAP wurde intensiv berichtet. Insgesamt war die Wahlberichterstattung umfangreicher und besser platziert. Von der freieren Berichterstattung profitierte die Opposition (Da Cunha 2012: 169 f.). Da Cunha zitiert einen altgedienten singapurischen Journalisten mit den Worten: „the winds of change blowing through Singapore’s mainstream media“ (ebd.:171). Diese Entwicklung lässt erkennen, dass die zunehmend kritische Öffentlichkeit eine offenere Diskussion einfordert, zumal die freieren Internetmedien einen gewaltigen Druck auf die Mainstream-Medien ausüben. Die Regierung ist genötigt, diese Entwicklung stillschweigend hinzunehmen, da sie sich mit abnehmender LeserInnenschaft und fallenden ZuschauerInnenzahlen hauptsächlich selbst schaden würde (ebd.: 171 f.). Der PAP-Regierung entgleiten die Zügel der öffentlichen Meinungsbildung. Der unabhängige Blog „Singapore Election Watch“ (2011) ist dafür symptomatisch:

Singaporeans are fed-up with the rising prices. [...] Hawkers cannot afford the high rents [...]. The retired old folks who gather here daily...are not smiling anymore. Their favourite minister, George Yeo, is now a taboo subject. [...] These old folks had been behind PAP winning in past elections. Why the change? PAP has let them down...BADLY. (Singapore Election Watch 2011)

Das Vertrauen in die Fähigkeit eines autoritären Regimes, das Volk zu versorgen, das sich als Gegenleistung zum Verzicht auf bürgerliche Freiheiten bereit erklärt, ist in Enttäuschung und Wut umgeschlagen:

They asked Minister Yeo for help...he promised to do something. After months of waiting...nothing was done...instead the prices gone even higher. [...] The old folks are worried about how to live... [...] No body talk about the election goodies and upgrading anymore...instead they curse PAP for letting them down...To them PAP is no longer a good government. (ebd.)

Diese Seite erschien wenige Wochen vor der Parlamentswahl 2011. Dies war ein Novum. Die PAP-Regierung kam nicht umhin, das Internet für eine offenere Debatte frei zu geben. Prognostiziert wurde im Internet, was bei den Wahlen tatsächlich auch eingetreten ist: „PAP will surely lose thousands more votes. [...] The wind of change is becoming stronger...and stronger...in Aljunied GRC“ (ebd.).

Das Internet wird in Singapur zur Wiege einer neuen Zivilgesellschaft. Der SDP-Politiker James Gomez argumentiert, dass das Haupthindernis auf dem Weg zu einer reifen Zivilgesellschaft, die ihre Interessen kontrovers diskutiert und aushandelt, nicht

nur in einer restriktiven Gesetzgebung zu suchen ist, sondern in der Selbstzensur der BürgerInnen, um dem Druck auszuweichen. Singapur sei ein gutes Beispiel für Michel Foucaults Theorie, wonach das Ziel des modernen Staates die Selbst-Disziplinierung des Menschen sei (Kieran u.a. 2011: 108). Selbstzensur wird bei den Mainstream-Medien praktiziert, aber auch die BürgerInnen meiden Debatten und übererfüllen gesetzliche Bestimmungen aus Angst vor persönlichen Nachteilen. Sie verhalten sich pseudo-freiwillig (Gomez zit. nach Kieran u. a. 2011: 103). Dieses Verhalten ist auf subtile Manipulationsmethoden der PAP zurück zu führen, die sich in sogenannten *Out-of-bounds-Marker* innerhalb der singapurischen Gesellschaft manifestieren. Diese internalisierten Verhaltensnormen bilden ein psychologisches Instrument der Repression und eine aggressive Stimme des Über-Ichs, die bestimmte Verhaltensweisen verbietet (ebd.: 103 f.). Der Begriff *Out-of-bounds-Marker* wurde erstmals durch den damaligen Premierminister Goh Chok Tong Ende 1994 in einer Antwort auf einen Kommentar der Schriftstellerin Catherine Lim in der *Straits Times* verwendet (ebd.: 104). Der singapurische Oppositionspolitiker und Psychologie-Dozent John Tan hat die Folgen dieser Strategie der verinnerlichten Verhaltensregeln analysiert (ebd.). Der SDP-Politiker Jarrod Luo kritisiert diese Strategie als illegitimes *Social Engineering*. Die Menschen wagten nicht, Fragen zu stellen. Sie könnten auch nicht Autoritäten in Frage stellen. Die PAP wolle nicht, dass die BürgerInnen erwachsen werden. Lebensentscheidungen würden über den Köpfen der Menschen hinweg getroffen. Diese Strategie habe auch zu einem Minderwertigkeitskomplex der Opposition geführt, der von der PAP noch gestärkt wurde (ebd.). Dies wirkt sich bis heute aus und hemmt die demokratische Entwicklung in den Oppositionsparteien. Die WP-Führung wollte nicht, dass ihre Mitglieder namentlich im Internet bei den Online-Debatten auftreten. Die neuen Medien sind aber spontan, interaktiv und unmittelbar. Wenn die WP-Führung aber auf Kontrolle setzt statt auf Debatte, dann wird es auch keine Entwicklung geben (ebd.: 110). Hier zeigt sich ein Kampf der Generationen vor allem in der Bewertung der neuen Medien. Sie werden als unkontrollierbares Risiko betrachtet, aber auch als Selbstverständlichkeit in der politischen Auseinandersetzung, die nicht durch Kontrolle und feste Vorgaben einer korrekten Meinung zu steuern ist. Für die WP-Spitze war es wichtig, dass die Online-AktivistInnen im Netz nichts „falsch“ machen, wenn man schon auf dem Weg war, erfolgreich zu werden. Die WP-Führung ließ extreme Vorsicht walten, um gegen verleumderische PAP-Kampagnen gewappnet zu sein (ebd.: 111). Inzwischen ist das Selbstbewusstsein aber signifikant gestiegen. Die Opposition nutzt das Internet, um

mehr UnterstützerInnen und Gelder zu generieren (Da Cunha 2012: 167). Über populäre Websites wie *The Online Citizen*, *Temasek Review* (offline seit 05.09.2011, es existieren zwei Facebook-Seiten) und *The Satay Club* (letzte Neuigkeit vom 05.09.2011) werden Anti-PAP-Positionen verbreitet. Trotzdem haben die traditionellen Medien – hier an erster Stelle die Tageszeitung *The Straits Times* mit rund 1,3 Mio. LeserInnen täglich – immer noch eine größere Reichweite (ebd.: 163). Da Cunha (2012: 164) hält die neuen und sozialen Medien nicht ausschlaggebend für den Wahlausgang im Mai 2011. Vielfach suchten die NutzerInnen lediglich eine Bestätigung ihrer politischen Ansichten, die Websites würden zur „*echo-chamber*“ (ebd.). Er vergleicht die Kampagne im Cyberspace mit einer Luftkampagne in der modernen Kriegsführung: damit können zwar wichtige Zentralen des Gegners ausgeschaltet werden, entschieden wird der Krieg aber letztendlich am Boden: „Many netizens were of the view that it was a simple matter of any opposition party merely having put up candidates for GE2011 and the vote would miraculously fall onto their lap like manna from heaven“ (ebd.).

Dennoch zeigt sich schon seit mehreren Jahren, wie die PAP durch ungeschickte Internet-Aktionen ihre Glaubwürdigkeit in Frage stellt. Die Illusion von mehr pluralistischer Transparenz verkehrt sich in ihr Gegenteil und fällt negativ auf das Ansehen der PAP zurück. Die „Great Casino Debate“ von März 2004 bis April 2005 demonstriert beispielhaft eine unglaubliche Regierungskommunikation, die bis heute nachwirkt (Lee 2011: 11 f.). Premierminister Lee hatte alle SingapurInnen aufgefordert, über die offizielle *Feedback Unit* ihre Meinungen zu Glücksspiel-Kasinos zu äußern. Sie waren bisher aus moralischen Gründen verboten und sollten erlaubt werden, um die Wirtschaft zu beleben. Ohne dass die Debatte beendet war, stellte Lee die Bevölkerung im April 2005 vor vollendete Tatsachen und kündigte den Bau von Glücksspieleinrichtungen an. Dieses Vorgehen sollte politische Entschlossenheit demonstrieren, die singapurische Wirtschaft beruhigen und zugleich Singapurs globales Image stärken. Es ist aber anzunehmen, dass die Entscheidung schon vor Beginn der öffentlichen Debatte gefällt wurde. Nichtsdestotrotz wurde sie als „demokratisch“ präsentiert (ebd.). Der deutliche Widerspruch zwischen Lees Aufruf an die Bevölkerung zur Mitsprache und dem tatsächlichen Einfluss des *public feedback* auf den endgültigen Entscheidungsprozess war offensichtlich (ebd.: 13). Die Öffentlichkeit reagierte zynisch, in ähnlich gelagerten Fällen machte sich eine Feedback-Müdigkeit breit (ebd.: 14).

Das Internet ist eine große Herausforderung für die PAP-Regierung. Einerseits fühlte sie sich zu neuen Methoden der Kontrolle und der Regulierung gezwungen. Anderer-

seits sollte dadurch nicht das wirtschaftliche Potential des Internets für Singapur behindert werden. Die Regierung in Singapur förderte die Entwicklung der Informationstechnologien und den Einsatz von Computern seit den 1980er Jahren. Damals sah Singapur große Potentiale in der Hochtechnologie-Fertigung. Ziel war der wirtschaftliche Ausbau Singapurs zu einer „intelligenten Insel“ mit einem Kommunikationsnetz auf höchstem Niveau. Die breite Öffentlichkeit erhielt ab Juli 1994 Zugang zum Internet, nachdem die staatseigene *Singapore Telecom* den landesweit ersten kommerziellen Internetdienst unter dem Namen *SingNet* gestartet hatte. Nach Weltbank-Angaben betrug die Zahl der Internet-User im Jahr 2009 bereits fast 3,66 Millionen. 73,3 Prozent der Einwohner waren 2009 an das Internet angeschlossen oder nutzten es. Nach offiziellen Statistiken in Singapur hatten im Jahr 2010 rund 84 % aller Haushalte Zugang zu wenigstens einem Computer zu Hause, 82 % der Haushalte hatten Zugang zu Internet und Breitband. 69 % der BürgerInnen gaben an, dass sie das Internet innerhalb der letzten 12 Monate mindestens einmal nutzen. Die Zahl der Facebook-NutzerInnen in Singapur wird auf rund 2,6 Millionen geschätzt, was bedeuten würde, dass mehr als die Hälfte der EinwohnerInnen Facebook nutzt. Die Zahl der Twitter-TeilnehmerInnen wird auf 900.000 geschätzt. Allein diese Zahlen konterkarieren die Bemühungen der PAP zur Meinungskontrolle. Zwei Jahre nach der Internet-Einführung in Singapur führte die Regierung im Juli 1996 Internet-Regeln ein. Der Internet-Verkehr musste fortan über Proxy-Server laufen. Dies ermöglicht der Regierung Filterung und Zensur. George Yeo, Singapurs ehemaliger Minister für Information, Kommunikation und Kunst, der 2011 von der Opposition besiegt wurde, bezeichnete das Internet als neu geöffnete Grenze: „It is a little like Wild West“. Er versicherte den SingapurernInnen, dass die Regierung nur das regeln würde, was geregelt werden könne, ohne damit präzise zu sagen, was tatsächlich überwacht wird. Singapurs *Media Development Authority* MDA beschreibt den Rechtsrahmen für das Internet ebenfalls denkbar unpräzise: „As a balanced and light-touch approach to ensure that minimum standards are set forth for the responsible use of the internet while offering maximum flexibility for industry players to operate“. Die MDA behauptet, dass es ihr auf die Bekämpfung von Pornografie, Gewalt, Rassismus und religiös motivierter Gewalt ankomme. Seit 1997 hält die Regierung als symbolische Maßnahme das Verbot von 100 Internetseiten aufrecht, die sie als anstößig betrachtet. Interessanterweise kann es sich die PAP aber schon nicht mehr leisten, die Verbote auf Seiten auszudehnen, die sich kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzen. Die

Kontrolle des Regimes erfolgt indirekt über ein Klima der Angst. (ganzer Abschnitt Portmann 2011: 16 ff.)

In welchem Maße sich viele BürgerInnen das Recht auf Meinungsbildung einfach nehmen, wurde am *cooling-off day* vor den Wahlen 2011 deutlich. Internet-UserInnen ignorierten das Verbot von parteipolitischen Äußerungen (ebd.: 29). Die Zeichen des Wandels sind im Internet unübersehbar. Bei der Wahl 2011 gab es noch keine Internet-Revolution, doch diese zeichnet sich für die nächsten Wahlen ab (ebd.: 31). Obwohl die Regierung das Internet zügelt und die UserInnen einschüchtert, wurden jenseits der regierungskontrollierten Mainstream-Medien eigene oppositionelle Informationskanäle geschaffen. Das zwingt wiederum die Mainstream-Medien, weniger regierungstreu zu berichten, um glaubwürdig zu bleiben (ebd.: 35). Das Internet verstärkt den politischen Wandel in Singapur (ebd.: 37). Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird klar eingefordert und die Einschüchterungsversuche der PAP-Regierung wirken nicht mehr. Hier ist Singapur klar auf einem Kurs, der mehr Demokratie verspricht.

Zivilgesellschaft

Grundlage des Wandels ist nicht nur die Meinungsfreudigkeit der BürgerInnen, sondern auch die Entwicklung einer freien Zivilgesellschaft, die zur unabhängigen Meinungsbildung beitragen kann. Viele ernsthafte politische KommentatorInnen in Singapur sind überzeugt, dass keine Zivilgesellschaft in Singapur existiert. Unter Zivilgesellschaft sind unabhängige, nicht-regierungsgebundene Organisationen und Gruppen mit eigenen politischen oder gesellschaftlichen Programmen und Artikulationsmöglichkeiten zu verstehen. Tatsächlich kann man die traditionelle Definition der Zivilgesellschaft mit Gruppen, die keine direkte Verbindung zur Regierung haben, auf Singapur nicht anwenden, denn die Regierung argumentiert, dass sich ausschließlich zivile Gruppen und Initiativen, die von der Regierung unterstützt werden, als Teil der Zivilgesellschaft qualifizieren (Mutalib 2000: 335). Laut Mutalib (ebd.) blockieren die Regulierungen des politischen Lebens und das damit einhergehende Angst-Syndrom unabhängige Entwicklungen in der Gesellschaft. Von daher ist Zivilgesellschaft in Singapur bestenfalls in ihrem Anfangsstadium vorhanden (ebd.). Die regierende PAP hat autonome Gruppen, die keine Bedrohung für die PAP darstellen, aber niemals per se verhindert (Rodan 2003: 506). Tatsächlich ermutigte die regierende PAP ausgewählte soziale Organisationen, allerdings nur, um das PAP-Regime in die Aktivitäten einzubetten. Schon in den frühen 1970er Jahren hat die PAP eine Vielzahl staatlicher und halbstaatlicher Instituti-

onen entwickelt, um Unterstützung für die Regierung zu mobilisieren. In der Zwischenzeit sind neue Formen der politischen Zusammenarbeit als Ergänzung geschaffen worden, die eine noch größere Bandbreite sozialer Interessen abdecken, sofern sie politisch nicht in den bestehenden Strukturen untergebracht werden konnten – von Frauengruppen bis hin zu verschiedenen beruflichen Gremien (Rodan 2003: 506). Gruppen, die versuchen, außerhalb dieser staatlich gesponserten Strukturen zu arbeiten, stehen vor einer Fülle von Hürden. Die überaus repressiven Gesetze im Rahmen des *Internal Security Act* lassen KritikerInnen und OpponentInnen in den Reihen der singapurischen Zivilgesellschaft schnell bedeutungslos werden (ebd.). Bereits in der Zeit der Asienkrise fürchtete die PAP-Regierung, dass zivilgesellschaftliche Ansätze in Indonesien und Malaysia auf Singapur überschwappen könnten. Der damalige Premierminister Lee Hsien Loong nahm diese Entwicklungen im Jahr 2000 zum Anlass, an die Einigkeit der SingapurerInnen zu appellieren: „It will be very tragic if Singaporeans are divided into many special interest groups and each one asserts its demands, and you’re unable to form a national consensus” (zit. nach Rodan 2003: 513). Im Jahr 2011 musste sich die PAP-Regierung differenzierter mit dem Phänomen Zivilgesellschaft auseinandersetzen: das Potential zivilgesellschaftlicher Organisationen soll daraufhin abgeklopft werden, inwieweit es den Zielen der Regierung dienen kann. NGOs sollen professionalisiert werden, worunter vor allem zu verstehen ist, sie regierungsnahen Strukturen anzugleichen. Eine Gefahr für die weitere Demokratisierung könnte sein, dass die PAP-Regierung es nach wie vor versteht, zivilgesellschaftliche Entwicklungen in das bestehende politische System zu integrieren und sie für ihre Zwecke zu missbrauchen (vgl. (Koh/Soon 2000: 126). Die Entwicklung einer unabhängigen BürgerInnen- und Zivilgesellschaft, die die Herausforderungen der Zukunft durch eigene, unabhängige Debatten begleitet und auch als politisches Korrektiv wirkt, wurde aber schon in ihrer Substanz untergraben. Die meisten SingapurerInnen wurden mit überkommenden schulischen Erziehungsmaximen und Lehrinhalten traktiert. „Teachers were consumers of the meanings given in the subject matter, a medium for socialisation grounded in past experiences of the society. Knowledge was assumed to be constant, timeless and predetermined“ (Sim/Print 2009: 713). Jene zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit Fragen der Meinungs- und Medienfreiheit in Singapur beschäftigen (z.B. *Amnesty International*, *Freedom House*), tun dies vor allem mit Rückendeckung aus dem Ausland. Die Rückwirkungen ihrer Berichte sind aber von einigem Gewicht im Land selbst. Amnesty-International-MitarbeiterInnen dürfen sich trotz ihrer langjährigen lokalen

Arbeit in Singapur nicht offiziell mit eigenen Aktionen betätigen (Gomez 2005: 187). Amnesty International veröffentlicht einen jährlichen Welt-Report zur Lage der Menschen- und Bürgerrechte, der auch ein Kapitel zu Singapur enthält. Regelmäßig werden Fälle aufgeführt, in denen die freie Meinungsäußerung durch Verleumdungsklagen oder Drohungen behindert wird. Den Einfluss von *Amnesty International* kann man aber aus der Tatsache ablesen, dass sich die Organisation häufig der Kritik der Regierung ausgesetzt sieht (ebd.: 185). Nur wenige zivilgesellschaftliche Gruppen arbeiten scheinbar unabhängig von staatlicher Kontrolle. Die *Nature Society of Singapore* (NSS) und die *Association of Women for Action and Research* (AWARE) gelten als unabhängig. Diese Gruppen waren in der Lage, sich gegen die Regierung zu behaupten und ihre Ziele erfolgreich durchzusetzen, aber sie neigen zur inneren Selbstzensur und betreiben eine Politik des voreiligen Gehorsams gegenüber dem Regime. Auf diese Weise wird die vorgebliche Unabhängigkeit zur zivilgesellschaftlichen Fassade ohne wirkliche Substanz degradiert. Zwei weitere unabhängige Organisationen haben versucht, die Regierung auf politischem Gebiet herauszufordern: das *Think Centre* und das *Open Singapore Centre*, beide von den oppositionellen Parteien WP und SDP ins Leben gerufen. Sie sahen sich dem Druck der Regierung ausgesetzt, sich als politische Vereinigungen offiziell registrieren und damit kontrollieren zu lassen, was deren Finanzierung allerdings erschwert hätte. Um ein unabhängiges *fundraising* für die eigenen Zwecke zu gewährleisten und um die Restriktionen der Regierung zu umgehen, wurden beide Organisationen als Gesellschaften mit beschränkter Haftung eingetragen (ganzer Abschnitt Ortmann 2010: 79). Von einer funktionierenden Staatsbürgerkultur im Sinne von Meinungsvielfalt und unabhängigem bürgerschaftlichem Engagement jenseits politischer Einflussnahme und jenseits politischer Restriktionen unter dem Deckmantel einer pervertierten Form von Rechtsstaatlichkeit kann folglich keine Rede sein. Staatsbürgerkultur und Zivilgesellschaft wurden so nachhaltig behindert, dass sich ihre Potentiale kaum wirkungsvoll entfalten lassen. Die langjährige politische Dominanz einer einzigen Partei hat dazu geführt, dass zivilgesellschaftliches Engagement entweder in staatliche Strukturen eingebunden oder durch horrenden Strafanschuldungen gelähmt wurde.

Auch die kulturelle Vielfalt ist durch die Regierung so nachhaltig behindert worden, dass aus diesem Bereich neue Impulse kaum zu erwarten sind. Der junge Filmemacher Martyn See durfte seinen kritischen Kurzfilm *Singapore Rebel* auf dem Filmfestival 2005 in Singapur nicht zeigen (Gomez 2005: 196). Der Film beschäftigt sich mit den

Versuchen eines Oppositionspolitikers, sein Recht auf freie Rede in der Öffentlichkeit durchzusetzen und fand seinen Weg später nur über das Internet nach Singapur (ebd.). Erschwerend für eine freie Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen wirkt sich der Einfluss para-politischer Einrichtungen aus (Jordan 2007: 53) aus, die von einer staatlichen Behörde, der 1960 gegründeten *People's Association*, zusammen gehalten wird (ebd.). Zu den Aufgaben dieser „national grassroot organisation“ (Mauzy, Milne 2002, zit. nach Jordan 2007: 53) gehört nicht nur die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der unterschiedlichen ethnischen Gruppen, sondern auch die Vermittlung staatlicher Entwicklungsziele (Jordan 2007: 53). Die von der chinesischen Bevölkerungsgruppe dominierte PAP war immer besorgt um ihr Ansehen in den verschiedenen Ethnien. Im Rahmen der politisch unverfänglich erscheinenden *People's Association* (PA) sollte Raum für kulturelle Debatten in einem starren ideologischen Rahmen geschaffen werden. Nach Meinung der PAP sind sie nur dann akzeptabel, wenn sie gründlich „entpolitisiert“ in Erscheinung treten (Kieran u.a. 2011: 114). Noch nachteiliger für die Entwicklung einer freien Zivilgesellschaft wirken sich die *Citizens Consultative Councils* (CCC) aus, die die Interessen des Regimes in den Hochhaussiedlungen Singapurs, in den *Housing Estates* und *New Towns* parteipolitisch verankern (Jordan 2007: 133). Diese Institutionen dienen der sozialen Kontrolle der Bewohner und der Vermittlung politischer Programme. An der Spitze stehen bis heute meistens FunktionärInnen der PAP. Auf diese Weise kontrolliert die PAP nicht nur den politischen Raum, sondern nahezu den gesamten öffentlichen Raum und große Teile des privaten Lebens (ebd.). Der lange Arm der PAP reicht bis in das private Leben hinein. Bereits Mitte der 1960er Jahre wurden die scheinbar politikfernen Basisorganisationen der PAP gegründet (ebd.). Ihre feste Verankerung im Wohnumfeld der BürgerInnen erschwert ihre zivilgesellschaftliche Entfaltung, die für eine weitere Demokratisierung Singapurs aber unerlässlich ist.

6 Schlussfolgerungen

Der Stadtstaat hat die besten Chancen, schon im kommenden Jahrzehnt in die Gruppe jener pluralistischen Demokratien aufzurücken, die nicht mehr von einer einzigen autoritativ herrschenden Partei manipuliert werden können. Die Gründergeneration der PAP, die sich dem wirtschaftlichen Aufstieg als Instruments des Machterhalts verschrieben hatte, ist abgetreten. Ihre Nachfolger tun sich schwer damit, die bisherigen Repressionen noch zu rechtfertigen. Eine tragende Rolle für die weitere Demokratisierung spielen die Oppositionsparteien. Ob es schon bei den nächsten Parlamentswahlen zu einem Machtwechsel kommen wird, hängt davon ab, ob sich die jahrzehntelang gedemütigte Opposition als attraktive Alternative zur PAP präsentieren kann. Die Voraussetzungen dafür sind nach den ermutigenden Ergebnissen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2011 größer geworden. Entscheidend jedoch bleibt ein psychologischer Faktor: nur zu oft haben PAP-Politiker mit Verachtung auf die Ambitionen der Opposition reagiert, wenigstens einige unbedeutende Parlamentssitze zu ergattern, ganz zu Schweigen von den völlig illegitimen Methoden, Oppositionelle mundtot zu machen. Zahlreiche PolitikerInnen der Oppositionsparteien haben aber schon energisch bewiesen, dass sie sich von der PAP nicht mehr als schon per se unterlegene politische Persönlichkeiten diskreditieren lassen wollen. Das dürfte ihnen umso leichter fallen, je öfter scheinbar unangreifbare PAP-Politiker versagen und sogar abgewählt werden. Vor allem die kleineren Parteien wie die SDP haben das Potential, einer liberalen und pluralistischen Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen. Dagegen besteht für die größte Oppositionspartei, die WP, die große Gefahr, in die Rolle einer „PAP II“ zu rutschen, die gesellschaftliche Verkrustungen nicht aufbrechen kann.

Von der PAP-Führung sind in Zukunft nur noch wenige Hindernisse auf dem Weg zur Demokratie zu erwarten. Zwar klammert sie sich noch an die Macht, aber ihre Basis erodiert. Der Wahlkampf 2011 hat gezeigt, dass die PAP nicht mehr alle Fäden der öffentlichen Debatte in der Hand hat, dass sie zur Reaktion gezwungen und nicht mehr in der Lage ist, selbst zu agieren. Mehrere Faktoren sprechen für einen raschen demokratischen Wandel. Dazu zählen die demokratischen Entwicklungen, die sich in der Region grundsätzlich abzeichnen. Von diesem Trend wird sich Singapur nicht lösen können. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Entwicklungen in China. China und Singapur sind in ihrer wirtschaftlichen Struktur und Ausrichtung durchaus vergleichbar. Zeigen sich in einer Autokratie deutliche Risse – wie in China zu beobachten – dann

wird auch in der anderen der schöne Schein von der heilen Welt nicht mehr aufrecht zu halten sein. Die Wahrscheinlichkeit, dass es in Singapur zu einer Revolution kommt, ist aber sehr gering. Für einen gewaltsamen Wechsel in Singapur gibt es keine Anzeichen. Wahrscheinlicher ist ein friedlicher Machtwechsel. Die PAP verliert weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen, die Opposition wird stärker. Noch regiert die PAP tief in das Privatleben der BürgerInnen hinein. Im Internet ist aber schon deutlicher Widerstand gegen die Bevormundung der BürgerInnen und gegen Eingriffe in elementare Rechte spürbar. Im Internet gelingt es der PAP schon nicht mehr, die freie Meinungsäußerung zu unterdrücken. Die freieren Verhältnisse im Internet werden sich auf das wirkliche Leben übertragen. Für einen Wandel sprechen auch die veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Negativ für die Regierung wirkt sich die fatale Abhängigkeit von einer exportorientierten Außenwirtschaft aus. Wachsender ökonomischer Druck lässt den Ruf nach mehr Transparenz lauter werden, vor allem wenn es um das Geld der BürgerInnen geht. Die Altersversorgung wird für die PAP-Regierung zum Prüfstein. Bisher wurden Beiträge der BürgerInnen zu einem großen Teil in völlig intransparenter Weise investiert. Bleibt die PAP-Regierung den BürgerInnen hier Rechenschaft über die Verwendung der Rentenbeiträge schuldig, verliert sie weiter an Glaubwürdigkeit. Allerdings gibt es auch Hemmnisse auf dem Weg zur Demokratie. Die ältere Generation hat sich im multikulturellen Staat gut eingerichtet. Die Doktrin der *racial harmony* gilt als tragfähiges Fundament, das in seiner bisherigen Form auch von der Opposition kaum in Frage gestellt wird. Jahrzehntlang wurden die BürgerInnen von der Wiege bis zur Bahre von parteinahen Organisationen begleitet und zum Gehorsam erzogen. Diese Indoktrination blockierte die Entfaltung einer freien Zivilgesellschaft, die eine tragende Säule jeder Demokratie ist. Selbst wenn die PAP ihre Macht verliert – die Ideologie der PAP wird länger nachwirken.

Jüngste Entwicklung: Nachwahl im SMC Hougang am 26. Mai 2012

Am 9. Mai 2012 wurde auf Geheiß des Premierministers Lee Hsien Loong endlich die Nachwahl für den Wahlkreis Hougang ausgeschrieben und der *Nomination Day* auf den 16. Mai 2012 festgelegt, nachdem Yaw Shin Leong, der Abgeordnete der WP für Hougang, gemäß Art. 46 (2) b der Verfassung (Constitution of the Republic of Singapore 2010: 378) seinen Parlamentssitz zum 28. Februar 2012 aufgeben musste, weil er aus der WP ausgeschlossen worden war, da er versäumt hatte, Vorwürfe rund um persönliche Indiskretionen transparent zu klären.

Da mehr als eine Kandidatur eingegangen war, wurde am 16. Mai 2012 der Wahltermin 26. Mai 2012 für die „contested election“ bekannt gegeben (Elections Department Singapore 2012f).

„Zufällig“ wurde just am *Nomination Day* vor Gericht die Eingabe eines Einwohners von Hougang verhandelt, der ein Affidavit für die zwingend erforderliche Nachwahl eingelegt hatte (Singapore Elections 2012c). Der SMC Hougang, der überwiegend von ArbeiterInnen bewohnt wird, ist eine Hochburg der WP. Seit 1991 haben ihre Kandidaten bei allen Parlamentswahlen deutlich gewonnen, zuletzt mit 64,80 %.

Für die WP geht der 50-jährige Geschäftsmann Png Eng Huat ins Rennen, der mit seinem Team im Mai 2011 im GRC East Coast respektable 45,17 % erzielt hatte, und sehr gute Aussichten hat, den Wahlkreis für die WP zu verteidigen. Die anderen Oppositionsparteien verzichteten darauf eigene KandidatInnen aufzustellen. Für die PAP tritt wie schon im Mai vergangenen Jahres der 34-jährige Gewerkschaftsfunktionär Desmond Choo an (ebd.).

Während die WP auf ihren gut besuchten Wahlkampfveranstaltungen die Probleme thematisiert, die der PAP angelastet werden und die die Menschen auch schon im vergangenen Wahlkampf beschäftigten wie die wachsende soziale Ungleichheit, steigende Lebenshaltungskosten, Altersarmut, versucht die PAP den WP-Kandidaten Png Eng Huat in den Medien mit der Behauptung zu diskreditieren, die WP selbst hielte ihn nicht für den besten Kandidaten; dafür spreche, dass nach den Wahlen 2011 nicht er, sondern sein WP-Mitstreiter Gerald Giam zum NCMP ernannt wurde (Chang 2012b). Worauf Png Eng Huat glaubhaft entgegnete, er lehne die NCMP-Sitze grundsätzlich ab, da die Opposition sich nicht von der Regierung nicht Zahl und Typ der OppositionsvertreterInnen im Parlament vorschreiben lassen könne (vgl. Ismael 2012). Desmond Choo wird derweil mit Vorwürfen im Internet konfrontiert, er verspreche WählerInnen für ihre Stimme Geschenke (See 2012). Auch wenn die PAP noch mit allen Mitteln versucht, den WP-Kandidaten zu diskreditieren, ist angesichts der Beliebtheit der WP und der allgemeinen Anti-PAP-Stimmung in Hougang nicht damit zu rechnen, dass die PAP nach über 20 Jahren den Wahlkreis von der WP zurück erobern kann.

7 Bibliographie

- Adam, Rainer; Braun, Sebastian** (2009): Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft im „Super Nanny State“ – Singapur – Eine kritische Bestandsaufnahme aus liberaler Sicht. Potsdam: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Hintergrundpapier Nr. 10/September 2009.
http://www.freiheit.org/files/62/Nr_10_Singapur_Eine_kritische_Bestandsaufnahme_aus_liberaler_Sicht.pdf [Zugriff: 26.02.2012].
- Anonymus** (2012a): Singapore Politics. Falling on their wallets. In: The Economist, 07.01.2012, 42.
- Anonymus** (2012b): What opposition voters want: PAP II. In: The Straits Times, 05.02.2012, 38.
- Anonymus** (2012c): Vacant homes on the 'up and up'. In: The PropertyGuru, 05/12, 4.
- Bertelsmann Stiftung** (2009): BTI 2010 – Singapore Country Report. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/asien-und-ozeanien/singapore/> [Zugriff: 08.11.2011].
- Chang, Rachel** (2012a): More revenue needed as social spending rises. In: The Straits Times, 10.02.2012, A3.
- Chang Rachel** (2012b): WP 'chose not to send Png to Parliament': DPM Teo. In: The Straits Times, 21.05.2012.
http://www.straitstimes.com/BreakingNews/Singapore/Story/STIStory_801200.html [Zugriff: 22.05.2012].
- Chua Beng Huat** (2003): Multiculturalism in Singapore: an instrument of social control. In: Race & Class, Jg. 44, Heft 3, 58-77.
- Chua Beng-Huat** (1994): Arrested development: democratisation in Singapore. In: Third World Quarterly, Jg. 15, Heft 4, 655-668.
- CIA** (2012): Singapore. In: The World Factbook.
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sn.html> [Zugriff: 15.05.2012]

- Constitution of the Republic of Singapore** (2010) [2009]. In: Hill, Clauspeter; Menzel, Jörg: Constitutionalism in Southeast Asia. Volume 1 - National Constitutions / ASEAN Charter. Re-print of January 2010. Singapore: Konrad-Adenauer-Stiftung. 353-410. http://www.kas.de/wf/doc/kas_20589-1522-1-30.pdf?110815050500 [Zugriff: 12.12.2011].
- Da Cunha, Derek** (2012): Breakthrough: Roadmap for Singapore's Political Future. Singapur: Straits Times Press und National University of Singapore.
- Department of Statistics Singapore** (2012): Key Household Characteristics and Household Income Trends, 2011. <http://www.singstat.gov.sg/pubn/papers/people/pp-s18.pdf> [Zugriff: 13. Mai 2012].
- Department of Statistics Singapore** (2011): Population Trends 2011. <http://www.singstat.gov.sg/pubn/popn/population2011.pdf> [Zugriff: 22.02.2012].
- Deutschlandradio** (2012): Presseschau vom 04.05.2012 12:00, <http://www.dradio.de/presseschau/20120504120000/> [Zugriff: 07.05.2012].
- Diamond, Larry** (2012): The Coming Wave. In: Journal of Democracy, Jg. 23, Heft 1, 5-13.
- Diamond, Larry** (2003): Can the Whole World Become Democratic? Democracy, Development, and International Policies. CSD Working Paper, Center for the Study of Democracy, UC Irvine, <http://escholarship.org/uc/item/7bv4b2w1> [Zugriff: 13.02.2012].
- Doh, Chull Chin; Tusalem, Rollin F.** (2009): East Asia. In: Democratization. Oxford: Oxford University Press. 356-376.
- Dosch, Jörn** (2000): Der beschwerliche Weg zur rechtsstaatlichen Demokratie in Südostasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/2000. Bundeszentrale für politische Bildung. http://www.bpb.de/publikationen/0KSP9M,0,Der_beschwerliche_Weg_zur_rechtsstaatlichen_Demokratie_in_S%FCdostasien.html [Zugriff: 08.11.2011].
- Englehart, Neil A.** (2000): Rights and Culture in the Asian Values Argument: The Rise and Fall of Confucian Ethics in Singapore. In: Human Rights Quarterly, Jg. 22, Heft 2, 548-568.

- Faust, Jörg; Croissant, Aurel** (2008): Staatlichkeit und Governance: Herausforderungen in Südostasien. Analysen und Stellungnahmen 1/2008, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. [http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/\(ynDK_contentByKey\)/ANES-7FPH7C/\\$FILE/A+S%201.2008.pdf](http://www.die-gdi.de/CMS-Homepage/openwebcms3.nsf/(ynDK_contentByKey)/ANES-7FPH7C/$FILE/A+S%201.2008.pdf) [Zugriff: 06.11.2011].
- Freedom House** (2012): Freedom in the world. The Arab uprisings and their global repercussions. http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/inline_images/FIW%202012%20Booklet--Final.pdf [Zugriff: 29.03.2012].
- Freedom House** (2010): Singapore (2010) – Country Report. <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2010&country=7915> [Zugriff: 08.11.2011].
- Fukuyama, Francis** (2012): The Patterns of History. In: Journal of Democracy, Jg. 23, Heft 1, 14-26.
- Goh Sui Noi** (2012): Young, educated and jobless in Taiwan. In: The Straits Times, 08.02.2012, A29.
- Gomez, James** (2005): International NGOs: Filling the „Gap“ in Singapore’s Civil Society. In: Sojourn: Journal of Social Issues in Southeast Asia, Jg. 20, Heft 2, 177-207.
- Haerpfer, Christian W.** (u. a.) (2009): Introduction. In: Haerpfer, Christian W. (u. a.) (Hg.): Democratization. Oxford: Oxford University Press. 1-7.
- Hamilton-Hart, Natasha** (2000): The Singapore State revisited. In: The Pacific Review, Jg. 13, Heft 2, 195-216.
- Hein, Christoph** (2012): Ein Stadtstaat hebt ab. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 40, 16.02.2012, 18.
- Hofmann, Norbert von** (2004): “Machtwechsel” in Singapur. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/02534.pdf> [Zugriff: 11.12.2011].
- Ismail, Saifulbahri** (2012): Png Eng Huat clarifies involvement in NCMP ballot process. In Channel NewsAsia, 22.05.2012. http://www.channelnewsasia.com/stories/specialreport/news/1202831_179/1/.html [Zugriff: 22.05.2012].
- Istana Singapore** (2012): Biography of The President. <http://www.istana.gov.sg/content/istana/thepresident/biography.html> [Zugriff: 27.03.2012].

- Jordan, Rolf** (2007): Singapur: Globale Stadt und autoritärer Staat. Unkel: Horlemann Verlag.
- Kieran, James** (u. a.) (2011): The Rejuvenation of the NSP and the Rebranding of the SDP: Conversations with Singapore's Opposition Politicians. In: *Jebat: Malaysian Journal of History, Politics & Strategic Studies*, Jg. 38, Heft 2, 99-118.
- Koh, Gillian; Soon, Debbie** (2011): Singapore. In: Chong, Terence; Elies, Stefanie (Hg.): *An ASEAN Community for All: Exploring the Scope for Civil Society Engagement*. Singapur: Friedrich-Ebert-Stiftung Office for Regional Cooperation in Asia. 111-126. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/singapur/08744.pdf> [Zugriff: 12.12.2011].
- Lee, Terence** (2011): Recalibrating Government Communication in Singapore: A Post-Election Analysis. Working Paper No. 171, Murdoch University, Asia Research Centre. <http://www.warc.murdoch.edu.au/publications/wp/wp171.pdf> [Zugriff: 04.03.2012].
- Lee, Terence** (2005a): Internet Control and Auto-regulation in Singapore. In: *Surveillance & Society*, Jg. 3, Heft 1, 75-95.
- Lee, Terence** (2005b): Gestural Politics: Civil Society in "New" Singapore. In: *Society: Journal of Social Issues in Southeast Asia*, Jg. 20, Heft 2, 132-154.
- Linnarz, Paul** (2011): Harmonie im Staatsauftrag. Wie Singapur mit Einwanderung und Integration umgeht. *KAS Auslandsinformationen*, 4/2011, 101-116. http://www.kas.de/wf/doc/kas_22526-544-1-30.pdf?110413140849 [Zugriff: 06.11.2011].
- Lipset, Seymour Martin** (1959): Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. In: *The American Political Science Review*, Jg. 53, Heft 1, 69-105.
- Markoff, John** (2009): *The Global Wave of Democratization*. In: *Democratization*. Oxford: Oxford University Press. 55-73.
- Merkel, Wolfgang** (2010): *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang** (2003): *Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie*. Bonn: Dietz.
- Meyer, Thomas** (2009): *Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Mols, Manfred** (2007): Zur Einführung: Staat und Demokratie in Asien. Dosch, Jörn; Mols, Manfred; Öhlschläger, Rainer (Hg.): Staat und Demokratie in Asien. Zur politischen Transformation einer Weltregion. Berlin: Lit. 9-28.
- Munzinger Online** (2012a): Singapur - gesamt. Aktualisiert: 27.03.2012. Über UNIVPN Service – Datenbanken: <https://univpn.univie.ac.at/+CSCOE+/login.html>. [Zugriff: 15.05.2012].
- Munzinger Online** (2012b): Lee Kuan Yew. Internationales Biographisches Archiv 02/2012 vom 10.01.2012. Über UNIVPN Service – Datenbanken: <https://univpn.univie.ac.at/+CSCOE+/login.html>. [Zugriff: 15.05.2012].
- Mutalib, Hussin** (2000): Illiberal democracy and the future of opposition in Singapore. In: Third World Quarterly, Jg. 20, Heft 2, 313-342.
- National Solidarity Party** (2012): National Solidarity Party. <http://nsp.sg/> [Zugriff: 26.02.2012].
- Nohlen, Dieter** (2010): Demokratisierung. In: Nohlen, Dieter; Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1: A-M. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H. Beck. 153-154.
- Ortmann, Stephan** (2011): Singapore: Authoritarian but newly competitive. In: Journal of Democracy, Jg. 22, Heft 4, 153-164.
- Ortmann, Stephan** (2010): Opposition and Regime Legitimacy: A Comparative Study of Singapore and Hong Kong. In: Journal of Asian and African Studies, Jg. 45, Heft 1, 67-86.
- Ortmann, Stephan** (2006): Between Compliance and Protest: The Political Behavior of Strategic Groups in Singapore and Hong Kong. <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/graduateconference/papers/3/51/ortmann.pdf> [Zugriff: 20.01.2011].
- Parliament of Singapore** (2012): Constituency Boundaries Map. <http://www.parliament.gov.sg/sites/default/files/ConstituencyBoundariesMap.jpg> [Zugriff: 19.05.2012].
- Portmann, Kai** (2011): A Buzz in Cyberspace, But No Net-Revolution. The Role of the Internet in Singapore's 2011 Elections. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. fesmedia Asia series. <http://library.fes.de/pdf-files/iez/08747.pdf> [Zugriff: 14.03.2012].
- Reddies, Bernd** (1994): Singapur. In: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Band 7. Südasien und Südostasien. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Bonn: Dietz. 505-527.

- Reform Party** (2012): Transparency, accountability and inclusion: A democratic Singapore for Singaporeans. <http://thereformparty.net/> [Zugriff: 26.02.2012].
- Reporter ohne Grenzen** (2010): 2010 World Press Freedom Index. Asia-Pacific area. http://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2010/101019_Asien_GB.pdf [Zugriff: 22.05.2012].
- Rodan, Garry** (2003): Embracing electronic media but suppressing civil society: authoritarian consolidation in Singapore. In: The Pacific Review, Jg. 16, Heft 4, 503-524.
- Rose, Richard** (2009): Democratic and Undemocratic States. In: Democratization. Oxford: Oxford University Press. 10-23.
- Schmidt, Manfred G.** (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schöler, Birte** (2011): Vier Tans für die Demokratie. Präsidentschaftswahlen in Singapur. Länderbericht. http://www.kas.de/wf/doc/kas_28679-1522-1-30.pdf?110902141410 [Zugriff: 06.11.2011].
- Seah Chiang Nee** (2007): Return of the 'warrior'. In: The Star Online. <http://thestar.com.my/columnists/story.asp?file=/2007/5/19/columnists/insightdownsouth/17761920&sec=Insight%20Down%20South> [Zugriff: 27.02.2012].
- See, Sharon** (2012): Choose your MP who can take care of residents in the long term, says PAP's candidate. In: Channe NewsAsia, 21.05.2012. http://www.channelnewsasia.com/stories/specialreport/news/1202644_179/1/.html [Zugriff: 22.05.2012].
- Seifert, Thomas** (2010): Die autoritäre Glitzermetropole. In: Die Presse am Sonntag, 07.11.2010, 6.
- Sim, Jasmine B-Y.; Print, Murray** (2009): Citizenship education in Singapore: controlling or empowering teacher understanding and practice? In: Oxford Review of Education, Jg. 35, Heft 6, 705-723.
- Singapore Democratic Party** (2012): Singapore Democrats. <http://yoursdp.org/> [Zugriff: 28.02.2012].
- Singapore Election Watch** (2011): PAP let Aljunied GRC down. <http://singaporeelection.blogspot.com/2011/pap-is-danger-of-losing-this-aljunied.html> [Zugriff: 18.12.2011].

- Singapore Elections** (o. J.a): Singapore Elections. <http://www.singapore-elections.com/> [Zugriff: 18.05.2012].
- Singapore Elections** (o. J.b): Parliamentary General Election 2011. <http://www.singapore-elections.com/parl-2011-ge/> [Zugriff: 20.05.2012].
- Singapore Elections** (o. J.c): Parliamentary By-Election 2012. <http://www.singapore-elections.com/parl-2012-be/> [Zugriff: 20.05.2012].
- Singapore Elections** (o. J.d): Political Parties in Singapore. <http://www.singapore-elections.com/political-parties.html> [Zugriff: 20.05.2012].
- Singapore Elections** (o. J.e): Parliamentary General Election 2016. <http://www.singapore-elections.com/parl-2016-ge/> [Zugriff: 20.05.2012].
- Singapore Elections Department** (2012a): <http://www.elections.gov.sg/index.html> [Zugriff: 15.02.2012].
- Singapore Elections Department** (2012b): Presidential Elections Results. http://www.elections.gov.sg/elections_past_results.html [Zugriff: 15.02.2012].
- Singapore Elections Department** (2012c): Types of Electoral Divisions. http://www.eld.gov.sg/elections_type_electoral.html [Zugriff: 18.05.2012].
- Singapore Elections Department** (2012d): Non-Voters. http://www.eld.gov.sg/voters_compulsory.html [Zugriff: 18.05.2012].
- Singapore Elections Department** (2012e): Who can vote. <http://www.eld.gov.sg/voters.html> [Zugriff: 18.05.2012].
- Singapore Elections Department** (2012f): Notice of contested election for the electoral division of Hougang. http://www.eld.gov.sg/gazette/G_ParE2012/Notice%20of%20Contested%20Election%20for%20Electoral%20Division%20of%20Hougang_2012.pdf#zoom=100 [Zugriff: 18.05.2012].
- Singapore People's Party** (2012a): Singapore People's Party. <http://www.spp.org.sg/> [Zugriff: 28.02.2012].
- Singapore People's Party** (2012b): Sin Kek Tong. <http://www.spp.org.sg/sin-kek-tong/> [Zugriff: 28.02.2012].
- Somers Heidhues, Mary** (2003): Die etwas andere Minderheit: Chinesen in Südostasien. In: Feldbauer, Peter; Husa, Karl; Korff, Rüdiger (Hg.): Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert. Wien: Promedia. 231-247.

- Tan Cheng Bock** (2012): Dr Tan Cheng Bock. Profile.
<http://www.tanchengbock.org/curriculum-vitae-of-dr-tan-cheng-bock> [Zugriff: 27.03.2012].
- Tan Jee Say** (Hg.) (2011): A Nation Awakes. Frontline Reflections. Singapur: Ethos Books.
- Thompson, Mark R.** (2004): Pacific Asia after “Asian Values“: authoritarianism, democracy, and “good governance“. In: Third World Quarterly, Jg. 25, Heft 6, 1079-1095.
- Transparency International** (2011): Corruption Perceptions Index 2011.
http://cpi.transparency.org/cpi2011/in_detail/ [Zugriff: 15.05.2012].
- Transparency International** (2010): Corruption Perceptions Index 2010.
http://archive.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/in_detail#1
 [Zugriff: 15.05.2012]. CPIs 2009 bis 1995 abrufbar unter
http://archive.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi [Zugriff: 15.05.2012].
- Verweij, Marco; Pelizzo Riccardo** (2009): Singapore: Does Authoritarianism Pay? In: Journal of Democracy, Jg. 20, Heft 2, 18-32.
- Vorländer, Hans** (2010): Demokratie. Geschichte, Formen, Theorien. 2., überarbeitete Auflage. München: C.H. Beck.
- Voßkuhle, Andreas** (2012): Über die Demokratie in Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 34 vom 09.02.2012, 7.
- Wong, Tessa** (2012): SPP. Uncertain future after young leaders' exit. In: The Straits Times, 10.02.2012, A29.
- Workers' Party** (2012a): The Workers' Party. <http://www.wp.sg/> [Zugriff: 26.02.2012].
- Workers' Party** (2012): Expulsion of Yaw Shin Leong from Party Membership.
<http://wp.sg/2012/02/expulsion-of-yaw-shin-leong-from-party-membership> [Zugriff: 14.03.2012].
- Workers' Party** (2011): Koh Choong Yong. <http://wp.sg/our-organisation/executive-council/koh-choong-yong/> [Zugriff: 16.03.2012].

8 Anhang

8.1 Zusammenfassung

Diese Arbeit setzt sich mit den Chancen für einen demokratischen Wandel in Singapur auseinander. Analysiert werden die Bedingungen, die eintreten müssen, um die autokratische Regierungspartei PAP abzulösen. Dazu werden auch die Voraussetzungen untersucht, unter denen es der PAP gelang, ein System der Unterdrückung zu etablieren, das tief in die Lebensbereiche aller BürgerInnen einwirkt. Dabei geht es um die Meinungsfreiheit, die Zivilgesellschaft und den Aktionsraum der Opposition. Analysiert werden auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Singapurs und deren Einfluss auf die weitere Entwicklung des autoritären Regimes. Außerdem wird der Frage nachgegangen, warum sich in Singapur trotz Wohlstands nicht schon längst eine liberale Demokratie entwickelt hat. Untersucht wird die Fähigkeit des Regimes, sich in pseudo-demokratischen Wahlen auch weiterhin an der Macht zu halten. Eingegangen wird auch auf die Chancen der Opposition, das manipulative Wahlsystem zu überlisten.

Die Chancen für einen demokratischen Wandel sind nie größer gewesen als heute. Eine Option besteht aus einer veränderten Politik der PAP, die auf eine Politik der Repression verzichtet. Auch eine Ablösung der PAP schon bei den Wahlen 2016 erscheint möglich. Allerdings wird es keinen „Arabischen Frühling“ in Singapur geben. Vieles spricht für einen friedlichen Wechsel. Bedingung ist allerdings eine funktionierende Opposition, die sich nicht länger den Regeln unterwirft, die von der PAP etabliert wurden. Eine echte Demokratisierung, die die gesamte Gesellschaft in ihren Tiefen erfasst, ist durch einen Regimewechsel aber nicht gewährleistet. Dazu zählt auch eine freie Zivilgesellschaft, deren Entwicklung allerdings jahrzehntelang gehemmt wurde.

8.2 Summary

This thesis focuses on the chances of democratic transition in Singapore. It analyzes the factors and conditions that could trigger the fall of the autocratic ruling party PAP perhaps in the near future. This study also considers the preconditions for the success of the PAP. At issue is especially the question of why the ruling party has been able to establish a system of oppression that deeply affects all areas of civic life, including private and intimate affairs. There is neither full freedom of expression, nor is there a civil society worthy of the name. Although the government restricts the freedom of the opposition, it has, nevertheless, development potential, especially after the recent parliamentary elections. This study also analyzes the economic conditions and their influence on the further development of the authoritarian regime. The question of why liberal democracy has had such a hard time, despite the highly visible prosperity of Singapore, is also addressed. Singapore is an example showing that both factors do not necessarily coincide. For the future, this results in the question of how long the PAP can hold on to power. The electoral system is heavily manipulated, affecting the opposition and its scope. Nevertheless, the opposition could outsmart the highly undemocratic system by democratic means.

A democratic transition has never been more likely than it is today. Either the PAP will change its ideology and practical policy, or the opposition will continue to gain strength. A swift change of power in Singapore is possible, perhaps even at the next election. Largely ruled out is a kind of violent revolution such as the Arab Spring. There are many indications that the real change for democracy will take peacefully. The condition, however, is a functioning opposition, which is no longer subjected to the rules established by the PAP. The democratic change must involve not only the political system. A sustainable democratization must envelop society as a whole, to its very core, including a free civil society whose development has been hampered for decades.

8.3 Lebenslauf

Zur Person

Name: Claudia Maria Volkmann
geboren am: 7. Januar 1963 in Dortmund
Staatsangehörigkeit: deutsch
Familie: verheiratet mit Andreas Meyer-Feist, Tochter Maria Anatolia
Wohnort: 1040 Wien, Gußhausstr. 18/1

Studium

2009 – 2012 Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung, Universität Wien
1982 – 1985 Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Köln
(Studiengang Auswärtiger Dienst):
Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst in der Bundesverwaltung
und Diplom-Verwaltungswirtin als akademischer Grad
1982 Abitur am Mallinckrodt-Gymnasium, Dortmund

Berufliche Erfahrung

1985 – heute Konsularbeamtin im Auswärtigen Amt,
eingesetzt an folgenden deutschen Auslandsvertretungen:
Botschaft Mogadischu/Somalia
Botschaft Quito/Ecuador
Konsulat Córdoba/Argentinien
Botschaft Washington/USA
Botschaft Lima/Peru
Botschaft Sofia/Bulgarien
Generalkonsulat Innsbruck/Österreich
HK Antalya/Türkei (Berufskonsularbeamtin beim Honorarkonsuln)
und in der Zentrale in Bonn bzw. Berlin: Referat Südliches Afrika, Sonderstab Afghanistan (2002-2007)
1998 – 2001 beurlaubt (Elternzeit)
2007 – 2012 beurlaubt (familienbedingt)

Sonstige Qualifikationen:

1995 Prüfung Lehrwartin für Alpin, Bundesanstalt für Leibeserziehung Innsbruck
1996 Prüfung Fremdenführerin, Amt der Tiroler Landesregierung